



**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle**

Tätigkeitsbericht 2007

Tätigkeitsbericht 2007

Halle (Saale), im Mai 2008

Herausgeber:
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE – IWH
Präsident: Professor Dr. Ulrich Blum

Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)
Postfach: 11 03 61, 06017 Halle (Saale)
Telefon: (03 45) 77 53-60, Fax (03 45) 77 53-820
Internet: <http://www.iwh-halle.de>

Druck: Druckhaus Schütze GmbH
Fiete-Schulze-Straße 6, 06116 Halle (Saale)
Tel. (03 45) 5 66 66-0, Fax (03 45) 5 66 66-66

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Über das IWH	9
Forschungsabteilungen und abteilungsübergreifende Forschungsschwerpunkte	19
Makroökonomik	20
Strukturökonomik	34
Industrieökonomik	47
Stadtökonomik	55
Forschungsschwerpunkt Internationale Integration	68
Forschungsschwerpunkt Wissen und Innovation	71
Forschungsschwerpunkt Prognosemethodik 2010	75
Forschungsschwerpunkt Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen	77
„Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH“ Konferenz des IWH am 23. Mai 2007	79
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops, Gastvorträge	87
Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops	88
Gastvorträge	94
Gastaufenthalte	95
Forschungsaufenthalte	96
Publikations- und Vortragstätigkeit, Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	97
Publikationen des IWH	98
Externe Publikationen: Referierte Journals	109
Nichtreferierte Journals	110
Monographien	112
Beiträge in Sammelwerken	113
Externe Working Papers	117

Veröffentlichungen im Internet	117
Lehrtätigkeit	119
Vorträge:	
Wissenschaftliche Tagungen, Workshops, Hochschulen	122
Kommentare, Korreferate, Präsentationen	131
Politikberatung, Wissenstransfer	133
Wissenschaftliche Beratung, Mitarbeit in Organisationen	138
Berufungen bzw. Mitgliedschaften	141
Gutachtertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften	144
Sonstige Aktivitäten des IWH	145
Auszeichnungen	149
Organisation des IWH	151
Organisationsstruktur	151
Mitglieder des Vereins	153
Vorstandsrat	155
Wissenschaftlicher Beirat	156
Vorstand	156

Das Jahr 2007 war mit deutlichem Schwerpunkt der Forschung auf dem Gebiet des institutionellen Wandels in den ehemaligen Transformationsländern und Ostdeutschland sowie den wirtschaftlichen Integrationsprozessen in Europa gewidmet. Dies folgt den inhaltlichen Empfehlungen des Senatsausschusses Evaluation der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz vom Sommer 2007, die auch organisatorisch umgesetzt wurden. Deutlich wird dies in zwei Programmbereichen: Im ersten, mit integrationsökonomischer Ausrichtung, werden das Zusammenwachsen Europas unter den Bedingungen der Europäischen Union, der gemeinsamen Währung und der globalen Märkte betrachtet und Interdependenzen zwischen der Weltwirtschaft



*Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident des IWH*

und der Europäischen Union und ihre Wirkung auf die Binnenintegration analysiert. Hierzu zählen zunächst die makroökonomischen und regional-sektoralen Analysen der Wirtschaftsentwicklungen in Deutschland und in der EU, insbesondere im Euro-Währungsgebiet, mit ihren Herausforderungen für die Fiskalpolitik der Länder und die Geldpolitik der EZB. Durch das Wohlstandsgefälle der Beitrittsländer ergeben sich auf Dauer realwirtschaftliche Spannungen und damit auch eine Verknüpfung zu Transformations- und weitergehenden Anpassungsprozessen. Die Stabilität der Finanzmärkte wird ein Schwerpunkt der Forschung des IWH bleiben, neben der internationalen Dimension auch der der innereuropäischen, insbesondere wiederum der Stabilität der Finanzmärkte in den Reformländern des Ostens. Darüber hinaus sind in diesem Programmbereich auch die Wirtschaftsprognose und die allgemeine ordnungsökonomische Bewertung der Entwicklung in Deutschland angesiedelt.

Im zweiten, also dem transformationsökonomischen Programmbereich, wird der institutionelle Wandel in den ehemaligen Transformationsländern und in Ostdeutschland untersucht. Gleichsam im Gegenstrom zur Betrachtung im ersten Programmbereich wird die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland und den Reformländern Osteuropas, aber auch Asiens aufgegriffen, um die spezifische Art der Einordnung dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung zu untersuchen. Im Zentrum des Interesses stehen zum einen die Entwicklung der Wissensbasis, des Innovationssystems und damit auch der Pfade und Wirkungen des Technologietransfers und zum anderen die Wettbewerbsprozesse in diesen Märkten. In vielen dieser Länder sind Märkte infolge der spezifischen Art der Privatisierung ver-

machtet – vor allem bei Ressourcen – und dominiert durch verlängerte Werkbänke; fast vollkommen fehlen leistungsfähige und insbesondere international tätige, mittelständische Unternehmen. Schließlich wird die Siedlungsstruktur und hier speziell die Entwicklungsfähigkeit der Städte als zentraler ökonomischer Entwicklungsmotor der modernen Gesellschaften erfasst.

Dieses Forschungsprofil steht unter dem Thema

Von der Transformation zur europäischen Integration.

Um dies organisatorisch sichtbar zu machen, wurden die Forschungsschwerpunkte als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung aufgewertet. Im Programmbereich I zum Thema *Wachstum und wirtschaftliche Integration* finden sich die Forschungsschwerpunkte

- wirtschaftliche Prognosen und Politikanalysen
- Finanzmärkte und realwirtschaftliche Entwicklung
- regionale Entwicklung, interregionale Ausgleichsmechanismen und Arbeitsmärkte

und im Programmbereich II *Transformationsprozesse* die Forschungsschwerpunkte

- Wissen und Innovation
- Wettbewerb auf strategischen Märkten
- Kommunale Entwicklungsstrategien.

Während die oben genannten Forschungsschwerpunkte ablaufende Prozesse analysieren, evaluieren und Empfehlungen für die Zukunft geben, werden in einer siebten, ergänzenden Arbeitsgruppe historische und abgeschlossene Transformationsprozesse untersucht. Die Forschung auf dem Gebiet *Retrospektive Analyse und Bewertung von Transformationsprozessen* soll vor allem im Verbund mit internationalen Wissenschaftlern erfolgen.

Im abgelaufenen Jahr hat das IWH seine internationale Präsenz weiterhin gestärkt. So wurde beispielsweise der makroökonomische Workshop im Dezember 2007 zum achten Mal veranstaltet und erstmalig in institutioneller Kooperation mit einem Forschungsinstitut der drei Universitäten in Montreal durchgeführt. Mitarbeiter des Instituts haben im Ausland intensiv zu Fragen der Regional- und Strukturentwicklung sowie zur Wissensökonomik beraten und wirtschaftspolitische Empfehlungen ausgearbeitet.

Das IWH ist weiterhin Mitglied eines internationalen Verbunds, der Wirtschaftsprognosen für den Euroraum erstellt. Auf nationaler Ebene gelang es dem Institut durch ein überzeugendes Konzept, seine Stellung in der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland zu festigen, die erstmalig zum Herbst 2007 im Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben wurde und an der nun nicht mehr alle großen deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute beteiligt sind.



Über das IWH

Gründungs- auftrag

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1992 gegründet und ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft (WGL). Das IWH wird in privater Rechtsform als eingetragener Verein geführt und verfolgt satzungsgemäß ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, wissenschaftliche Zwecke. Im Rahmen dieser Zielsetzung führt das IWH neben seinen durch die institutionelle Förderung finanzierten Aufgaben in begrenztem Umfang auch Drittmittelforschung durch. Gründungsziel war es, der Wirtschaftsforschung in Ostdeutschland im Hinblick auf die Transformationsprozesse, aber auch die gesamtwirtschaftliche Beobachtung, eine Heimat zu geben.

Evaluation durch die WGL

Den Empfehlungen der Begehungsgruppe der WGL folgend hat das IWH sein Forschungsprofil auf zwei Bereiche konzentriert: Ein erster Programmbereich befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration. Hier finden sich die wirtschaftlichen Prognosen und Politikanalysen, die Analyse der Finanzmärkte und deren realwirtschaftliche Entwicklung sowie die Untersuchungen der wirtschaftlichen Entwicklung aus regionaler und sektoraler Sicht. Der wirtschaftlichen Integration und ihrer fiskalischen und finanzwirtschaftlichen Stabilität in Europa und der Konvergenz der wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich der Analyse der Arbeitsmärkte gilt dabei ein besonderes Interesse. Ein zweiter Bereich befasst sich mit dem institutionellen Umbau und den wirtschaftlichen Anpassungsprozessen der ehemaligen Transformationsländer mit Blick auf Innovationsprozesse, auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und den Umbau der Städte.

Entwicklung Ostdeutschlands

Die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands genießt unter dem allgemeinen Forschungsthema „Von der Transformation zur europäischen Integration“ eine besondere Aufmerksamkeit, weil durch die deutsche Einheit der Anpassungsprozess von der Zentralverwaltungswirtschaft und dem real existierenden Sozialismus zur Marktwirtschaft besonders intensiv und nachhaltig abgelaufen ist. Dieses „Labor vor Ort“ genießt infolge seiner Positionierung in der internationalen Arbeitsteilung und als Brücke der europäischen Binnenintegration zwischen dem klassischen Westen und den Reformstaaten des Ostens ein besonderes Interesse für Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Insbesondere die Möglichkeiten der Übertragung der Befunde – beispielsweise zu Migration und Alterung der Be-

völkerung, zu Wissenstransfer und Innovationsprozessen oder zu Wirtschafts- und Siedlungsstrukturen – auf andere Länder besitzen ein hohes Interesse für Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Der besondere und direkte Wert dieser Forschung liegt in ihren Beiträgen zur Diskussion über die makroökonomische Stabilität Ostdeutschlands, zu sektoralen und regionalen Problemen des „Aufbau Ost“, zu den fiskalischen Problemen der ostdeutschen Bundesländer oder zu den Schwierigkeiten des Stadtaufbaus Ost insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung.

Das IWH wirkt seit seiner Gründung an der **Gesamtwirtschaftliche Analyse** Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute mit. Diese wurde im Jahr 2007 erstmalig wettbewerblich ausgeschrieben. Neben der klassischen Konjunkturanalyse und den ordnungsökonomischen Empfehlungen sind nunmehr auch Fragen der mittelfristigen Wachstumsprognose zu beantworten. Neben eigenen Prognosen ist das IWH Teil eines europäischen Prognosenetzwerks (EFN).

Die Organisation des IWH wurde den inhaltlichen Vorgaben der Evaluierung angepasst. Träger der **Organisationsentwicklung** Forschung sind nunmehr sechs Forschungsschwerpunkte. Im Programmbereich I zum Thema *Wachstum und wirtschaftliche Integration* finden sich die Forschungsschwerpunkte

- wirtschaftliche Prognosen und Politikanalysen
- Finanzmärkte und realwirtschaftliche Entwicklung
- regionale Entwicklung, interregionale Ausgleichsmechanismen und Arbeitsmärkte

und im Programmbereich II *Transformationsprozesse* die Forschungsschwerpunkte

- Wissen und Innovation
- Wettbewerb auf strategischen Märkten
- Kommunale Entwicklungsstrategien.

Die Forschungsschwerpunkte werden verantwortlich von einem Abteilungsleiter oder einem Senior Economist geführt.

Forschungs- paradigma

Für das IWH gilt die Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung. Für die Wahl der Projektthemen besitzen der Themen-
setzung folgend die europäische Integration, deren Einbettung in die Globalisierung und die Entwicklung der Post-Transformationsländer Vorrang.

Mitarbeiter

Aufgrund von Berufungszusagen für den Präsidenten des IWH zur Einrichtung einer neuen Forschungsabteilung wurde der Stellenplan des IWH im Jahr 2005 um 7,5 Wissenschaftlerstellen aufgestockt (fünf hiervon befristet). Im Jahr 2007 ist die erste dieser Stellen weggefallen, sodass der Stellenplan Ende 2007 67,75 Stellen umfasste. Für wissenschaftliches Personal standen somit 45 Stellen zur Verfügung.

Die Personalfuktuation ist im Jahr 2007 wieder deutlich angestiegen: Insgesamt verließen 15 Mitarbeiter das Institut (zwei hiervon altersbedingt), aufgrund der schwebenden Strukturfragen wurden nur sechs Mitarbeiter neu eingestellt, davon fünf Wissenschaftler. Zu Beginn des Jahres 2008 erfolgten drei weitere Neueinstellungen im wissenschaftlichen Bereich. Zum 31.12.2007 beschäftigte das IWH insgesamt – institutioneller und Drittmittelhaushalt zusammengenommen – 70 Mitarbeiter im Angestelltenbereich, davon 43 wissenschaftliche Mitarbeiter. Der Anteil der weiblichen Mitarbeiter im Institut belief sich zum gleichen Stichtag auf 43%, im Wissenschaftsbereich lag er mit 23% geringfügig unter dem des Vorjahres. Das Durchschnittsalter des Mitarbeiterstabs erhöhte sich im Vergleich zum vergangenen Jahr von 40 auf 42 Jahre, im Bereich der wissenschaftlichen Mitarbeiter stieg der Wert von 37 auf 39 Jahre.

Der Anteil an befristeten Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich lag bei 60%. Neueinstellungen erfolgen grundsätzlich befristet. Altersteilzeit wurde im Jahr 2007 von zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern in Anspruch genommen.

Zum Stichtag 31.12.2007 beschäftigte das Institut 34 studentische Hilfskräfte, und 20 Studenten absolvierten im Berichtsjahr ein Praktikum am IWH.

Budget

Der Gesamtetat (Ausgaben institutioneller und Drittmittel-Haushalt) des Instituts belief sich im Jahr 2007 auf rund 4,66 Mio. Euro, davon 4,26 Mio. Euro institutionelle Förderung und 0,6 Mio. Euro aus Drittmitteln (Steigerung gegenüber dem Vorjahr um knapp 9%).

Der Anteil der Personalausgaben war mit etwa 77% aufgrund der bereits erwähnten Fluktuation etwas niedriger als in den Vorjahren (2006: 80%), stellte aber nach wie vor den wesentlichen Ausgabenblock dar. Die Investitionsausgaben erreichten im Jahr 2007 eine Höhe von knapp 150 000 Euro und kamen – wie in den Vorjahren – vorwiegend der EDV-Ausstattung sowie dem Erwerb von Daten zugute.

Mit der Formulierung von spezifischen jährlichen Forschungsplänen liegen die Voraussetzungen zur Einführung von Programmbudgets ab dem Jahr 2006 vor. Entsprechend den Richtlinien der Bund-Länder-Kommission (BLK) für die Institute der Leibniz-Gemeinschaft hat das IWH mit dem Haushalt 2006 Programmbudgets eingeführt. Ab dem Haushaltsjahr 2009 wird die bisher parallel zum Programmbudget erforderliche Weiterführung des Haushalts eingestellt. Die für die Durchführung von Programmbudgets vorgesehene Flexibilisierung der Mittelbewirtschaftung konnte bisher nicht im von der BLK vorgesehenen Maß realisiert werden.

Das IWH veröffentlicht die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung sowohl in institutseigenen Reihen als auch in verschiedenen externen Zeitschriften und Verlagen. Zu den institutseigenen Reihen gehören

Publikationstätigkeit

- die „Wirtschaft im Wandel“,
- die „IWH-Sonderhefte“ und
- die „IWH-Diskussionspapiere“.

Mit der Zeitschrift *Wirtschaft im Wandel* informiert das Institut kontinuierlich über Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung zu wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellungen, insbesondere auch über konjunkturelle, strukturelle, regionale und kommunale Entwicklungen in Ostdeutschland. Die zur Veröffentlichung vorgesehenen Beiträge werden einem internen Refereeverfahren unterzogen, um einen hohen theoretischen, empirischen und methodischen Gehalt zu sichern sowie eine abgestimmte gemeinsame IWH-Position nach außen zu vermitteln.

In den *IWH-Sonderheften* veröffentlicht das Institut sonstige Beiträge wie Gutachten, gemeinsame Berichte verschiedener Institutionen sowie Konferenzergebnisse und -materialien.

Über das Internet stellt das Institut einem fachlich interessierten Personenkreis seine *IWH-Diskussionspapiere* zur Verfügung. Die zur Veröffent-

lichung vorgesehenen Beiträge werden ebenfalls einem internen Reviewverfahren unterzogen. IWH-Diskussionspapiere stellen einen ersten Schritt zur Vorbereitung einer Veröffentlichung in einem referierten Journal dar.

Über die Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden gibt das IWH unter dem Titel *Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle* eine eigene Buchreihe heraus. In ihr werden vorwiegend Dissertationen sowie empirische Untersuchungen, die einen größeren Umfang haben, publiziert.

Im Jahr 2007 hat das Institut insgesamt 142 Veröffentlichungen aufzuweisen. Davon erschienen etwa 60 Publikationen in externen Verlagen. Von großer Bedeutung für das IWH ist die Präsenz seiner Forschungsergebnisse in akademischen, insbesondere internationalen Fachzeitschriften. Die Anzahl der referierten publizierten Artikel im Berichtszeitraum konnte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erhöht werden.

Politikberatung und Wissenstransfer

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts haben in zahlreichen Vorträgen, Konsultationen und Gesprächen Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Kammern, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und ausländischer Botschaften über die Ergebnisse der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts informiert. Bei Empfängen ausländischer Delegationen wurden zudem die Erfahrungen vermittelt, die das Institut im Prozess der Transformation Ostdeutschlands und der osteuropäischen Länder von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft gesammelt hat.

Das Institut hat im Berichtszeitraum zum Wissenstransfer und Austausch von Forschungsergebnissen zehn nationale und internationale Tagungen und Workshops durchgeführt. Neben der Ostdeutschland-Konferenz „Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH“, die das IWH in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt am 23. Mai 2007 durchführte, gehörten dazu u. a. jährlich stattfindende Veranstaltungen wie das 3. Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“, der 4. IWH/IAB Workshop „Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“, der 5. Workshop „Monetary and Financial Economics“ und der 8. Workshop „Makroökonomie“ sowie Tagungen, die im Rahmen von Drittmittelprojekten gemeinsam mit den entsprechenden Partnerinstituten durchgeführt wurden. Zu Letzteren zählt z. B. das EU-Projekt „Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union“.

Wissenschaftliche Mitarbeiter(innen) des Instituts hielten Lehrveranstaltungen an den Universitäten Erfurt, Halle, Hamburg, Leipzig, Freiberg und an der Fachhochschule Merseburg ab.

Das Institut unterhält Arbeitskontakte und Kooperationsbeziehungen zu einer Vielzahl von Forschungseinrichtungen, Universitäten, Ministerien, Verwaltungen und Verbänden im In- und Ausland. Kooperationsbeziehungen mit dem Ausland bestehen vor allem mit wissenschaftlichen Einrichtungen in neuen EU Mitgliedsländern, den westeuropäischen Ländern, den USA und Kanada.

Wie in den Vorjahren stand die Zusammenarbeit mit den wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten der Leibniz-Gemeinschaft (DIW Berlin, ifo Institut, IfW, RWI, HWWA, ZEW) sowie mit dem IAB im Vordergrund.

Die langjährige gute Zusammenarbeit mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg wurde im Jahr 2007 fortgesetzt. Hierbei ist vor allem die Kooperation im Rahmen des seit dem Sommersemester 2004 laufenden Masterstudiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät zu nennen. Der Masterstudiengang verbindet die Kernkompetenzen der Fakultät in der ökonomischen Analyse mit der stärker praxisbezogenen Kompetenz des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, u. a. durch Praktika am IWH. Dieser Theorie-Praxis-Bezug ist ein wichtiger innovativer Aspekt des Studiengangs, der in dieser Form in Deutschland einmalig ist. Außerdem wurde bereits der 8. gemeinsame Workshop „Makroökonomie“ veranstaltet.

Arbeitskontakte und Kooperationen

Weitere Kooperationsbeziehungen, teilweise vertraglich ausgestaltet, bestehen zur Technischen Universität Bergakademie Freiberg, zur Friedrich-Schiller-Universität Jena, zur Universität Leipzig, zur Handelshochschule Leipzig, zur Technischen Universität Dresden und zur Universität Erfurt. Die Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut für Ökonomik in Jena ist im Aufbau. Die Planung von Graduiertenkollegs mit diesen Einrichtungen und weiteren Leibniz-Instituten wurde 2007 begonnen und im Jahr 2008 fortgesetzt.

Daneben hat das Institut bestehende internationale Kooperationsbeziehungen weiter ausgebaut. Das trifft insbesondere auf die Zusammenarbeit mit den an die Universität Montreal, die McGill University und die Concordia

University in Montreal angeschlossenen Forschungsinstituten CIRANO (Centre interuniversitaire de recherche en analyse des organisations) und CIREQ (Centre interuniversitaire de recherche en économie quantitative) sowie der University of Sussex, Brighton, zu. Mit diesen werden gemeinsame Projekte durchgeführt und Tagungen abgehalten.

Umfangreiche und intensive Kooperationsbeziehungen bestehen im Rahmen von EU-Projekten (PRODGAP, ComPol, EFN, U-Know) mit Universitäten und Forschungseinrichtungen u. a. in den mittel- und osteuropäischen Ländern Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland, in Westeuropa Großbritannien, Italien, Spanien und Frankreich sowie in Südafrika.

Lange Nacht der Wissenschaften

Auch im Jahr 2007 nahm das IWH an der „Langen Nacht der Wissenschaften“ teil, die die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg gemeinsam mit den Forschungseinrichtungen der Stadt zum sechsten Mal in Folge veranstaltete. Die Referenten trugen zu folgenden Themen vor:

- Wirtschaftliche Wachstumsperspektiven trotz schrumpfender Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern?
- Was bringt der Stadtumbau Ost den Städten? Das Beispiel der Stadt Halle
- Alterung der Erwerbstätigen – ein Problem für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt?
- Einkommenssicherung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Ostdeutschland

Bibliothek

Die Bibliothek versorgt die Wissenschaftler des Instituts mit wissenschaftlichen Informationen. Diese Kernfunktion reduziert sich nicht auf das Beschaffen, Archivieren und Ausleihen von Büchern und Zeitschriften. Die Institutsbibliothek versteht diese Kernfunktion multimedial, d. h., Informationsangebote unter einer einheitlichen Oberfläche und mit einheitlichen Erschließungswerkzeugen zu gestalten, wo Printmedien, digitale Volltexte, statistische Informationen und weiterführende Informationen angeboten und mit dem Web verlinkt werden. Hier sieht sie ihre Hauptentwicklungsrichtung in den nächsten Jahren und in den IWH-Wissenschaftlern ihre Hauptzielgruppe. Deshalb entspricht die Bibliothek im Bestandsaufbau dem Forschungsprofil des IWH.

Entsprechend den veränderten Forschungsschwerpunkten des IWH wurde der Bestandsaufbau der Bibliothek 2007 fortgesetzt und ausgerichtet. Dabei galt es, besonders dem strukturellen Informations- und Konsultationsbedarf der Wissenschaftler, Praktikanten und studentischen Hilfskräfte Rechnung zu tragen.

Die Bibliothek verfügte Ende 2007 über einen Gesamtbestand von rund 51 500 Medieneinheiten, alle erfasst und inhaltlich erschlossen. Das entspricht einem Jahreszuwachs von rund 1 300 Titeln/Quellen neuer bzw. retrospektiver Katalogisierung.

Darüber hinaus stehen zahlreiche Zeitschriften, Fortsetzungen und Statistikreihen sowie Aufsätze in Print- oder elektronischer Form zur Verfügung. Dem Bestand wurden 2007 ca. 5 200 Aufsätze, Periodikahefte oder bibliographische Nachweise hinzugefügt bzw. mit dem OPAC verlinkt. Ende 2006 bot die Bibliothek über ihren OPAC den Zugriff auf 4 000 Online-Dokumente an. Das Angebot wird durch zahlreiche Informationslinks ergänzt.

Da das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter ihren Informationsvertrieb 2004 zugunsten der Online-Information verändert haben, schlug sich dies auch 2007 in einem verstärkten statistischen Online-Informationsangebot der Bibliothek nieder. Diese Daten wurden auch in die Metadatenbank digitaler statistischer Informationen eingearbeitet.

	2004	2005	2006	2007
Freihand/Magazin				
Nutzer	5 826	6 177	6 290	4 216
Entleihungen	7 631	8 029	8 280	4 675
Fernleihe				
Monographien	214	244	280	166
Kopien	267	251	690	359
Blackwell Datenbank				
Recherchen/Abstracts	-	858	1 320	1 365
Volltexte	-	473	1 180	1 826

2007 beteiligte sich die Bibliothek wiederum am WGL-Konsortium, Blackwell Volltextdatenbank, Sozialwissenschaften. Dieses komfortable Instrument der wissenschaftlichen Information wurde allen Mitarbeitern im Intranet zur Verfügung gestellt. Damit konnte die effektive wissenschaftliche Information am Institut auf eine neue Stufe gestellt und sowohl retrospektiv als auch aktuell wesentlich erweitert werden. Die Datenbank wurde im Institut intensiv genutzt. Des Weiteren stehen in Auswahl OECD-Dokumente im Volltext und

die Datenbank Econlit zur Verfügung. Neu wurde allen Wissenschaftlern ein Volltextzugriff auf CEPR Discussion Paper im Rahmen eines Konsortiums unter Führung der ZBW Kiel bereitgestellt.

Internet Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist im Internet unter der Adresse <http://www.iwh-halle.de> zu erreichen. Hier stellt das IWH allgemeine Informationen über das Institut zur Verfügung, informiert über wissenschaftliche Veranstaltungen und veröffentlicht ausgewählte Ergebnisse seiner wirtschaftswissenschaftlichen Forschung, u. a. die Beiträge der Reihen *Wirtschaft im Wandel* und *IWH-Diskussionspapiere*. Interessenten steht der *Wirtschaft im Wandel*-Informationsdienst zur Verfügung, der ein Onlineabonnement der Zeitschrift ermöglicht.

Mit seinen *Newslettern* berichtet das IWH über seine neuesten Veröffentlichungen, geplante und durchgeführte wissenschaftliche Veranstaltungen des Instituts, Stellenanzeigen sowie weitere das Institut und seine Mitarbeiter betreffende Fragen. Die IWH-Newsletter erscheinen monatlich und können von Interessierten ebenfalls direkt über ein Onlineabonnement bezogen werden.

	2004	2005	2006	2007
Anzahl der Sichtkontakte mit einzelnen Seiten	942 703	1 225 438	1 408 592	2 268 763
Anzahl der Besuche (zusammenhängende Abrufe)	276 757	453 306	472 623	778 177
Durchschnittliche Anzahl der abgerufenen Seiten pro Besuch	3,41	2,7	3,0	2,92
Durchschnittliche Anzahl von PageViews pro Tag	2 582	3 357	3 859	6 267
Durchschnittliche Anzahl von Besuchen pro Tag	758	1 242	1 294	2 149

Das Interesse der breiten Öffentlichkeit an den wissenschaftlichen Arbeiten und aktuellen Informationen aus dem IWH ist auch 2007 weiter gestiegen. Neben einer verstärkten direkten Kontaktaufnahme zu den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zeigte sich das ebenso an der deutlichen Erhöhung der Anzahl der Sichtkontakte sowie der Anzahl der Besucher.

Forschungsabteilungen und abteilungs- übergreifende Forschungsschwerpunkte

Makroökonomik

Leitung: Prof. Dr. Udo Ludwig

Herausragendes Ereignis im abgelaufenen Jahr war die erneute Berufung des IWH in den Kreis der Teilnehmer an der Gemeinschaftsdiagnose der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute. Das Projekt ist erstmalig international ausgeschrieben und für drei Jahre wettbewerblich neu vergeben worden. Das IWH erhielt im Konsortium mit dem Institut für Makroökonomik und Konjunktur (IMK) und dem österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) den Zuschlag. Die Forschungen der Abteilung konzentrierten sich auf die Konjunktur, die Finanzmärkte und den internationalen Handel:

- Erste Anzeichen für eine Abkühlung der Weltkonjunktur, die Immobilienkrise in den USA und die dadurch ausgelösten Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten gaben im Jahr 2007 genügend Anlass, den Konjunkturverlauf in verschiedenen Teilen der Welt aktuell zu verfolgen und die institutseigenen Prognosen für die USA, den Euroraum, Mittelosteuropa und Deutschland an die neuen Gegebenheiten anzupassen.
- Aufgrund des besonderen Stellenwerts der Finanzmärkte in der Konjunkturforschung der Abteilung konnten die hohen Risiken für die Weltkonjunktur von Seiten der Finanzmarkturbulenzen zeitnah analysiert werden. Auch wurde zu einem recht frühen Zeitpunkt auf Probleme im Umgang mit neuen Finanzmarktinstrumenten als einem wichtigen Risikofaktor hingewiesen.
- Die Abteilung hat sich in die intensiv geführte öffentliche Debatte zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung eingeschaltet und empirisch gestützte Stellungnahmen zu Mindestlöhnen und zu – von deren Einführung ausgehenden – Arbeitsplatzgefahren vorgelegt, und dies insbesondere für Ostdeutschland.
- Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland war Gegenstand des jährlichen Konjunkturberichts sowie der vierteljährlichen Berechnung des Konjunkturbarometers. Hier fanden auch die Ergebnisse der monatlichen Erhebungen der Abteilung zur Industrie- und Baukonjunktur in den Neuen Bundesländern Eingang.

- Neu aufgenommen in die Konjunkturanalyse wurde die Berechnung eines vierteljährlichen Konjunkturbarometers für Sachsen-Anhalt. Dazu wurde ein System von Einzelgleichungen zur indikatorgestützten Berechnung der Wertschöpfung für die großen Wirtschaftsbereiche aufgestellt und jede Gleichung statistisch geschätzt. Zeitnah wurde der unterjährige Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung im Bundesland verfolgt und mit der Entwicklung in Deutschland verglichen.
- Mit ersten Ergebnissen konnten die Abteilungsforscher zum Einfluss der Globalisierung auf den internationalen Warenhandel und dessen Folgen für die Beschäftigung aufwarten.

Neue Untersuchungen zur wachsenden Bedeutung internationaler Finanzmarktinstitutionen für das nationale Wirtschaftsgeschehen trugen dazu bei, das Alleinstellungsmerkmal der Abteilung gegenüber anderen, ähnlich ausgerichteten nationalen Forschungsinstituten zu schärfen.

Finanzmärkte und Finanzinstitutionen

Im Rahmen eines einfachen Global-Games-Ansatzes wurden Wohlfahrtseffekte verschiedener Kommunikationsstrategien von Zentralbanken analysiert: Die Bank kann entweder nur ihre Einschätzung des Gesamtzustands einer Ökonomie geben, oder sie kann transparenter sein, indem sie detailliert Gründe für ihre Einschätzung veröffentlicht. Es wird gezeigt, dass letztere Strategie überlegen ist, weil

Transparenz von Zentralbanken: Wohlfahrtseffekte bei Vorliegen von privater Information und von Komplementaritäten der Strategien privater Wirtschaftssubjekte

sie es erst den Wirtschaftssubjekten ermöglicht, ihre private Information voll zu nutzen. Das Ergebnis bleibt auch dann bestehen, wenn die Strategien der Wirtschaftssubjekte komplementär zueinander sind, obwohl für diesen Fall häufig argumentiert wird, dass zu viel Zentralbanktransparenz zu einer Vernachlässigung privater Information führen könnte.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Lindner, Axel: Does too much Transparency of Central Banks Prevent Agents from Using their Private Information Efficiently? IWH-Diskussionspapiere 16/2007.

Effizienz Europäischer Finanzmärkte

Das Dissertationsprojekt zur Informationseffizienz europäischer Aktienmärkte wurde erfolgreich abgeschlossen. Hierfür wurden gesamteuropäische Aktienindizes auf ihre Effizienzeigenschaften untersucht. Ein für die Bedürfnisse des Projekts angepasstes Gordon-Growth-Modell sowie die Anwendung grundsätzlicher Überlegungen aus dem Bereich der „Behavioural Finance“ führten zu einem neuen Bewertungsmodell für Anlagen (Asset-Pricing-Modell), mit dem es gelingt, Marktpreise selbst in ungewöhnlichen Zeiten (z. B. die späten 1990er Jahre) zu erklären. Hauptcharakteristik des Modells ist die Berücksichtigung von Anlegersentiment, die zu zwei unterschiedlichen Regimen führt: zu einem normal effizienten Regime, in dem Informationen schnell und korrekt in Marktpreisen verarbeitet werden, und zu einem tendenziell ineffizienten Regime, in dem es aufgrund von Momentumeffekten zu Preisblasen kommen kann. Mögliches Einsatzgebiet des Modells ist die Evaluierung der aktuellen Aktienpreise und die Einschätzung, ob sich eine Aktienblase entwickelt. Eine Anwendung scheint auch bei anderen Anlageformen nicht unwahrscheinlich, hierfür sind jedoch weitere Analysen nötig.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Berneburg, Marian: Systematic Mispricing in European Equity Prices. IWH-Diskussionspapiere 6/2007.

Regulierung des Eigenkapitals von Banken

Die beobachtbare Übererfüllung der Mindesteigenkapitalnormen (Basel Akkord) durch Banken wird oft als Argument dafür herangezogen, dass eine prozyklische Wirkung der Regulierung auf die Bankkreditvergabe nicht zu befürchten sei. Um dies aber sachgerecht einschätzen zu können, stellt sich aus theoretischer Sicht zunächst die Frage, warum Banken nach der Einführung von Mindesteigenkapitalquoten ihr regulatorisches Eigenkapital erfahrungsgemäß nicht nur erhöht, sondern sogar Eigenkapitalpuffer aufgebaut haben.

Traditionelle portfoliotheoretische Ansätze erklären dieses Verhalten mit Portfolioanpassungskosten, unterstellen aber vollständige Verträge bei vollkommener Information. Wenn jedoch realistisch betrachtet Finanzverträge aufgrund asymmetrischer Informationsverteilungen als unzureichend durch-

setzbar und unvollständig angenommen werden, dann zeigt sich, dass Banken ihre Eigenkapitalquote bei anstehenden Nachverhandlungen mit Kreditnehmern strategisch nutzen können, um ihre eigene Verhandlungsposition zu verbessern. Weil dieser Zusammenhang jedoch nicht-monoton ist, kann eine Bank gezwungen sein, nach Einführung einer Mindesteigenkapitalquote mehr Eigenkapital als vorgeschrieben zu halten. Dann nimmt allerdings auch die Notwendigkeit zur Übererfüllung im konjunkturellen Abschwung zu, da die hiermit einhergehende Wertminderung von Kreditrisiken die relative Verhandlungsposition der Banken schwächt und nur durch eine noch höhere Eigenkapitalquote ausgeglichen werden kann. Eine Übererfüllung regulatorischer Mindesteigenkapitalquoten kann daher nicht immer mit Eigenkapitalpuffern, die eine zyklische Kreditvergabe verhindern, gleichgesetzt werden.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Dietrich, Diemo; Vollmer, U.: Why do Banks Hold Capital in Excess of Regulatory Requirements? A Functional Approach, in: DBW – Die Betriebswirtschaft 2007, Vol. 67 (2), S. 153-166.

Konjunkturprognosen und Wirtschaftspolitik

In der Konjunkturforschung des IWH nimmt die Analyse von Finanzmärkten einen besonderen Stellenwert ein. Deshalb konnte auf hohe Risiken für die Weltkonjunktur von Seiten der Finanzmärkte früher eingegangen werden, als dies bei vielen anderen Konjunkturbeobachtern der Fall war. Auch wurde zu einem recht frühen Zeitpunkt auf Probleme im Umgang mit neuen Finanzmarktinstrumenten als einem wichtigen Risikofaktor hingewiesen. Im Januar erklärte der Jahresausblick des IWH die zu diesem Zeitpunkt auffallend niedrigen Risikoaufschläge mit dem Vertrauen der Finanzmärkte darauf, dass „die modernen Finanzmarktinstrumente die Anleger auch in konjunkturell etwas ungünstigeren Zeiten von den ärgsten Risiken abschirmen werden.“ Im März schrieb das IWH zusammen mit den europäischen Partnerinstituten im European Forecasting Network (EFN) – hier kooperiert das IWH mit Universitäten aus Mailand, Florenz, Madrid, Barcelona und Cambridge sowie mit dem CEPII Institut (Paris) und Global Insight (Mailand) –: „Financial markets are a major risk factor [...] It is an open question, whether [the new sophisticated financial

Konjunkturprognosen und internationale Finanzmarkturbulenzen

instruments that diversify risk] will prove as useful shelters this year, when economic conditions might be somewhat more difficult.“ Im Juni, also noch vor Ausbruch der Finanzmarkturbulenzen, hat das EFN auf eine wichtige strukturelle Ursache der Risiken hingewiesen: „One source of risk are possibly adverse effects of the recently developed financial instruments [...] For example, markets might have diversified risk to such a degree that in the end no investor is willing to shoulder monitoring costs.“ Im September hat das EFN spürbare Dämpfungseffekte für die Weltkonjunktur vorausgesagt, weil die Turbulenzen nicht lediglich Auswirkungen der US-Hypothekenkrise seien: „The crisis appears to be one of confidence in the very nature of the new financial instruments.“

Der Jahresausblick vom Dezember 2007 prognostiziert, dass sich „die Kreditschöpfung in den USA und in Europa deutlich verlangsamen werde“, auch infolge der Verschlechterung der Bilanzposition von wichtigen Banken. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass das veränderte Anlageverhalten von Staatsfonds wichtiger Schwellenländer die Weltfinanzmärkte (zumindest kurzfristig) stütze – eine Entwicklung, die schon in der Sommerprognose im August vorausgesagt wurde.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Lindner, Axel; Scheufele, Rolf: European Forecasting Network: EFN Report on the Euro Area Outlook, Spring, Summer, Autumn and Winter 2007. Internet: efn.uni-bocconi.it.

Konjunkturprognosen für Deutschland

Die deutsche Wirtschaft hatte 2007 die Erhöhung der Mehrwertsteuer und deren Folgen zu verkraften. Trotz dieser Belastungen hat sich der Aufschwung fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt stieg mit 2,5% etwas schwächer als im Jahr zuvor, die Rate blieb damit aber über dem Wachstumstrend. Der Konjunkturverlauf litt allerdings auch unter den Folgen der Sondereffekte aus dem Vorjahr. Insbesondere betraf das die Konsumgüterkäufe der privaten Haushalte und den privaten Wohnungsbau. Im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung hatte es vorgezogene Aktivitäten gegeben, die 2007 fehlten, und der erhöhte Mehrwertsteuersatz sorgte für einen deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise. So verfehlten die privaten Konsumausgaben sogar ihren Stand vom Vorjahr. Der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität ging ausschließlich auf das Konto der Nachfrage aus dem Ausland, der Investitionen der Unternehmen und des Staats sowie

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland im Jahr 2008

	2006	2007	2008
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	1,0	-0,2	1,3
Staatskonsum	0,9	2,3	2,2
Anlageinvestitionen	6,1	5,0	1,6
Ausrüstungen	8,3	8,0	3,0
Bauten	4,3	2,6	0,3
Sonstige Anlagen	6,7	5,2	4,0
Inländische Verwendung	1,9	1,4	1,7
Exporte	12,5	8,0	6,4
Importe	11,2	6,2	7,2
Bruttoinlandsprodukt	2,9	2,5	1,7
Nachrichtlich: USA	2,9	2,2	2,2
Euroraum	2,8	2,6	1,7
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	0,5	1,3	0,8
Effektivlöhne je Stunde	1,1	1,6	2,2
Lohnstückkosten ^a	-1,1	0,0	0,9
Verbraucherpreisindex	1,7	2,2	2,3
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	39 088	39 749	39 951
Arbeitslose ^c	4 487	3 794	3 548
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	10,3	8,7	8,2
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staats	-1,6	0,0	-0,2

^a Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; 2007 und 2008: Prognose des IWH (Stand: 20.12.2007).

dessen konsumtiver Nachfrage. In der Tendenz entsprach dies auch der hauseigenen Konjunkturprognose. Allerdings unterschätzte das IWH zu Beginn des Jahres die Dynamik des Außenbeitrags und der Unternehmensinvestitionen deutlich.

Die Verlangsamung des Wachstums in der zweiten Jahreshälfte sowie die Eintrübung der Konjunkturaussichten infolge der Finanzmarkturbulenzen veranlassten die Konjunkturforscher der Abteilung, Ende des Jahres die Prognose für 2008 an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Der Aufschwung stockte, obwohl Deutschland im Unterschied zu den angelsächsischen Ländern bis dahin wenig in die Turbulenzen an den internationalen Finanzmärkten verwickelt war. Gleichwohl hatte sich das konjunkturelle Umfeld eingetrübt. Die Expansion der für Deutschland wichtigen Außenmärkte verlangsamt sich, und die Bedingungen der Kreditvergabe wurden verschärft.

Hinzu kommt, dass sich die Binnennachfrage im Jahr 2008 nicht so kräftig entwickeln dürfte, wie bis dahin erwartet. Beschäftigung und Erwerbseinkommen steigen zwar, der Einkommenszuwachs wird jedoch einen großen Teil der privaten Haushalte nicht erreichen. Außerdem bewegt sich die Teuerung in eine Richtung, bei der Einkommen und Konsum in realer Rechnung zurückbleiben. Überdies verliert die Investitionstätigkeit an Dynamik, auch, weil sich die Unternehmen mit Anlageinvestitionen infolge der Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen zunächst zurückhalten werden. Infolge der nachlassenden Dynamik der Weltkonjunktur und der leichten Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit steigen zudem die Exporte langsamer. So wird auch die gegenseitige Verstärkung der konjunkturellen Impulse von Exportgeschäft, Investitionstätigkeit und Konsum schwach ausfallen, und die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Aktivität lässt im Jahr 2008 zunächst nach.

Nach dem Schwinden der Belastungen dürfte sich die konjunkturelle Aufwärtsbewegung in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 wieder verstärken. Zwar werden die monetären Rahmenbedingungen nicht mehr anregen, die Finanzpolitik wird aber auch nicht mehr bremsen. Zudem gibt die Teuerung im Zeitablauf nach und belastet dann weniger stark als derzeit. Schließlich wird die konjunkturelle Delle überwunden; der Aufschwung setzt sich fort und erreicht 2009 sein Spätstadium.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Arbeitskreis Konjunktur: Deutsche Wirtschaft 2007: Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2007, S. 7-28.

Arbeitskreis Konjunktur: Aufschwung in Deutschland ungebrochen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2007, S. 288-297.

Arbeitskreis Konjunktur: Aufschwung stockt: Warten auf die „zweite Luft“, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2008, S. 8-34.

In der wirtschaftspolitischen Diskussion spielte 2007 die Verwendung der im aktuellen Aufschwung entstandenen Haushaltsüberschüsse der Bundesagentur für Arbeit eine wichtige Rolle. In die Diskussion über Beitragssenkungen hat das IWH eine Studie zur Beitragsgestaltung in der Arbeitslosenversicherung eingebracht. Dabei wurden aus einer Analyse der zyklischen Schwankungen von Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung in der Vergangenheit Schlussfolgerungen für die mögliche Finanzentwicklung in der Zukunft gezogen. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Höhe der Rücklagen, die die Bundesagentur für schlechte Zeiten bilden sollte, um den Beitragssatz auch im Abschwung stabil halten zu können. Ergebnis ist, dass eine Beitragssenkung unter den Satz von 3,9% des Bruttolohns aus heutiger Sicht in einem möglichen künftigen konjunkturellen Abschwung nicht nachhaltig sein kann. Stattdessen ist mit der jetzt beschlossenen Beitragssenkung auf 3,3% die Gefahr verbunden, dass im nächsten Abschwung neue Beitragserhöhungen notwendig werden, da die notwendigen Rücklagen nicht mehr gebildet werden können.

Arbeitslosenversicherung

Ausgewählte Veröffentlichung:

Kumpmann, Ingmar: Für einen nachhaltigen Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2007, S. 398-402.

Im Jahr 2006 war die wirtschaftliche Aktivität in Ostdeutschland nach vorläufigen statistischen Angaben überdurchschnittlich gewachsen. Die mitteldeutschen Länder stiegen sogar in die Gruppe der Spitzenreiter auf. Dies hatte zunächst überrascht, blieben doch die fundamentalen Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft, wie

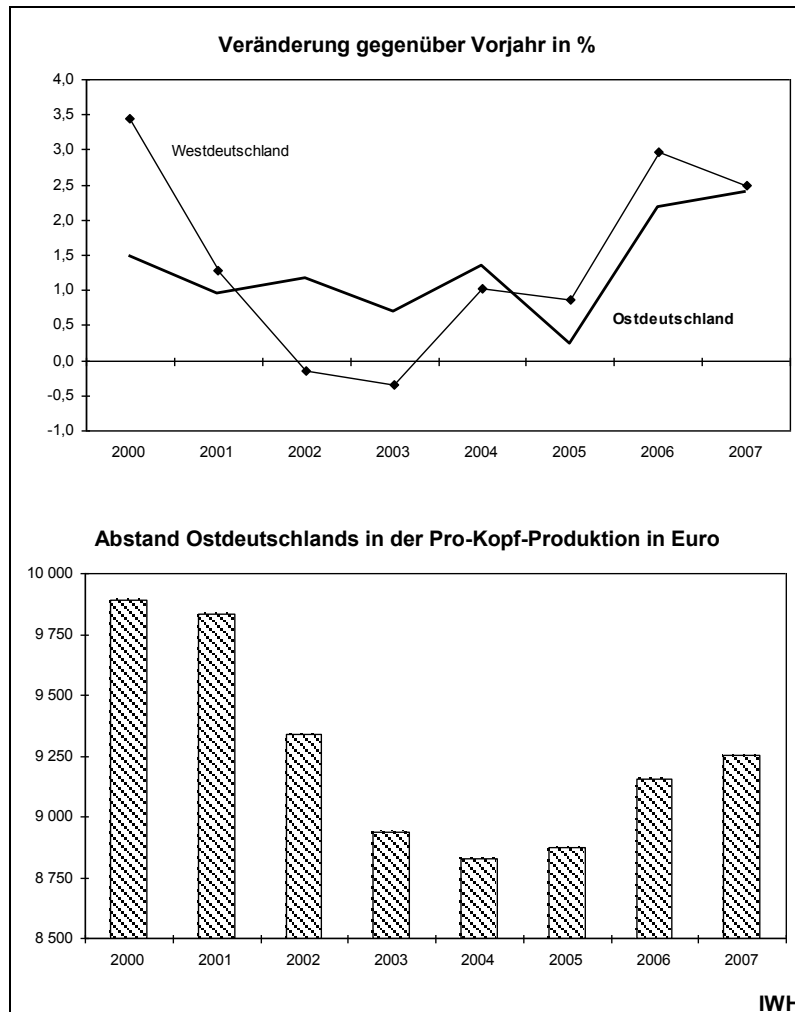
Ostdeutsches Produktionswachstum

die Kleinteiligkeit der Produktionsstätten, die fehlenden Konzernzentralen, die geringe Industriedichte, die Überkapazitäten in der Bauwirtschaft, die niedrige Forschungs- und Entwicklungsintensität, der Produktivitätsrückstand, die hohe Unterbeschäftigung erhalten. Stellte man jedoch in Rechnung, dass im Zuge der marktwirtschaftlichen Transformation in den Neuen Bundesländern trotz der Schwächen ein leistungsfähiger Unternehmenssektor entstanden war, relativierte sich das Überraschungsmoment. Der Produktionsapparat der Unternehmen und die Infrastruktur wurden modernisiert und die anfangs gegebenen Nachteile im Kostenwettbewerb weitgehend abgebaut. Die Hersteller handelbarer Güter, die dem Wettbewerb auf den nationalen und internationalen Märkten am unmittelbarsten ausgesetzt sind, haben gegenüber den Anbietern aus den Alten Bundesländern sogar einen Kostenvorteil erzielt. Gegenüber den mittel- und osteuropäischen Niedriglohnländern ist der Nachteil bei den Arbeitskosten geschrumpft.

Die über die Jahre kumulierten Verbesserungen auf der Angebotsseite generell sowie die Unterauslastung des Faktors Arbeit und der Produktionsanlagen schienen die ostdeutsche Wirtschaft in den Jahren 2006 und 2007 in die Lage versetzt zu haben, trotz struktureller Schwächen den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland und auf den Außenmärkten mitzunehmen. Dem kamen die treibenden Kräfte der Konjunktur, der Export in das Ausland und die Investitionsaktivitäten im Inland entgegen. Dieser Aufschwung hatte einen starken Industriebezug. Hier vollzog sich die Transmission der Impulse auf das dem Ausmaß nach zwar kleine, aber wettbewerbsfähige ostdeutsche Potenzial. Die Industrieproduktion stieg 2006 um 6,3% und 2007 um rund 9%. Zusätzlich legte nach Jahren des kräftigen Rückgangs auch die Bauproduktion zu, sodass das hohe Wachstum der Industrieproduktion anders als in den Vorjahren voll auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität durchwirkte. Industrie und Baugewerbe trugen zu rund drei Vierteln zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei. Unter den Dienstleistern ragten die Beiträge des Verkehrs- und Nachrichtengewerbes sowie der unternehmensnahen Anbieter hervor.

Die Aussichten für Produktion und Beschäftigung im Jahr 2007 wurden, solange der Aufschwung in Deutschland anhält, als gut eingeschätzt – anderenfalls gewannen die strukturellen Schwächen wieder Oberhand und bremsen die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland. Zunächst sollten jedoch die Exporte und die Investitionsaktivitäten die Produktion stimulieren.

Abbildung 1:
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts im Ost-West-Vergleich^a



^a Neue Bundesländer ohne Berlin; Alte Bundesländer einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“: Rechenstand Februar 2008; Berechnungen des IWH.

Nach ersten Berechnungen der amtlichen Statistik stieg im Jahr 2007 das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands fast im Gleichschritt mit den Alten Bundesländern. Allerdings gab es für die beiden Vorjahre eine deutliche

Abwärtskorrektur der Wachstumsraten, sodass sich entgegen der IWH-Prognose das Produktionswachstum als nicht stark genug erwies, um auf den Aufholpfad zurückzukehren (vgl. Abbildung 1).

Ausgewählte Veröffentlichung:

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland: Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 7/2007, S. 227-256.

Die Arbeitslosigkeit befindet sich in Ostdeutschland seit Jahren auf einem hohen Niveau. Verglichen mit Westdeutschland ist die Quote etwa doppelt so hoch. Über die Ursachen wird eine kontroverse wissenschaftliche Debatte geführt. Die einen sehen sie in der schnellen Lohnangleichung zu Beginn der deutschen Vereinigung und den Angeboten der Arbeitsmarktpolitik, die Arbeitslose vom Suchprozess abhalten würde. Die anderen sehen sie im fehlenden Angebot an Arbeitsplätzen und führen dazu Langzeitfolgen des marktwirtschaftlichen Umbaus der ostdeutschen Wirtschaft ins Feld. In der gemeinschaftlichen Forschungsarbeit der Abteilung mit einem Gastwissenschaftler aus den USA wurde der Arbeitsplatzmangel mit einer Strukturschwäche der ostdeutschen Wirtschaft nach ihrem Umbau begründet, dem kleinen industriellen Bereich und der davon abhängigen unterdurchschnittlichen Entwicklung von Angebot und Nachfrage wirtschaftsnaher Dienstleistungen.

Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland

Ausgewählte Veröffentlichung:

Ludwig, Udo; Hall, J.: Explaining Persistent Unemployment in Eastern Germany, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 29, No. 4, Summer 2007, pp. 601-619.

Wandel der Handelsmuster und nationale Beschäftigung

In den zurückliegenden Jahren hat die voranschreitende internationale Integration und die damit verbundene Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs die internationale Arbeitsteilung grundlegend verändert. So hat der zunehmende internationale Wettbewerb vor allem die Produzenten in Hochlohnländern dazu veranlasst, ihre Wertschöpfungsketten vertikal aufzuspalten und einzelne Teilelemente an

Internationale Fragmentierung der Produktion

unterschiedliche Standorte zu verlagern, um regional divergierende Faktorpreise optimal auszunutzen. Dies schlug sich in einer überproportionalen Ausweitung des Handels mit Vor- und Zwischenprodukten nieder, der in den entwickelten Industrieländern in den vergangenen 20 Jahren mehr als doppelt so stark zunahm wie der internationale Handel mit Endprodukten. Allerdings ist davon auszugehen, dass neben dem kontinuierlichen Abbau von Handelshemmnissen und internationalen Faktorpreisunterschieden eine Vielzahl weiterer Faktoren die Fragmentierung der Produktion beeinflusst.

Auf der Basis bilateraler Daten zum Außenhandel mit Vor- und Zwischenprodukten wird in diesem Projekt gezeigt, dass in der Europäischen Union vor allem zwischen den westeuropäischen Hochlohnländern und den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern aufgrund eines besonders hohen Anteils von Vor- und Zwischenprodukten am gesamten Warenhandel die internationale Fragmentierung der Produktion zwischen diesen Ländern besonders ausgeprägt ist. Interessanterweise sind jedoch die westeuropäischen Hochlohnländer keine Netto-Importeure von arbeitsintensiven Vor- und Zwischenprodukten aus Mittel- und Osteuropa. Empirische Untersuchungen zeigen, dass Faktoren, die wesentlichen Einfluss auf die Transaktionskosten nehmen, wie etwa die Qualität der Infrastruktur zwischen Standorten, die Transportkosten sowie Kommunikationsnetze, für die internationale Fragmentierung der Produktion mindestens ebenso bedeutend sind wie Unterschiede in den Arbeitskosten.

Ausgewählte Veröffentlichung:

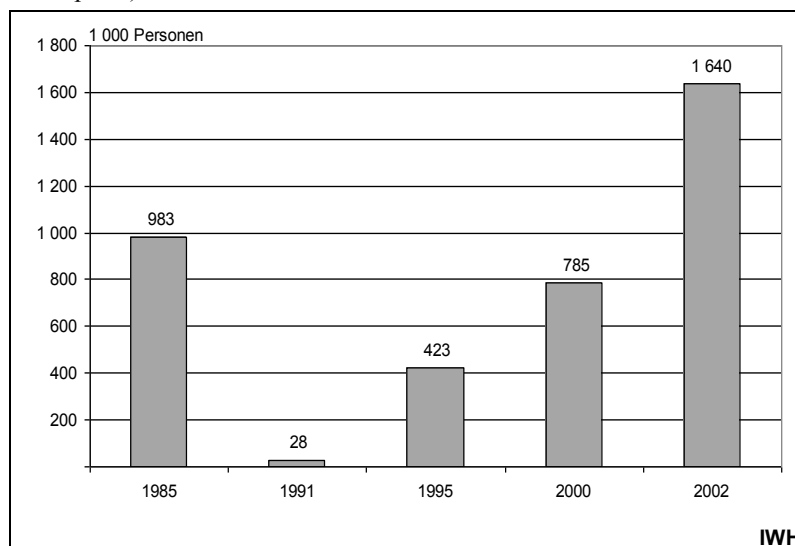
Zeddes, Götz: Determinants of International Fragmentation of Production in the European Union. IWH-Diskussionspapiere 15/2007.

Die zunehmende Integration der deutschen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung führt sowohl zu einem starken Anstieg der Exporte als auch zu einer steigenden Importdurchdringung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Importe ergänzen nicht nur die im Inland produzierten Erzeugnisse, sondern verdrängen teilweise inländische Produktion und Arbeitsplätze. Dies führt zu der Frage, ob Exportzuwächse zu einem Anstieg an Beschäftigung führen und ob dieser den durch die Importe induzierten Entzug an Beschäftigung übersteigt.

Globalisierung und Beschäftigung

Bei der Analyse der Beschäftigungseffekte der Exporte und der „Arbeitsplatzverluste“ durch Importe wird zunächst zwischen der Herkunft der Exportgüter unterschieden. Die Exporte bestehen zum einen aus Gütern, die aus dem Produktions- und Wertschöpfungsprozess in Deutschland hervorgegangen sind, und zum anderen aus denen, die für die unmittelbare Wiederausfuhr importiert werden und so gut wie gar keine Beziehung zum inländischen Produktionsprozess haben. Die für die Wiederausfuhr bestimmten Importe haben weder positive Wirkungen auf die nationale Beschäftigung, noch führen sie zu einem Entzug an Beschäftigung und bleiben deshalb bei den Analysen unberücksichtigt.

Abbildung 2:
Saldo der totalen Beschäftigungseffekte der Exporte und Importe (ohne Re-Exporte) in Deutschland von 1985 bis 2002



Quellen: Statistisches Bundesamt: Input-Output-Tabellen; Berechnungen des IWH.

Berechnungen mit Hilfe des statischen Input-Output-Mengenmodells ergaben, dass der Standort Deutschland bei der Beschäftigung trotz kräftiger Importsteigerungen in den 90er Jahren vom Exportzuwachs profitiert hat (vgl. Abbildung 2). Zwar sind auch mehr Arbeitsplätze durch den gestiegenen Kauf von Vorleistungsgütern und Endprodukten aus dem Ausland im Vergleich zur ersten Hälfte der 90er Jahre verlorengegangen. Die Ausweitung der Beschäftigung infolge des starken Anstiegs der Exporte hat

diese Verluste jedoch mehr als kompensiert. Waren im Jahr 2002 rund 8,2 Millionen Erwerbstätige direkt – und über die Vorleistungsverflechtung indirekt – für den Export tätig, so blieb auch nach Saldierung des Entzugs durch alle nachfrageinduzierten Importe ein Zugewinn von 1,6 Mio. Arbeitsplätzen. Der Beschäftigungsstand der deutschen Volkswirtschaft wurde demzufolge durch den Exportüberschuss um mehr als 4% angehoben. Gegenüber 1995 hat sich der Saldo gar um 1,2 Mio. Stellen erhöht.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Ludwig, Udo; Brautzsch, Hans-Ulrich: Globalisierung und Beschäftigung – eine Untersuchung mit der Input-Output-Methode. IMK Studies Nr.1/2008.

Strukturökonomik

Leitung: Dr. Joachim Ragnitz (bis 31.06.),
Kommissarische Leitung: Dr. Harald Lehmann (bis 31.12.)

Die Forschungstätigkeit der Abteilung „Strukturökonomik“ richtete sich im Jahr 2007 auf folgende drei Forschungsfelder:

- Regionale Konvergenz- und Divergenzprozesse,
- Demographischer Wandel, Migration und Humankapital,
- Evaluation wirtschafts- und förderpolitischer Maßnahmen.

Im Folgenden soll zunächst ein zusammenfassender Überblick über diese Forschungsfelder gegeben werden. Im Anschluss daran werden ausgewählte Ergebnisse der Arbeiten zu den drei Schwerpunkten detaillierter dargestellt.

Im Rahmen des Forschungsfelds *Regionale Konvergenz- und Divergenzprozesse* wird untersucht, wodurch die empirisch zu beobachtende Persistenz von Unterschieden im Wohlstandsniveau zwischen einzelnen Regionen verursacht wird und inwieweit bei politisch vorgegebenen Ausgleichszielen Möglichkeiten wirtschaftspolitischer Gegenmaßnahmen bestehen. Im Vordergrund steht dabei die Analyse des Aufholprozesses ostdeutscher Gebiete bzw. des Ausbleibens der erwünschten Konvergenz von strukturschwachen Regionen. Insgesamt gesehen zeichnet sich die ostdeutsche Wirtschaft zwar durch einen langsamen Aufholprozess aus, der Produktivitätsrückstand der fünf Neuen Bundesländer gegenüber den westlichen Bundesländern betrug im Jahr 2006 indes immer noch ca. 25%, auch wenn starke regionale Unterschiede auszumachen sind. In den vergangenen Jahren konnte gezeigt werden, dass diese Lücke wesentlich auf die unterschiedliche Branchen- und Größenstruktur, die unterwertige funktionale Struktur mit einer Dominanz von nachgelagerten Unternehmensfunktionen und die damit einhergehende geringe Forschungsintensität sowie geringere Humankapitalintensität der Produktion zurückzuführen ist. Um der immer deutlicher werdenden Binnendifferenzierung der ostdeutschen Entwicklung Rechnung zu tragen, stand im Jahr 2007 nun eine stärker regional gegliederte Betrachtung der Konvergenz- und Divergenzprozesse im Vordergrund. Ziel der Arbeiten war dabei die Identifikation von Wachstumsregionen, die Abhängigkeit wirtschaftlichen Wachstums vom Wandel der sektoralen

Struktur sowie die Analyse regionaler Ausstrahleffekte. Auf die konkreten Ergebnisse dieser Untersuchungen wird im Verlauf näher eingegangen.

Als zentrale Determinanten regionaler Konvergenzprozesse wurden im Rahmen früherer Untersuchungen des ersten Forschungsfelds die regionale Humankapitalausstattung und -intensität sowie die Fähigkeit, Wissen und Innovationen zu generieren, identifiziert. Der zweite Aspekt wird im Rahmen des Forschungsschwerpunkts „Wissen und Innovation“ untersucht (siehe Seite 71). Der Konvergenzdeterminante des regionalen Humankapitalsbestands wurde in den letzten Jahren im Rahmen des zweiten Forschungsfelds *Demographischer Wandel, Migration und Humankapital* verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Dies liegt darin begründet, dass sich die absehbaren und teilweise schon wirksamen demographischen Engpässe sowie die anhaltende Abwanderung aus strukturschwachen Gebieten in Ostdeutschland als Gefahr für die Humankapitalausstattung und damit als erhebliche Bremse für den Aufholprozess darstellen. Im Zentrum der Arbeiten vergangener Jahre standen zunächst die Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung und der Erwerbstätigen für Wachstum und Strukturwandel. Auch im Jahr 2007 wurden diese Untersuchungen fortgesetzt. Der bereits in den Vorjahren analysierte Zusammenhang zwischen Alter und Produktivität wurde vertiefend untersucht. Im Ergebnis zeigten sich erneut nur moderate Produktivitätseffekte des Alters. Im Übrigen scheinen altersbedingte Rückgänge im Leistungsverlauf durch das mit zunehmender Betriebserfahrung akkumulierte Wissen kompensiert zu werden. Insofern ist ein durch die Alterung der Beschäftigten bedingter Produktivitätsrückgang eher unwahrscheinlich. Eine signifikante Wirkung der Alterung wurde hingegen mit Blick auf das Gründungsverhalten festgestellt. Das Abschmelzen jüngerer Kohorten könnte in den Neuen Ländern in Zukunft zu einer erheblichen Gründerlücke führen, selbst wenn davon auszugehen ist, dass eine schrumpfende Bevölkerung auch einen geringeren Bedarf an Gründungen im Bereich der lokalen Nachfrage nach sich zieht. Neben den Implikationen der Alterung stand im Jahr 2007 die Untersuchung des Wanderungsverhaltens junger Menschen, insbesondere junger Frauen, im Fokus der Forschungstätigkeit der Abteilung. Ferner wurde die Untersuchung zur Humankapitalintensität der ostdeutschen Wirtschaft fortgesetzt. Im Schnittbereich des zweiten Forschungsfelds der Abteilung und des Forschungsschwerpunkts „Wissen und Innovation“ lag darüber hinaus eine Analyse zum Einfluss von Humankapital auf das betriebliche Innovationsverhalten. Diese drei Themenstellungen werden bei der Vorstellung ausgewählter Forschungsarbeiten näher charakterisiert.

Während die beiden ersten Forschungsfelder auf die wissenschaftliche Beschreibung aktueller Entwicklungen sowie die Identifikation von Ursache-Wirkungs-Beziehungen abzielen, wird im dritten Forschungsfeld *Evaluation wirtschafts- und förderpolitischer Maßnahmen* die Wirkung wirtschaftspolitischer Instrumente analysiert und bewertet. Die untersuchten wirtschaftspolitischen Maßnahmen beziehen sich dabei auf Aspekte, die den ersten beiden Forschungsfeldern zuzuordnen sind – also einerseits auf Maßnahmen zur Förderung des regionalen Ausgleichsziels, andererseits auf institutionelle Regelungen, die die Entwicklung des Humankapitalbestands betreffen. Bezüglich des Konvergenzziels wurde wie bereits in den Vorjahren die zweckgemäße Verwendung der Solidarpaktmittel in den Neuen Ländern bewertet. Es zeigte sich, dass neben Sachsen auch Mecklenburg-Vorpommern die erhaltenen Mittel im Jahr 2006 vollständig zweckentsprechend eingesetzt hat und auch die Länder Brandenburg und Thüringen von diesem Ziel nicht weit entfernt waren. In Sachsen-Anhalt lag der Anteil der korrekten Mittelverwendung zwar nur bei rund 60%; gegenüber den Jahren zuvor war dies aber auch ein Anstieg um mehr als 40 Prozentpunkte. Diese tendenziell positive Entwicklung in allen Ländern dürfte nicht zuletzt Ergebnis der laufenden wissenschaftlichen Beobachtung und Publikation der entsprechenden Befunde sein – eine Tatsache, die die Relevanz der geleisteten Forschungstätigkeit deutlich macht. Mit Blick auf das Ausgleichsziel stand neben diesem finanzpolitischen Schwerpunkt die Untersuchung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) im Zentrum der Betrachtung. Hinsichtlich des zweiten Forschungsfelds – der Entwicklung des Humankapitalbestands – wurde untersucht, wie Befristungsregelungen das vor dem Hintergrund der Alterung wichtige Weiterbildungsverhalten der Beschäftigten beeinflussen. Beide Arbeiten werden an späterer Stelle näher vorgestellt. Im Rahmen des dritten Forschungsfelds werden auch die methodischen Kompetenzen der Abteilung ausgebaut, die zur fundierten Bewertung von Förderinstrumenten und institutionellen Arrangements erforderlich sind. Im Jahr 2007 lag das Augenmerk besonders auf der Weiterentwicklung von Matchingverfahren, die einen validen Vergleich von Teilnehmern und Nicht-Teilnehmern an einem bestimmten Maßnahmeprogramm ermöglichen und so den Effekt der Maßnahme quantifizierbar machen.

Darüber hinaus waren Mitarbeiter der Abteilung in den abteilungsübergreifenden Forschungsschwerpunkten tätig. Hervorzuheben sind zudem mehrere Gutachten im Auftrag öffentlicher Institutionen, die Publikation aktueller Forschungsergebnisse in referierten Fachzeitschriften, die Mitarbeit in wissenschaftlichen und politischen Beratungsgremien auf Landes-,

Bundes- und europäischer Ebene sowie eine starke Vortragstätigkeit von Mitarbeitern der Abteilung (teils im wissenschaftlichen, teils im politischen Raum).

Regionale Konvergenz- und Divergenzprozesse

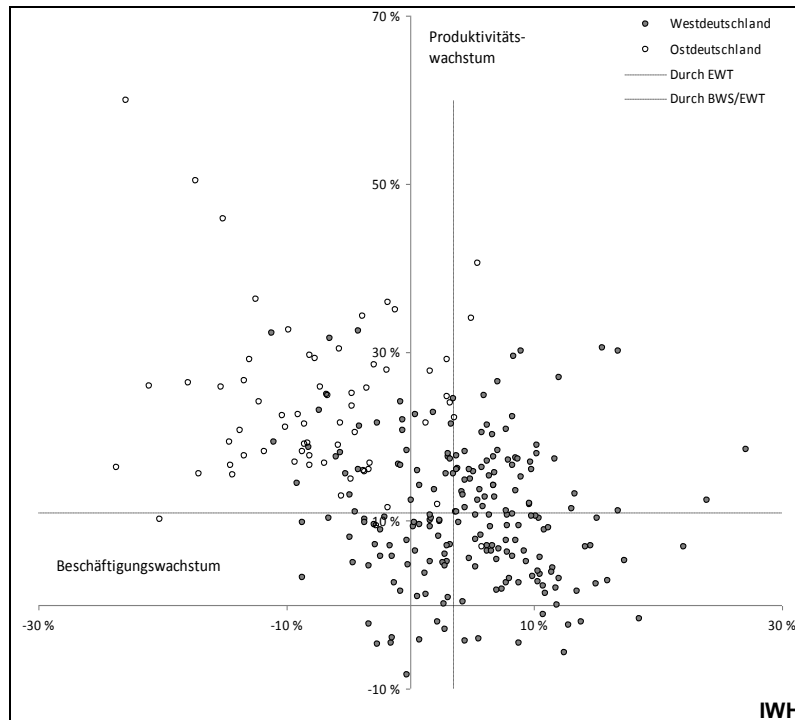
Im Rahmen der Analyse des Ost-West-Konvergenzprozesses verstärken sich regionale Unterschiede, sodass eine Untersuchung des Aufholprozesses der Neuen Länder auf aggregierter Ebene zunehmend unscharf wird und stattdessen eine räumlich gegliederte Analyse angezeigt ist. Um verzerrende Effekte zu vermeiden, die sich aus dem Auseinanderfallen von Wohn- und Arbeitsort ergeben, wurde eine Analyse auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen durchgeführt. Ziel der im Rahmen des ersten Forschungsfelds vorgenommenen Untersuchung war die Identifikation von Wachstumsregionen, wobei die Produktivitäts- und die Beschäftigtenentwicklung zur Charakterisierung der Regionen herangezogen wurden. Entlang dieser Dimensionen ergeben sich Wachstums- bzw. Schrumpfungsregionen, die durch über- oder unterdurchschnittliche Produktivitäts- bzw. Beschäftigtenentwicklung gekennzeichnet sind.

Wachstumsregionen in Ostdeutschland

In regionaler Hinsicht zeigt sich zunächst, dass fast alle ostdeutschen Arbeitsmarktregionen im Rahmen eines allgemeinen Konvergenzprozesses ihre Produktivität, ausgehend von einem relativ homogenen Niveau, im untersuchten Zeitraum überdurchschnittlich steigern konnten (vgl. Abbildung). In der Mehrzahl der Fälle ging dieses Produktivitätswachstum indes zu Lasten des Arbeitsmarkts, die Beschäftigung ging bei gleichbleibendem bzw. steigendem Ausstoß zurück, die Produktion wurde mithin kapitalintensiver. Aus transformationstheoretischer Sicht ist diese Steigerung der Produktivität qua höherer Kapitalintensität der zu erwartende Effekt des neoklassischen Konvergenzwachstums. Indes fällt bei näherer Betrachtung auch auf, dass einzelne ostdeutsche Regionen in den letzten Jahren eine andere Entwicklung vollzogen haben. So konnten die Arbeitsmarktregionen im Umfeld von Berlin und Dresden sowie einige Regionen in Thüringen positive Produktivitätseffekte bei gleichzeitiger Erhöhung der Beschäftigung realisieren. Das größte absolute ostdeutsche Bruttowertschöpfungswachstum wurde in der Arbeitsmarktregion Dresden erwirtschaftet. Hier konnten im untersuchten Zeitraum so interregional konkurrenzfähige

Arbeitsplätze geschaffen und weiter ausgebaut werden. Auch die ostdeutschen Großstädte Leipzig und Potsdam konnten einen starken Erwerbstätigenzuwachs erzielen. Ihr vergleichsweise schwaches Bruttowertschöpfungswachstum sowie das schwache Umland führten hier jedoch zu einem relativ schwachen Produktivitätswachstum.

Abbildung:
Regionale Produktivitäts-^a und Beschäftigungsentwicklung
- Arbeitsmarktregionen, 1996 bis 2005 -



^a Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen.

Quellen: VGR der Länder; Statistisches Bundesamt; Darstellung des IWH.

Ein schlüssiger Erklärungsansatz für das divergierende Wachstum in den ostdeutschen Regionen kann in der heterogenen wirtschaftlichen Struktur der Regionen sowie deren Veränderung vermutet werden. Um den Einfluss des strukturellen

Regionales Wachstum und Wirtschaftsstruktur

Wandels auf das Wachstum näher zu analysieren, wurde in einer weiteren Analyse für die deutschen Landkreise und kreisfreien Städte eine sektoral disaggregierte regionale Produktionsfunktion modelliert. Die daraus abgeleitete Wachstumsfunktion wurde unter Berücksichtigung räumlicher Effekte geschätzt. Ziel war die Bestimmung des Einflusses des sektoralen Wandels auf die regionale Wirtschaftsentwicklung. Die Ergebnisse des geschätzten Spatial-Cross-Regressive-Modells belegen signifikant positive Effekte des Wachstums des Beschäftigtenanteils im sekundären Sektor für das Wachstum des gesamten regionalen Wohlstandsniveaus. Darüber hinaus zeigt sich bezüglich dieser Größe auch ein positiver Nachbarschaftseffekt. Mit anderen Worten scheint das relative Wachstum des sekundären Sektors auch der Wirtschaftsleistung in den benachbarten Regionen förderlich zu sein.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht sprechen die Ergebnisse dafür, dass insbesondere von einer Förderung ausgewählter Wirtschaftszweige des sekundären Sektors Abstrahleffekte sowohl für Zulieferbetriebe als auch für den tertiären Sektor im Allgemeinen ausgehen. Investitionen in diesen Bereichen führen somit zu einem sich multiplikativ verstärkenden Prozess, der auch in räumlicher Hinsicht über Kreisgrenzen hinweg in Nachbarregionen wirksam wird. Weitere Analysen müssen zeigen, welche Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes mittelfristig weiteres Wachstumspotenzial besitzen und ob diese Branchen verstärkte Ausstrahleffekte über den funktionalen Raum hinaus bewirken. Sollte dies der Fall sein, so wäre ein neues Förderkonzept denkbar, das sich auf die Förderung von Wachstumspolen konzentriert, ohne das regionale Ausgleichsziel aus den Augen zu verlieren.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Kubis, Alexander; Titze, Mirko; Ragnitz, Joachim: Spillover Effects of Spatial Growth Poles – a Reconciliation of Conflicting Policy Targets? IWH-Diskussionspapiere 8/2007.

Lehmann, Harald; Kubis, Alexander; Titze, Mirko; Bergner, U.: Neue regionale Entwicklungsmuster und ihre Konsequenzen für die Raumordnungspolitik. Erster Zwischenbericht zum Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Halle (Saale), 2007.

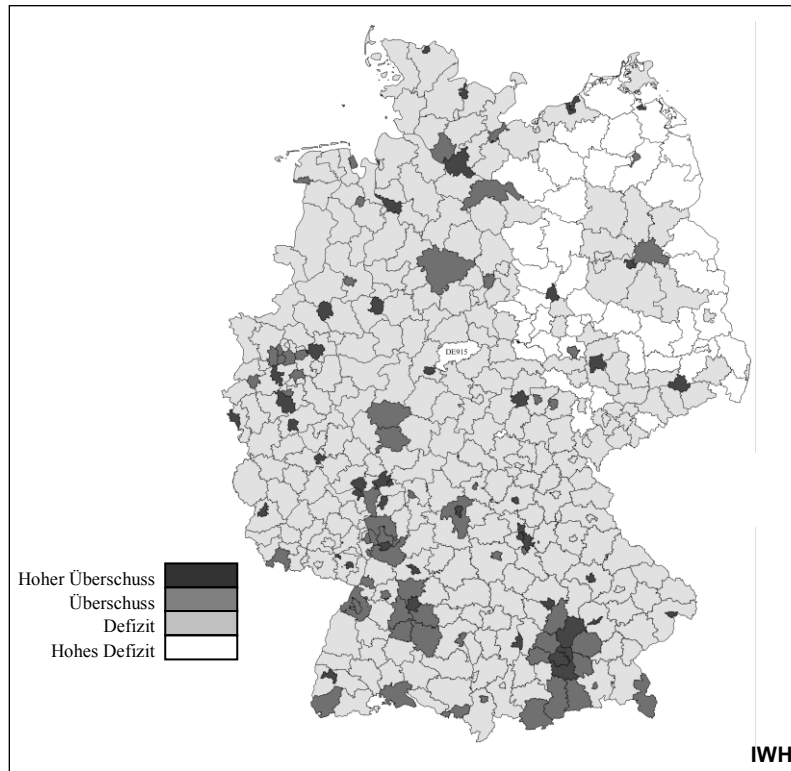
Demographischer Wandel, Migration und Humankapital

Für die Humankapitalausstattung der Neuen Länder ist das Wanderungsverhalten junger Frauen von besonderem Interesse. Zum einen weisen sie ein höheres Bildungspotenzial als ihre männlichen Pendanten auf. Zum anderen sind sie auch für die langfristige Entwicklung der Humankapitalausstattung entscheidend, insofern die Frauen das Fertilitätsniveau der Region bestimmen. Vor diesem Hintergrund untersucht die Studie die Muster sowie die Determinanten des Wanderungsverhaltens von Frauen im

Abwanderung junger Frauen

Alter von 18 bis 30 Jahren. Auf Kreisebene (NUTS-3) werden die Ströme der gesamtdeutschen Binnenwanderung des Jahres 2005 analysiert. Es zeigt sich, dass die Regionen mit einem ausgesprochen negativen Wanderungssaldo junger Frauen in der ostdeutschen Peripherie zu finden sind, während die westdeutschen Agglomerationen, aber auch die großen Städte in den Neuen Bundesländern von Zuzügen dieser Gruppe profitieren (vgl. Karte). Die Analyse der Bestimmgründe der regionalen Wanderungsströme junger Frauen belegt die Signifikanz der ökonomischen, familien- und bildungsbezogenen Wandermotive. Im Allgemeinen wandern junge Frauen in Regionen mit guten Einkommens- und hochwertigen Erwerbsmöglichkeiten, wobei die Vereinbarkeit von Familie, Partnerschaft und Beruf im genuinen Interesse dieser Gruppe zu liegen scheint. Ferner zeigt sich eine ausgeprägte Anziehungskraft von Regionen mit erstrangigen Bildungsangeboten. Dabei generiert diese Bildungswanderung nicht nur einen kurzfristigen, sondern nachhaltig positiven Effekt auf die regionale Wanderungsbilanz. Dies gilt vornehmlich für Regionen, in denen nicht nur Studienplätze vorhanden sind, sondern ebenso Arbeitsfelder für hochqualifizierte Hochschulabsolventinnen. Mit Blick auf mögliche Handlungsoptionen angesichts ausgeprägter regionaler Wanderungsverluste belegt die vorliegende Studie erstens die Bedeutung von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, sofern diese der Verbesserung der regionalen Erwerbs- und Einkommenschancen dienen. Zweitens scheint der Ausbau frauenspezifischer Bildungsangebote ein geeignetes Mittel zu sein, um die Anziehungskraft einer Region für junge Frauen nachhaltig zu erhöhen. Drittens deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Stellschraube darstellt, die die Zuwanderung junger Frauen stimulieren kann.

Karte:
Regionale Nettomigrationsrate
- Frauen, 18 bis 30 Jahre, 2005 -



Hoher Überschuss bzw. Defizit entspricht dem oberen bzw. unteren 10%-Quantil. Überdies durchschnittliche Abwanderung im Landkreis Göttingen durch Grenzdurchgangslager Friedland (DE915).

Quellen: Statistisches Bundesamt 2007; Darstellung des IWH.

Wie im Rahmen des ersten Forschungsfelds gezeigt wurde, liegt die Arbeitsproduktivität in der ostdeutschen Wirtschaft nach wie vor um rund ein Viertel unter der der westdeutschen Länder. In der Literatur werden hierfür eine ganze Reihe unterschiedlicher Gründe angegeben. Bislang kaum untersucht wurde indes die Frage, inwieweit eine ungünstigere Ausstattung Ostdeutschlands mit gutqualifizierten Fachkräften hierfür verantwortlich sein könnte. Be-

Humankapitalstruktur im Ost-West-Vergleich

trachtet man lediglich das „formale“ Qualifikationsniveau der ostdeutschen Erwerbstätigen, so weisen die ostdeutschen Länder diesbezüglich Vorteile auf. Grund hierfür ist die Politik der ehemaligen DDR, allen Personen im erwerbsfähigen Alter wenigstens eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Allerdings berücksichtigt dieser Indikator nicht, dass ein Teil der damals erworbenen Qualifikationen infolge nicht-ausbildungsadäquater Beschäftigung, langandauernder Arbeitslosigkeit oder veränderter Qualifikationsanforderungen inzwischen obsolet geworden sein könnte. Aus diesem Grund wird die Humankapitalstruktur anhand der tatsächlich ausgeübten Berufe abgebildet. Es zeigt sich, dass ein verhältnismäßig großer Teil der ostdeutschen Beschäftigten in Berufen tätig ist, die nicht ihrer formalen Qualifikation entsprechen. Diese „unterwertige“ Beschäftigung führt dazu, dass insbesondere geringqualifizierte Personen am Arbeitsmarkt kaum noch Chancen haben, da entsprechende Arbeitsplätze mit besserqualifizierten Erwerbstätigen besetzt werden. Gleichzeitig zeigt sich, dass in den Neuen Ländern Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen in geringerem Maß verfügbar sind, als es in Westdeutschland der Fall ist. Ein Grund hierfür ist die spezifische Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland (hohes Gewicht wenig humankapitalintensiver Branchen). Gleichzeitig ist aber auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftszweige eine geringere Humankapitalintensität zu verzeichnen, was darauf zurückzuführen ist, dass im Zuge des Engagements auswärtiger Investoren vielfach nur nachgelagerte Teile der Wertschöpfungskette in Ostdeutschland angesiedelt worden sind. Es lässt sich zeigen, dass der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft auch hierauf zurückgeführt werden kann. Problematisch ist die geringe Humankapitalintensität der Produktion aber auch aus einem zweiten Grund, denn gutqualifizierte Personen finden in Ostdeutschland nur schwer einen Arbeitsplatz. Da dies für sich genommen die Abwanderung verstärkt, besteht die Gefahr einer Verfestigung bestehender Strukturen mit der Folge, dass auch der weitere Konvergenzprozess verlangsamt wird.

Im wirtschaftswissenschaftlichen und -politischen Diskurs gilt Humankapital als zentrale Triebfeder wirtschaftlichen Wachstums. Eine wesentliche Begründung für diese Ansicht liegt darin, dass natur- und ingenieurwissenschaftliche Fähigkeiten sowie die komplementären Management- und Führungskompetenzen als Quelle von Innovationsaktivitäten angesehen werden. An der Schnittstelle zum Forschungsschwerpunkt „Wissen und Innovation“ wurde dieser These im Rahmen ei-

Humankapital und Innovationstätigkeit

ner mikroökonomischen Analyse nachgegangen. Es wurde untersucht, welchen Einfluss Humankapital im Sinne des formalen Bildungsabschlusses und des tatsächlich ausgeübten Berufs auf die betriebliche Innovations-tätigkeit ausübt. Um zwischen verschiedenen sektoralen Innovationsmodi zu unterscheiden, wurde die Analyse für verschiedene Innovationsregime (Pavitt-Klassifikation) getrennt durchgeführt. Als Datenbasis fungierte ein neuartiger Mikrodatensatz deutscher Betriebe (LIAB), der detaillierte Informationen über die Innovationsaktivitäten und die Qualifikation der Beschäftigten enthält. In der deskriptiven Analyse zeigen sich signifikante Unterschiede der Humankapitalausstattung zwischen den Pavitt-Innovationsregimen. Betriebe in Sektoren, die nachweislich besonders ausgeprägte Innovationsaktivitäten aufweisen (spezialisierte Zulieferer und wissenschaftsbezogene Branchen), beschäftigen deutlich mehr Hochqualifizierte als die Regime mit geringer Innovationsintensität (zuliefererdominierte und größenintensive Branchen).

Tabelle 1:
Anteil hochqualifizierter Beschäftigter
(Formaler Abschluss vs. ausgeübte Tätigkeit)
- Betrieblicher Durchschnitt, in % der Gesamtzahl Beschäftigter -

<i>Innovationsregime Qualifikations- indikator</i>	Zulieferer- dominiert	Größen- intensiv	Spezialisierte Zulieferer	Wissenschafts- bezogen
Formaler Bildungsabschluss	5,1	7,0	11,9	15,1
Ausgeübte Tätigkeit	4,3	5,7	9,6	11,1

Quellen: LIAB 2001 bis 2004; Berechnungen des IWH.

Diese scheinbar eindeutigen Befunde werden durch die realisierten Regressionen jedoch nicht bestätigt. Es lassen sich keine signifikanten Effekte der Beschäftigtenqualifikation auf die Innovationstätigkeit erkennen, weder zwischen den Innovationsregimen noch innerhalb derselben. Die verbreitete These, nach der höhere Qualifikation von selbst zu stärkerer Innovationstätigkeit führt, erscheint vor diesem Hintergrund fraglich.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Kubis, Alexander; Schneider, Lutz: „Sag mir, wo die Mädchen sind ...“: Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2007, S. 298-307.

Kubis, Alexander; Schneider, Lutz: Determinants of Female Migration – The Case of German NUTS 3 Regions. IWH-Diskussionspapiere 12/2007.

Ragnitz, Joachim: Humankapital und Produktivität in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2007, S. 178-187.

Ragnitz, Joachim: Explaining the East German Productivity Gap – The Role of Human Capital. Kieler Arbeitspapiere 1310/2007.

Brandenburg, Bianca; Günther, Jutta; Schneider, Lutz: Does Qualification Drive Innovation? A Microeconometric Analysis Using Linked Employer-employee Data. IWH-Diskussionspapiere 10/2007.

Evaluation wirtschaftspolitischer Maßnahmen

Die Gemeinschaftsaufgabe der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) gehört zu den wichtigsten Instrumenten der deutschen Regionalpolitik. Mit dem Beitritt der fünf Neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland kam diesem Instrument eine tragende Rolle im Rahmen des „Aufbau Ost“ zu. Der überwiegende Teil der GA-Mittel ist seit Beginn der 1990er Jahre in die ostdeutschen Bundesländer geflossen. Das Erreichen und Nicht-Erreichen der beim „Aufbau Ost“ gesetzten Ziele wird heute unter anderem als Gradmesser für die Wirksamkeit der Gemeinschaftsaufgabe diskutiert. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass es eine Reihe von Einflussfaktoren für das Nicht-Erreichen der Ziele gibt – möglicherweise sogar mit einem höheren Gewicht.

Zukunft der GA in Ostdeutschland

Die Wirksamkeit der GA im Sinne des Wachstumsziels wurde in empirischen Studien nachgewiesen. Nichtsdestotrotz ist das über dieses Instrument zur Verfügung stehende Fördermittelvolumen in den letzten zehn Jahren sehr stark gesunken. Eine weitere Reduzierung der Mittel ist sehr wahrscheinlich. Bei immer noch vorhandenen strukturellen Defiziten müssen die Neuen Bundesländer auf diesen Umstand mit der stringenten Ausgestaltung ihrer regionalen Förderprogramme reagieren. Es konnte gezeigt werden, dass insbesondere im regionalen Förderprogramm des Landes

Brandenburg und ansatzweise auch in dem Sachsens ein individuelles Profil, insbesondere bei den Förderintensitäten (vgl. Tabelle 2) erkennbar wird. Ob diese Vorgehensweise die richtige ist, lässt sich ex ante jedoch nicht bestimmen.

Tabelle 2:
Fördersätze in den Neuen Bundesländern
- Regelungen ab 1. Januar 2007 -

	RP	BB	MV	SN			ST	TH
Fördergebiet	A	A	A	A	A ⁿ	A ^m	A	A
Grundförderung	30	15	30	20 ^e	16 ^e	13 ^e	20	10
Zuschlag (in Prozentpunkten)								
kleine Unternehmen	20	20	20	20	20	20	20 ^{k,l}	2,5
mittlere Unternehmen	10	10	10	15	15	15	10 ^k	0
Veränderungen des <i>Fördersatzes</i> (in Prozentpunkten)								
sektorale und/oder regionale Fokussierung	-	15 ^{a,d}	-	-	-	-	-	-
Änderung der Unternehmenspolitik	-	-5 ^b	-	5 ^h	5 ^h	5 ^h	10 ^{i,j,k}	-
besondere Arbeitsplatz- bzw. Struktureffekte	-	-5 ^c	-	5 ^{f,g}	5 ^{f,g}	5 ^{f,g}	-	15

RP – Rahmenplan, BB – Brandenburg, MV – Mecklenburg-Vorpommern, SN – Sachsen, ST – Sachsen-Anhalt, TH – Thüringen.

^a Potenzialförderung für Bestandsunternehmen in Branchenkompetenzfeldern und Neuansiedlungen in Branchenkompetenzfeldern an Branchenschwerpunktorten bzw. KMU bis 2,5 Mio. Euro förderfähige Investitionskosten. – ^b Wenn ein Unternehmen mit > 150 Mitarbeitern keine FuE betreibt. – ^c Wenn ein Unternehmen mit > 20 Mitarbeitern nicht ausbildet oder bei Erweiterungsinvestitionen je 10 Mio. Euro förderfähigen Investitionskosten nicht einen zusätzlichen Ausbildungsplatz schafft. – ^d Tourismus nur unter besonderen Bedingungen. – ^e Mindestens 5% neue Dauerarbeitsplätze. – ^f Zuwachs an Dauerarbeitsplätzen > 15%. – ^g Nicht für mittlere Unternehmen. – ^h Bei Errichtung bzw. Erweiterung mit Charakter einer Errichtung und ab 2007 nur in Verbindung mit g. – ⁱ Neuansiedlung oder Gründung oder hochwertige Besetzung oder Frauenförderung oder Ausbildung. – ^j Reduzierung um Prozentpunkte, wenn bei einer Investitionssumme > 500 000 Euro keine freiwilligen Umweltschutzmaßnahmen. – ^k Lohnkostenbezogene Zuschüsse nur bis insgesamt 25% förderfähig – ^l Anlagen zur Herstellung von Biodiesel, Bioethanol und sonstigen Ersatzkraftstoffen nur bis 30% förderfähig. – ^m Dresden. – ⁿ Leipzig.

Quellen: 36. Rahmenplan; Landesspezifische Regelungen der Bundesländer.

Befristungsregelungen und berufliche Weiterbildung

Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern wurde der Einsatz von befristeten Beschäftigungsverhältnissen in Deutschland seit den 1980er Jahren vereinfacht. Als Folge dieser Vereinfachungen nimmt die Bedeutung dieser Beschäftigungsform als Instrument zur Flexibilisierung der Arbeitsnachfrage gerade bei geringqualifiziert

Beschäftigten zu. Obwohl die Möglichkeit von Befristungen Chancen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eröffnet, wird oft argumentiert, dass befristete Beschäftigungsverhältnisse eine Art „Sackgasse“ darstellen oder auch mit geringeren Investitionen in berufliche Weiterbildung verbunden sind. Insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Herausforderung einer älter werdenden Gesellschaft und der damit verbundenen Notwendigkeit, berufliche Fortbildung zu verstärken, fragt sich, ob der Flexibilisierungstrend hier konterkariert wirkt. In der Studie wird anhand der Daten des Mikrozensus 2004 untersucht, welchen Einfluss befristete Arbeitsverträge auf die Beteiligung an beruflicher Weiterbildung geringqualifizierter beschäftigter Personen haben. Die empirische Analyse wird mit Hilfe eines rekursiven bivariaten Probitmodells sowie einer Probitschätzung in Verbindung mit Nearest-Neighbor-Matching durchgeführt. Zwar kann zunächst ein signifikant positiver Effekt von Befristung auf berufliche Weiterbildung nachgewiesen werden, der auch von neueren Theorien zur Erklärung des Weiterbildungsverhaltens gestützt wird. Robustheitsanalysen weisen jedoch auf einen insignifikanten Effekt hin. Aus den Ergebnissen lässt sich schließen, dass geringqualifizierte Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen keinen systematischen Nachteil gegenüber unbefristeten Beschäftigten beim Zugang zu beruflicher Weiterbildung haben.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Titze, Mirko: Wer fördert wie? Eine Diskussion der GA-Förderung in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2007, S. 366-375.

Titze, Mirko: Strategien der neuen Bundesländer im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Ein Vergleich. IWH-Diskussionspapiere 14/2007.

Reinowski, Eva; Sauermann, J.: Befristete Beschäftigung: kein Hindernis für die Weiterbildung geringqualifizierter Personen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2007, S. 83-89.

Industrieökonomik

Leitung: Dr. Johannes Stephan

Die Forschungstätigkeit der Abteilung „Industrieökonomik“ umfasste im Jahr 2007 zwei wesentliche Forschungsfelder: *Wettbewerb und Wettbewerbspolitik* sowie *Regulierung und Risiko*.

Im ersten Forschungsfeld *Wettbewerb und Wettbewerbspolitik* konzentrierte sich die Forschung auf zwei Aspekte: zum einen auf die Modernisierung der europäischen Wettbewerbspolitik, insbesondere den Einfluss des „more economic approach“ auf die Rechtsgestaltung und -anwendungspraxis; zum anderen war das Regime intellektueller Eigentumsrechte Gegenstand der Forschung. Hier ging es insbesondere um eine Balance zwischen Schutz und Diffusion von Wissen, die den Wettbewerb nicht beschränkt, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit sichern kann. Im Rahmen des zweiten Forschungsfelds *Regulierung und Risiko* beschäftigte sich die Abteilung mit einer Auswahl derjenigen Branchen und Sektoren, in denen Marktversagen dergestalt vorliegt, dass eine sektorspezifische Regulierung notwendig wird. Besondere Beachtung finden hierbei diejenigen Risiken, die sich durch die Regulierung oder auch nur deren Androhung ergeben.

Im Folgenden sollen nun ausgewählte Arbeitsergebnisse detaillierter vorgestellt werden.

Wettbewerb und Wettbewerbspolitik

Auch im Jahr 2007 hat sich das IWH mit der europäischen Wettbewerbspolitik und insbesondere dem „more economic approach“ beschäftigt. Seit der Jahrtausendwende hat sich im europäischen Wettbewerbsrecht ein Paradigmenwechsel vollzogen: So wird sowohl in Gesetzgebung als auch Rechtsanwendung die Beurteilung des Verhaltens von Unternehmen immer stärker an ökonomischen Merkmalen und nicht mehr allein an formaljuristischen Kriterien ausgerichtet. Von dieser Neuorientierung sind alle Bereiche des Wettbewerbsrechts erfasst, also neben Fusionskontrolle und Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen auch die Kartell-

Der „more economic approach“ im europäischen Wettbewerbsrecht

verfolgung. Bei der Entwicklung neuer Verordnungen und Richtlinien orientierte sich der Gesetzgeber in der jüngeren Vergangenheit stärker an ökonomischen Grundlagen und Forschungen. Das Projekt untersuchte dazu Ursachen, Umsetzung und Auswirkungen der Reformen. Der Anstieg der Kartellverfahren und die gegen die beteiligten Unternehmen festgesetzten Geldbußen sind ein Indiz für eine verbesserte Aufdeckung von Kartellen. Das Hauptziel einer effektiven Rechtsdurchsetzung ist aber die Abschreckung von illegalen Vereinbarungen. Deren Fortschritte zu quantifizieren wird dadurch erschwert, dass gerade diese unterlassenen Vereinbarungen nicht beobachtet werden können. Dennoch sollen in einer empirischen Anschlussstudie die Wirkungen der jüngsten Reform der Kronzeugenregelung von 2006 untersucht werden.

Ein weiteres Projekt ging der Frage nach, ob die relativ unerfahrenen Institutionen in den Ländern Mittel- und Osteuropas die schwierige und nun nicht mehr ausschließlich formal-juristisch zu entscheidende Balance zwischen einer Wettbewerbsbeschränkung mit deren Übergewinnen und der technologiefördernden Wirkung von Kooperationen oder gar innovationsinduzierter Monopolstellung finden können. Hier gibt es enge Bezüge zum IWH-Forschungsschwerpunkt „Wissen und Innovation“. Die Analyse zeigt, dass es zwar kein „level playing field“ zwischen West- und Osteuropa gibt, die Durchsetzung der Wettbewerbspolitik und damit die Wettbewerbsintensität in den Post-Transformationsländern also weniger streng ist. Da aber die Gründe für diese Diagnose eher in den post-sozialistischen Besonderheiten zu suchen sind, kommt unsere Analyse zum Ergebnis, dass eine besondere Intervention durch die Wirtschaftspolitik und speziell eine Verschärfung der Wettbewerbspolitik in diesen Ländern bisher nicht angezeigt ist. Allerdings ist zu erwarten, dass das Netzwerk aus Europäischen Wettbewerbsbehörden (ECN) in diesen Ländern dann verstärkt eingreifen wird, wenn sich tatsächlich ein Machtvakuum durch ungenügende institutionelle Entwicklung zeigt. Bisher scheinen die nationalen Wettbewerbsbehörden in den europäischen Ländern Mittel- und Osteuropas durchaus in der Lage zu sein, die europäische Wettbewerbspolitik sinnvoll, wenn auch weniger streng durchzusetzen. Auf der Agenda der Europäischen Union steht mit Bezug auf diese Länder allerdings die staatliche Beihilfepolitik dieser Länder, die auch für das IWH weiteren Forschungsbedarf anzeigt.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Steinat, Nicole: Paradigmenwechsel im europäischen Wettbewerbsrecht, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2007, S. 414-424.

Stephan, Johannes: Effects of European Competition Policy Reform for Central East Europe – An Institutional Perspective. *Intellectual Economics* No1 (1), 2007, pp. 40-45.

Wenn die Europäische Union im globalisierten Wettbewerb durch technologische Überlegenheit bestehen möchte, wie es die Lissabon-Strategie avisiert, dann stellt sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Wissensintensität und den Marktstrukturen. Aus der tradierten Industrieökonomik (Structure-Conduct-Performance) lässt sich für die makroökonomische

Wissensintensität und Marktstrukturen

Ebene ableiten, dass die Wissensintensität, gemessen z. B. an der Forschungs- und Entwicklungsintensität, mit zunehmender Konzentration der Märkte typischerweise zunimmt. Auf theoretischer Ebene bleibt allerdings offen, ob wissensakkumulierende Aktivitäten durch intensiven Wettbewerb angetrieben werden oder ob, wie dies von Schumpeter abgeleitet wird, einem Innovator eine temporäre Monopolposition eingeräumt werden muss, um die Kosten der Forschung und Entwicklung amortisieren zu können. Die Analyse des IWH konzentriert sich daher auf die umgekehrte Kausalitätsrichtung und prüft, ob sich ein empirisch belastbarer Zusammenhang von steigender Wissensintensität und zunehmender Marktkonzentration nachweisen lässt. Eine Vielzahl ökonometrischer Tests für das Verarbeitende Gewerbe in der gegenwärtigen Europäischen Union können den vermuteten signifikanten Einfluss von Wissensintensität auf Marktstrukturen etablieren und weisen darüber hinaus einen nichtlinearen Zusammenhang in Form einer umgekehrten U-Kurve nach. Mit Blick auf den Schutz intellektueller Eigentumsrechte wurde schließlich die Wirkung von Patentanmeldungen auf den Zusammenhang zwischen Wissensintensität und Marktkonzentration untersucht. Die Analysen deuten auf einen konzentrationsmildernden Effekt des Regimes intellektueller Eigentumsrechte. Diese Ergebnisse geben damit einen ersten, vorsichtigen Hinweis darauf, dass sich die Wettbewerbspolitik an sich zunehmend konzentrierende Marktstrukturen anpassen müsste, um nicht die Lissabon-Strategie zu unterlaufen. Sie geben damit auch einen weiteren Hinweis auf die Sinnhaftigkeit eines „more economic approach“ für die europäische Wettbewerbspolitik.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Krap, Niels; Stephan, Johannes: The Influence of Knowledge Intensity on Market Concentration in European Industries. IWH-Diskussionspapiere 3/2008.

Regulierung und Risiko

Im zweiten Forschungsfeld der Abteilung, *Regulierung und Risiko*, wurden die Untersuchungen im Bereich quantitative Bewertung von Risiken fortgesetzt. Um das Forderungsausfallrisiko von Unternehmen zu bestimmen, wurde unter anderem eine drittmittelfinanzierte Unternehmensbefragung durchgeführt und ausgewertet. Erste Ergebnisse wurden bereits am IWH diskutiert und werden in eine Dissertation einfließen. Des Weiteren wurden zum Forderungsausfallrisiko auch Projekte zur Berücksichtigung von Schätzfehlern bei der Risikobewertung durchgeführt.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2007 in der Abteilung auch mit dem Kartellrecht verbundene Risiken untersucht. Hier stellte sich die Frage, inwiefern die europäische Kartellgesetzgebung tatsächlich eine abschreckende Wirkung für Unternehmen darstellt. Diese Fragestellung wurde explizit unter Berücksichtigung der durch die Kartellgesetzgebung erzeugten Unternehmensrisiken und den damit verbundenen Kosten der Risikotragung bewertet. Es konnte gezeigt werden, dass durch die Festlegung einer Bußgeldobergrenze eine wirksame Abschreckung nur für diejenigen Unternehmen zu erwarten ist, die einen geringen Anteil ihres Umsatzes im kartellrechtlich relevanten Markt erzielen. Für bestimmte Kartelle genügt somit bereits eine Rendite von wenigen Prozentpunkten, um eine Kartellteilnahme attraktiv werden zu lassen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dannenberg, Henry: Schätzunsicherheit oder Korrelation – Welche Risikokomponente sollten Unternehmen bei der Bewertung von Forderungsportfoliorisiken wann berücksichtigen? Die Unternehmung Swiss Journal of Business Research and Practice (im Erscheinen).

Dannenberg, Henry; Steinat, Nicole: Risikofaktor Kartellverstöße – Die quantitative Bewertung des Unternehmensrisikos Kartellrecht, in: ZRFG 1/08, S. 79-85.

In diesem Projekt wurden 2007 zwei Unternehmensbefragungen zur Risikoeinschätzung und Risikobereitschaft durchgeführt. Dabei zählen insbesondere Risiken institutioneller Art zu den wichtigsten Determinanten von Investitionsentscheidungen der Unternehmen, und ihre Kenntnis gewinnt zunehmend auch für die Konjunktur- und Wachstumspolitik an Bedeutung. **Risikoklima-Index**

Allerdings stehen der Forschung über (subjektive) Risikoeinschätzungen bisher nur rudimentäre Daten oder Statistiken zur Verfügung. Ziel des Projekts ist es, diese Datenlücke für Deutschland durch regelmäßige Befragungen von Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes zu schließen und für quantitative Auswertungen innerhalb und außerhalb des IWH zur Verfügung zu stellen. Methodisch soll das Problem gelöst werden, die Faktoren der Risikowahrnehmung und Risikoneigung zu erfassen, die wesentlichen Einfluss auf die unternehmerischen Investitionsentscheidungen besitzen.

Effektive Regulierung beabsichtigt die Beschränkung von Marktmacht in Netzindustrien. In der konkreten Ausgestaltung von Regulierungsregimen ergeben sich weitreichende Auswirkungen auf das systematische Risiko von Unternehmen sowie auf die allgemeine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. **Regulierungsrisiko**
Regulatorische Risiken treten zum Beispiel als Konsequenz von Privatisierung und Liberalisierung, Globalisierung und Internationalisierung, Regulierung und Wettbewerbspolitik auf. Am 7. und 8. März 2007 fand dazu am Institut eine Konferenz zu regulatorischen Risiken statt. Die Veranstaltung wurde gemeinsam mit der Handelshochschule Leipzig (HHL) durchgeführt. Ziel des Workshops war es, ausgewiesene Experten aus Theorie und Praxis zusammenzuführen.

Im ersten Teil des Workshops standen wissenschaftliche Beiträge im Vordergrund. Jörg Borrmann von der Universität Wien diskutierte die Auswirkungen preisbasierter Regulierungsverfahren auf optimale langfristige Investitionsniveaus. Gert Brunekreeft von der Jacobs University Bremen betrachtete Regulierungsandrohung und Unbundling auf Energiemärkten. Die regulatorischen Risiken in Telekommunikationsmärkten aus Sicht einer institutionenökonomischen Perspektive stellte Justus Haucap von der Ruhr-Universität Bochum vor. Günther Knieps von der Universität Freiburg präsentierte einen netzökonomischen Lösungsversuch zur Optimierung des Regulierungsrisikos. Bernhard Wieland von der Technischen Universität

Dresden befasste sich mit der Einflussmöglichkeit von Interessensgruppen auf die Preisregulierung.

Im zweiten Teil des Workshops standen Beiträge aus der Praxis im Vordergrund. Ulrich Halfmann von der Verbundnetz Gas AG (VGN) stellte erste Erfahrungen aus Sicht eines Gasversorgungsunternehmens vor. In einem Vortrag von Heinz Klinkhammer, Hochschule für Telekommunikation Leipzig, wurden die Auswirkungen von Regulierung auf die Beschäftigung am Beispiel der Deutschen Telekom dargestellt. Margret Suckale berichtete über die regulatorischen Anforderungen und die unternehmerische Neuausrichtung der Deutschen Bahn AG und des Eisenbahnsektors.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Blum, Ulrich; Growitsch, C.; Krap, Niels: Broadband Investment and the Threat of Regulation: Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Investment? Review of Network Economics Vol. 6, No. 3, 2007, pp. 342-354.

Blum, Ulrich; Growitsch, C.; Krap, Niels: Network Investment and the Threat of Regulation – Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Construction?, in L. Benzoni; P. Geoffron (eds), A Collection of Essays on Infrastructure and Service Competition in Telecommunication Industries (White Paper) (im Erscheinen).

Neubert, Olaf: Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2007, S. 124-128.

Die Auswirkungen des CO₂-Emissionshandels auf das strategische Investitions- und Marktverhalten der betroffenen Unternehmen

Kern dieses Projekts ist ein durch das IWH und die TU Dresden erworbenes Drittmittelprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit dem Titel „Projektverbund Klimaschutz: Unternehmenssteuerung im klimapolitischen Umfeld“. Auf das IWH entfällt das Teilprojekt zum Thema „Makroökonomische Aspekte und Risikoanalyse“.

Die CO₂-Regulierung ist ein Politikbereich, der sich in einer ständigen Entwicklungsphase befindet. Die Forschungsergebnisse können helfen, den Regulierungsrahmen so auszugestalten, dass sowohl die gewünschten umweltpolitischen Ziele erreicht werden als auch ein möglicher Investi-

tionsattentismus verhindert wird. Energieintensive Unternehmen können entweder in emissionsreduzierende Technologien investieren, ausreichend CO₂-Zertifikate beschaffen (wenn auch unter Unsicherheit über Preise und benötigte Mengen), oder aber den Markt verlassen. Die zentrale Forschungsfrage lautet, für welche dieser Alternativen sich Unternehmen entscheiden.

Übergeordnetes Ziel der Forschung ist es, den betroffenen Unternehmen eine praxisgerechte Hilfestellung anzubieten, damit sie mögliche Strategien unter den Rahmenbedingungen des Emissionshandels(systems) identifizieren und deren wirtschaftliche Auswirkungen abschätzen können. Weiter sollen die Unternehmen für das monetäre Risiko einer fehlenden CO₂-Strategie sensibilisiert werden. Dem wird der Wert einer Investition in CO₂-vermindernde Technologie gegenübergestellt.

Hierfür wird ein integriertes Modell entworfen, das es erlaubt, vom Preis der CO₂-Lizenz über den *value at risk* bis zum Wert strategischer Realloptionen eine konsistente Darstellung der Wertabhängigkeiten zu erzeugen. Das zu entwickelnde komplexe Modell soll in Form einer verständlichen Software aufbereitet werden, die den Einsatz in Unternehmen ermöglicht.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

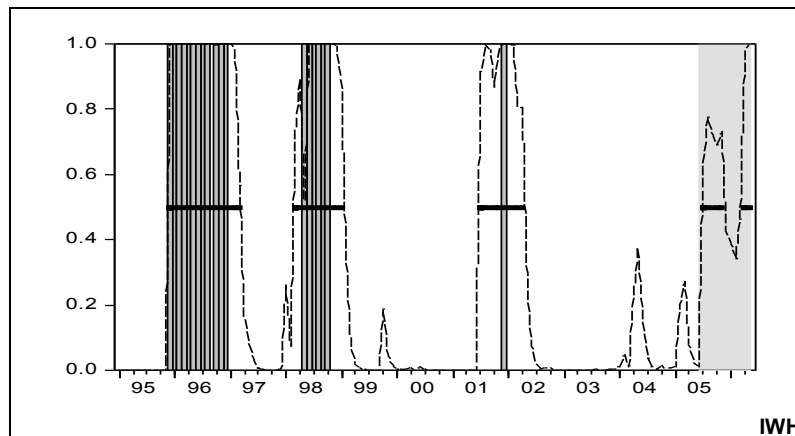
Ehrenfeld, Wilfried: Das europäische CO₂-Emissionshandelssystem: Was haben wir bisher gelernt?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2008, S. 105-111.

Welche Methoden eignen sich zur Prognose von Währungskrisen?

In diesem Projekt wurde die Prognosefähigkeit von drei populären Ansätzen – dem Signalansatz, dem Probit-Ansatz und dem Markov-regime-switching-Ansatz – anhand der südafrikanischen Währungskrise im Juni 2006 getestet. Von besonderem Interesse ist die Out-of-sample-Prognosegüte der Methoden. Deshalb wird die jüngste Währungskrise in Südafrika als Out-of-sample-Experiment genutzt. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Signalansatz nicht in der Lage war, die Währungskrise vorherzusagen; Probit-Ansätze konnten die Krise vorhersagen, wenn sie auf Rohdaten und nicht auf Signalen des Signalansatzes basierten. Auch die Verwendung eines Markov-regime-switching-Ansatzes führte zu korrekten Prognosen der Out-of-sample-Krise. Die Antwort auf die Frage des Projekts, welche

Methode die Krise vom Juni 2006 am besten vorhersagen konnte, ist: der Markov-regime-switching-Ansatz, da dieser die meisten Vorkrisenperioden korrekt erkannte. Dennoch ist der „Sieg“ nicht überragend. So ist die In-sample-Prognosegüte des Probit-Ansatzes besser und dieser Ansatz auch in der Lage, zumindest einige der Vorkrisenperioden als solche zu erkennen. Es kann daher nicht empfohlen werden, Währungskrisenprognosen auf nur einen Ansatz zu stützen.

Abbildung:
Prognosen des Markov-regime-switching-Ansatzes



Quelle: Berechnungen des IWH. Hinweis: Die grauen Säulen kennzeichnen Krisenmonate, die fetten schwarzen Linien kennzeichnen Alarmsignale, die gestrichelte Linie kennzeichnet die Krisenwahrscheinlichkeit, die grau schattierte Fläche kennzeichnet die Out-of-sample-Periode.

Ausgewählte Veröffentlichung:

Knedlik, Tobias; Scheufele, Rolf: Three Methods of Forecasting Currency Crises: Which Made the Run in Signaling the South African Currency Crisis of June 2006? IWH-Diskussionspapiere 17/2007.

Stadtökonomik

Leitung: Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Die Länder und der Bund richten ihre Politik in jüngster Zeit zunehmend auf die Entwicklung der Städte und Stadtregionen aus. Auch in der EU-Strukturfondsförderung 2007-2013 werden die Städte deutlich stärker als zuvor berücksichtigt. Dahinter steht die Erwartung, dass den städtischen Ballungsräumen als Zentren von Innovationsprozessen sowie aufgrund der dort möglichen Nutzung von Ballungsvorteilen eine wesentliche Rolle für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess zukommt und dass eine Politik zugunsten der Städte mithin auch wachstumsfördernd wirkt. Gleichzeitig stehen viele Städte heute erstmals in der Moderne vor dem Problem, ihre zentralörtlichen Funktionen vor dem Hintergrund einer rückläufigen Zahl ihrer Bewohner erfüllen zu müssen. Dies hat zu ersten Maßnahmen und Programmen für einen „Stadtumbau“ (zuerst im Osten, mittlerweile auch im Westen Deutschlands) geführt, der vom Bund finanziell unterstützt wird und sich sowohl auf Gebäude als auch auf die technische sowie die soziale Infrastruktur bezieht. Teilweise im Zusammenhang mit den angesprochenen Tendenzen bemühen sich zahlreiche Städte um eine Modernisierung ihrer Tätigkeit als Anbieter und Produzenten von Leistungen der so genannten kommunalen Daseinsvorsorge. Mit Hilfe von Effizienzsteigerungen soll die Attraktivität von Standorten erhöht und auch auf Kritik von Seiten der Wettbewerbshüter reagiert werden, die bereits seit langem die bestehenden kommunalen Monopole im Bereich der Ver- und Entsorgung ins Visier genommen haben. Teilweise wird aber von den Städten auch versucht, ihre Wirtschaftstätigkeit zu festigen oder sogar räumlich wie funktional auszubauen – was kritisch gesehen wird und neue institutionelle Regelungen zur Verhinderung von Missbrauch erforderlich machen dürfte.

Die stadtökonomische Forschung am IHW zielt darauf ab, die angeführten Prozesse kritisch zu begleiten und die notwendige Neuordnung der städtischen Funktionserfüllung mit Hilfe von geeigneten Untersuchungen zu unterstützen. Hierbei wurde auch im Jahr 2007 ein spezieller Fokus auf die besonderen Problemlagen der Städte in Ostdeutschland gelegt. Gezielte Forschungen hierzu und zu den möglichen Entwicklungsstrategien ostdeutscher Kommunen werden auch in Zukunft weiter im Zentrum der Abteilungsforschung stehen.

Maßnahmen zur Neuordnung der städtischen Funktionserfüllung können sich auf die unmittelbare Förderung der lokalen privaten Wirtschaftsaktivitäten oder auf Neuregelungen der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastrukturangebote ausrichten. Die Maßnahmen können entweder „endogen“, durch lokale Akteure, oder „exogen“, durch staatliche Eingriffe, eingeleitet werden. Diesen Möglichkeiten entsprechend war die Forschungstätigkeit der Abteilung im Jahr 2007 auf zwei Forschungsfelder aufgeteilt. Das erste Forschungsfeld befasste sich mit *Lokalen Arrangements für städtische Innovations- und Wachstumsprozesse*, das zweite mit dem *Staatlichen Rahmen zur Förderung der Stadtentwicklung*.

Die Forschungen im Rahmen des Forschungsfelds *Lokale Arrangements für städtische Innovations- und Wachstumsprozesse* konzentrierten sich im Jahr 2007 – wie in den Vorjahren – auf die Untersuchung verschiedener Aspekte von Ballungen und städtischen Strategien zur besseren Nutzung von Ballungsvorteilen sowie zur Aktivierung von finanziellen Ressourcen. Im Auftrag der Regierung des Landes Sachsen-Anhalt wurde ein Projekt zur Entwicklung des Medienstandorts Halle (Saale) durchgeführt, das im Jahr 2008 mit einer Reihe von Folgepublikationen zum Abschluss gebracht wird. Nach Absicht der Landesregierung soll in Halle (Saale) aufgrund der dortigen Potenziale ein „medienwirtschaftliches Cluster“ entstehen. In der Studie ging es darum, die bisherige Entwicklung und die Potenziale der Stadtregion Halle (Saale) für die Medienwirtschaft zu bewerten. Weiterhin ging es um Empfehlungen für mögliche Strategien der „Cluster“-Entwicklung. Zur „Cluster“-Thematik wurde in der Abteilung auch eine Masterthese betreut, die im Studiengang „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angefertigt wurde.

Ein wesentlicher Aspekt der Veränderung lokaler Arrangements ist die Neuordnung der kommunalen Wirtschaftstätigkeit. Hierzu wurde u. a. eine Forschungsarbeit durchgeführt, welche die Abschätzung der positiven wie negativen Auswirkungen der kommunalwirtschaftlichen Betätigung auf die stadtreionale Entwicklung untersuchte: Inwieweit kann ein großer kommunalwirtschaftlicher Sektor positive Entwicklungsimpulse geben, inwieweit kommt es zur Verdrängung und Lähmung privater Aktivitäten? Im Kontext mit dieser Thematik wurde im Herbst 2007 das „Zweite Hallische Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft: Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit – Ausweitung versus Abbau?“ durchgeführt.

Eine ebenfalls im Forschungsfeld *Lokale Arrangements für städtische Innovations- und Wachstumsprozesse* angesiedelte Forschungsarbeit (im

Rahmen eines Dissertationsprojekts) zu den langfristigen Effekten von Technologie- und Gründerzentren in Ostdeutschland wurde im Jahr 2006 begonnen und wird im Lauf des Jahres 2008 abgeschlossen. Im Jahr 2007 wurden hierzu umfangreiche empirische Erhebungen und Berechnungen durchgeführt, u. a. auf der Basis von Daten der „Creditreform“. Auch diese Arbeit ordnet sich in die Erforschung städtischer Strategien zur besseren Nutzung von Ballungsvorteilen (insbesondere von Netzwerkvorteilen) ein, die auch im Jahr 2008 weiterhin einen wesentlichen Schwerpunkt der Abteilungsforschung bildet.

Im Forschungsfeld *Staatlicher Rahmen zur Förderung der Stadtentwicklung* werden vorrangig Forschungsarbeiten zu den Themenkreisen „Kommunale Finanzen“ sowie „Staatliche Förderprogramme zugunsten von städtischen Räumen“ durchgeführt. Hierzu gehört nicht zuletzt die Förderung des „Stadtumbau Ost“ durch den Bund. Eine – im Jahr 2006 begonnene – wichtige Forschungsarbeit, die im Jahr 2007 fortgeführt wurde und im Verlauf des Jahres 2008 abgeschlossen wird, befasst sich – in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für Ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden – mit den Auswirkungen von Stadtumbau und Einwohnerrückgängen auf die Kosten der Netzinfrastruktur in ausgewählten ostdeutschen Mittelstädten (und mit der Frage, wie auf die Kostenveränderungen von Seiten der Städte reagiert werden sollte). Weitere Forschungsarbeiten zum Thema Stadtumbau, die im Jahr 2008 fortgeführt werden, basieren auf den Förderdaten für den Freistaat Sachsen, die dem IWH von der Sächsischen Aufbaubank (SAB) zur Verfügung gestellt wurden. Im Kontext mit der Auswertung dieser Daten wurde in der Abteilung auch eine weitere Masterthese (ebenfalls im Rahmen des Studiengangs „Empirische Ökonomik und Politikberatung“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) betreut, die sich vorrangig mit der Aufwertung im Rahmen des Stadtumbaus beschäftigte.

Eine weitere wichtige Forschungsarbeit des Jahres 2007, die im Jahr 2006 begonnen wurde und 2008 abgeschlossen werden soll, befasst sich mit der Berücksichtigung städtischer Funktionen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (KFA) sowie mit der Frage, inwieweit der KFA als Arrangement zur Kompensation der städtischen Zentren für Nutzen-Spillovers zugunsten des suburbanen Umlands eingesetzt werden kann. Erste empirische Ergebnisse für ausgewählte Bundesländer deuten darauf hin, dass ein finanzieller Ausgleich zugunsten der Städte durchaus existiert, auch wenn die formalen Tarifkonstruktionen dies nicht ohne weiteres erkennen lassen. Insoweit ist wohl von einem „impliziten Ausgleich“ zu sprechen.

Zwei ausgewählte Projekte zum Forschungsthema *Staatlicher Rahmen für Stadtentwicklung und Kommunalwirtschaft*, die im Jahr 2007 abgeschlossen wurden, werden im Folgenden näher dargestellt. Beide Projekte beschäftigten sich mit dem Einfluss staatlicher Regelungssysteme auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden. Das erste dieser Projekte ist in den Themenkreis der „richtigen Pflege“ der urbanen Ballungsräume durch den Zentralstaat einzuordnen. Konkret wurde untersucht, inwieweit es durch fiskalische Eingriffe des Zentralstaats im Sinn eines Ressourcentransfers von (zumeist städtisch geprägten) Wachstumszentren zugunsten von ökonomisch benachteiligten Regionen im Rahmen der interregionalen Ausgleichspolitik in den „Geberregionen“ zu einer Minderung der Wachstumschancen kommen kann. Bei der zweiten der im Folgenden ausführlicher dargestellten Forschungsarbeiten ging es um die Frage, welchen Einfluss die (eher föderalistisch oder eher zentralistisch geprägte) gemeindliche Verwaltungsorganisation auf die Effizienz der kommunalen Leistungserstellung und damit auch auf die verfügbaren finanziellen Mittel für die wirtschaftliche Entwicklung der Kommunen hat.

Beeinträchtigt die interregionale Ausgleichspolitik die Entwicklung wirtschaftlich dynamischer urbaner Zentren und Ballungsräume?

In der Debatte über die interregionale Ausgleichspolitik geht es traditionell vor allem um die Frage nach den positiven Entwicklungsimpulsen in den

Heutige Ausgleichspolitik zugunsten strukturschwacher Städte und Regionen wird kritisiert

Regionen, die Empfänger ausgleichspolitischer Mittel sind. In jüngster Zeit wird jedoch auch zunehmend über die Frage nach den Entzugseffekten in denjenigen Regionen diskutiert, welche die im Rahmen der interregionalen Ausgleichspolitik vergebenen Mittel erwirtschaften. Da es sich hierbei häufig um die urbanen Ballungsräume handelt, die für das wirtschaftliche

Wachstum in der Volkswirtschaft besonders relevant sind, wird in der Diskussion die Erwartung geäußert, dass die Ausgleichspolitik wachstumsschädliche Folgen haben könnte. Vor diesem Hintergrund ist das IWH im Rahmen eines in Kooperation mit zwei anderen Forschungseinrichtungen durchgeführten Gutachtens für das BBR unter anderem auch der Frage nachgegangen, ob es Hinweise darauf gibt, dass die Geberregionen durch die mit der Ausgleichspolitik verbundenen Belastungen tatsächlich nachhaltig in ihrer Wachstumsdynamik beeinträchtigt werden. Hierzu gibt es

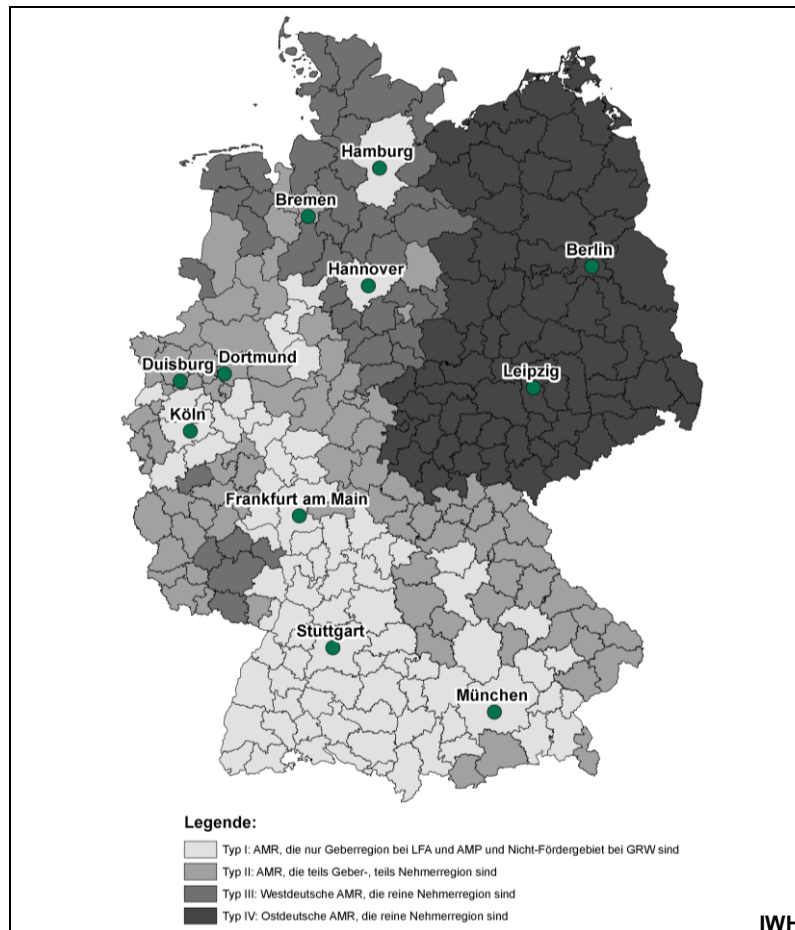
eine Reihe von Studien, die sich der Frage mit ökonomischen Methoden genähert, aber noch keine Klarheit gebracht haben. Dies sprach dafür, das Untersuchungsproblem methodisch anders anzugehen. Die im Folgenden vorgestellten Ergebnisse können zwar nicht kausalanalytisch interpretiert werden, schärfen aber den Blick auf die Wachstumsdynamik jener Regionen, die Geber beziehungsweise Nehmer im Rahmen der Ausgleichspolitik sind, und liefern damit Indizien für den Einfluss der Ausgleichspolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung der Geberregionen.

Um die möglichen Entzugseffekte aufgrund der interregionalen Ausgleichspolitik zu untersuchen, mussten zunächst zwei Vorfragen geklärt werden. Welche Regionen gehören zu den *Geberregionen*? Und wie wird die *Wachstumsdynamik* gemessen? Der untersuchte Zeitraum umfasste die Jahre 1992 bis 2003, im weiteren Verlauf der Untersuchung erfolgte eine Aufspaltung in zwei Teilzeiträume. Um die funktionalen Verflechtungen zwischen Kernstädten und ihrem Umland zu berücksichtigen, wurden die so genannten Arbeitsmarktregionen (AMR) als Bezugseinheiten gewählt.

Bei der Identifizierung der *Geberregionen* wurden die drei wichtigsten existierenden Systeme der interregionalen Ausgleichspolitik in Deutschland einbezogen: der Länderfinanzausgleich, die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ („GRW“) und die Arbeitsmarktpolitik. Jene AMR, aus denen zugunsten aller drei Ausgleichssysteme finanzielle Mittel abfließen, werden als reine *Geberregionen* bezeichnet (= hell gekennzeichnete Regionstyp I in der Abbildung). Diese insgesamt 83 Regionen lassen sich zusammenfassend als westdeutsche wirtschaftsstarke Regionen mit hohem Beschäftigungsstand kennzeichnen. Den Gegenpol der reinen Geberregionen bilden die reinen *Nehmerregionen*. Hiervon liegen 67 in Ostdeutschland (= dunkelgrau markierter Regionstyp IV in der Abbildung) und 39 in Westdeutschland (= mittelgrau markierter Regionstyp III in der Abbildung). Letztere finden sich überwiegend in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz. Die Regionen des Typs II (= 82 hellgrau markierte Regionen) stellen Mischfälle dar, d. h., sie haben bei einem (zwei) Ausgleichssystem(en) Nehmer- und bei zwei (einem) Ausgleichssystem(en) Geberstatus.

Flächendeckende Klassifizierung der Arbeitsmarktregionen als Geber- bzw. Nehmerregionen

Abbildung:
Räumliche Verteilung der Geber- und Nehmerregionen in Deutschland



Quellen: Berechnungen, Typisierung und Darstellung des IWH auf der Grundlage von Daten des Bundesministeriums der Finanzen (Länderfinanzausgleich 1995-2004), des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, Bewilligungen 1990-2004) sowie auf der Grundlage von Koller, M.; Stichter-Werner, A.: Modellrechnungen zum „verdeckten“ Finanzausgleich in Deutschland. Finanzstrukturen und Finanzprobleme in Deutschland, Nürnberg 2003 (Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 276) (Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sowie auf der Basis von Lohnsummen berechnete Einnahmen der BA, nach Kreisen und kreisfreien Städten, Jahr 2001)).

Die *Wachstumsdynamik* wird anhand des relativen Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Einwohner gemessen. Das BIP je Einwohner der betreffenden Region (in jeweiligen Preisen) wird ins Verhältnis zum Bundesdurchschnitt gesetzt, und die Veränderung dieser relativen Größen wird gemessen. Dieses Verfahren hat sich bewährt, um das Aufholen, Stagnieren oder Zurückbleiben von Regionen zu untersuchen. Durch Kombination der möglichen Fälle der Entwicklung des relativen BIP je Einwohner – Wachstum bzw. Stagnation/Rückgang – mit den entsprechenden Fällen der Entwicklung der (absoluten) Einwohnerzahl ergeben sich vier Konstellationen, die in Tabelle 1 dargestellt und in kursiver Schrift mit bestimmten Bezeichnungen

Tabelle 1:
Typ-Zugehörigkeit der Geberregionen (Typ I) sowie der westdeutschen (Typ III) und ostdeutschen Nehmerregionen (Typ IV) zu verschiedenen Wachstumstypen in den Zeiträumen 1992 bis 1998 und 1998 bis 2003

	Geber-/ Neh- mertyp	Stagnation/Rückgang der (absoluten) Einwohnerzahl		Wachstum der (absoluten) Einwohnerzahl	
		1992-1998	1998-2003	1992-1998	1998-2003
Wachstum des relativen BIP je Einwohner		<i>Passiv wachsende Regionen</i>		<i>Aktiv wachsende Regionen</i>	
	I	0	1	11	33
	III	0	0	3	7
	IV	52	38	14	3
Stagnation/ Rückgang des relativen BIP je Einwohner		<i>Schrumpfungs- regionen</i>		<i>Wohlhabende Regionen</i>	
	I	4	7	68	42
	III	4	14	32	18
	IV	1	23	0	3

Quellen: Darstellung in Anlehnung an Franz, P.: Schrumpfende Städte – Schrumpfende Wirtschaft? Der Fall Ostdeutschland, in: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 43. Jg., 2004, I, S. 33-50, hier speziell S. 37. – Berechnungen des IWH auf der Grundlage von Daten des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder (ESVG 1995, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamts vom August 2004) und der Statistischen Landesämter sowie der IWH-Typisierung der Regionen gemäß der Abbildung.

gen versehen worden sind. Bei den AMR mit einem Wachstum des relativen BIP je Einwohner werden solche mit steigender absoluter Einwohnerzahl und solche mit Stagnation oder Rückgang der absoluten Einwohnerzahl unterschieden. Die AMR, die zur ersten Gruppe gehören, werden hier als „aktiv wachsende Regionen“ und jene, die zur zweiten Gruppe gehören, als „passiv wachsende Regionen“ bezeichnet. AMR mit einer Stagnation oder eines Rückgangs des BIP je Einwohner, die ein Wachstum der Einwohnerzahl aufweisen, werden „Wohlhabende Regionen“ und jene mit stagnierender oder sinkender Einwohnerzahl „Schrumpfende Regionen“ genannt.

Im Anschluss an die vorgestellte Regionstypisierung konnte untersucht werden, wie sich die Wachstumsdynamik in den verschiedenen Typen von Geber- und Nehmerregionen entwickelt hat.

Hinweise für Entzugseffekte der Ausgleichspolitik in der Anfangsphase des Aufbaus in Ostdeutschland, ...

Um die Besonderheiten der Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland in der Anfangsphase nach 1990 (insbesondere Bauboom und Abbau der Beschäftigung in der Industrie aufgrund geringer Wettbewerbsfähigkeit) zu berücksichtigen, wurde der Untersuchungszeitraum 1992 bis 2003 in zwei Teilperioden – 1992 bis 1998 und 1998 bis 2003 – aufgeteilt. In der ersten Teilperiode 1992 bis 1998 gehörten nur elf der 83 Geberregionen zu den aktiv wachsenden Regionen. Dies deutet auf Entzugseffekte infolge der Belastungen durch die ausgleichspolitischen Systeme hin (vgl. Tabelle 1). Umgekehrt ist die Zugehörigkeit beinahe aller ostdeutschen Nehmerregionen zu den passiv oder zu den aktiv wachsenden Regionen im Zeitraum 1992 bis 1998 ein Indiz für positive Effekte der Ausgleichspolitik.

Dieses Bild passt zu dem Ergebnis einer ökonometrischen Analyse, die vom Projektpartner des IWH, der Gesellschaft für Finanz- und Regionalanalysen (GEFRA), als weiterer Baustein im Rahmen des Gutachtens für das BBR durchgeführt wurde und die speziell der Regionalpolitik im Rahmen der GRW signifikant positive Effekte für das BIP je Einwohner für die Nehmerregionen attestierte.

Das Bild wandelt sich allerdings bei einer Betrachtung der zweiten Teilperiode. Im Zeitraum 1998 bis 2003 gehörten 33 von 83, d. h. beinahe zwei Fünftel der Geberregionen, zu den aktiv wachsenden Regionen. Der

Mittelentzug scheint das Wirtschaftswachstum dieser Regionen also nicht nachhaltig geschwächt zu haben. Allerdings sind auch andere Gründe hierfür denkbar: ein im Vergleich zu den Nehmerregionen höheres technologisches Niveau und eine Begünstigung der Geberregionen durch Fachpolitiken von Bund und Ländern, die nicht räumlich gezielt eingesetzt werden.

Bei einer ganzen Reihe ostdeutscher und auch bei einem Teil der westdeutschen Nehmerregionen haben sich demgegenüber offensichtlich die positiven Wirkungen der Ausgleichspolitik abgeschwächt, was – wenn eine Daueralimentierung vermieden werden soll – die Notwendigkeit einer Konzentration der ausgleichspolitischen Mittel auf Vorhaben unterstreicht, mit denen die Regionen nachhaltig in ihrem Wirtschaftswachstum vorangebracht werden können.

Wenngleich die dargestellten Befunde keine Hinweise auf eine dauerhafte Beeinträchtigung der Wachstumskräfte in den Geberregionen liefern, sollte die Politik hieraus nicht die Schlussfolgerung ziehen, die vorhandenen ausgleichspolitischen Maßnahmen noch weiter auszubauen. Vielmehr sollte auf jeden Fall sichergestellt werden, dass jene Regionen, wie beispielsweise die Stadtregionen München, Stuttgart, Hamburg, Frankfurt am Main, Düsseldorf und Nürnberg, welche die größten (absoluten) Beiträge zur Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Leistung erbringen und damit erst die Grundlage für interregionale Ausgleichspolitik schaffen, ihre lokalspezifische Kombination wachstumsbegünstigender Standortfaktoren beibehalten und ausbauen können.

... aber keine dauerhafte Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Geberregionen!

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Rosenfeld, Martin T. W.; Alecke, B.; Franz, Peter; Heimpold, Gerhard; Kilper, H.; Kunkel, K.; Untiedt, G.; Zillmer, S.: Interregionale Ausgleichspolitik in Deutschland: Untersuchungen zu den Effekten ausgewählter Systeme zur Herstellung von „gleichwertigen Lebensverhältnissen“. IWH-Sonderheft 2/2007. Halle (Saale) 2007.

Heimpold, Gerhard; Franz, Peter: Interregionale Ausgleichspolitik auf dem Prüfstand: Die Geber- und Nehmerregionen und ihre Wirtschaftsleistung, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2006, S. 319-329.

Heimpold, Gerhard: Neue Orientierungen für die deutsche Raumentwicklungspolitik? – Bericht über einen Workshop im IWH, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 2/2006, S. 60-65.

Bewirkt eine Zentralisierung gemeindlicher Verwaltungsstrukturen mehr Effizienz?

Die künftige demographische Entwicklung in Ostdeutschland, verbunden mit dem Auslaufen des Solidarpakts (und der damit bedingten Verknappung öffentlicher Finanzmittel) hat bei vielen Landespolitikern zur Erwartung geführt, dass kommunale Leistungen im aktuellen Umfang auf der Basis der bestehenden Verwaltungsstrukturen in Zukunft nicht mehr angeboten werden können. Als vermeintliches „Wundermittel“ zur Kosteneinsparung wurde und wird in verschiedenen Bundesländern die Zentralisierung der kommunalen Verwaltungsstrukturen mittels Gebietsreformen angesehen. So führte z. B. Sachsen-Anhalt im Jahr 2007 eine einschneidende Kreisgebietsreform durch – eine Maßnahme, die für Sachsen (geplant für das Jahr 2008) und Mecklenburg-Vorpommern (geplant für 2009) bereits angekündigt ist. Teilweise parallel zur Kreisebene wurden – entsprechend dem Vorgehen in den westdeutschen Bundesländern in den 1960er und 1970er Jahren – Gemeindereformen veranlasst (so im Land Brandenburg bereits ab 1999) oder sind kurz vor der Realisierung (Thüringen, Sachsen-Anhalt). Ziel dieser Gemeindereformen ist zum einen die Verringerung der Zahl der Gemeinden, zum anderen die Zentralisierung der gemeindlichen Verwaltungsstrukturen, d. h. vor allem die Abschaffung der heutigen – stark föderalistisch organisierten – *Verwaltungsgemeinschaften* und deren Umwandlung in weitgehend zentral geführte *Einheitsgemeinden* bzw. als Ausnahmefall für den ländlichen Raum in so genannte Verbandsgemeinden (so in Sachsen-Anhalt), die einen mittleren Grad der Zentralisierung aufweisen.

In einer Studie im Auftrag der Landesregierung Sachsen-Anhalts ging das IWH der Frage nach, ob von der in Sachsen-Anhalt mittlerweile in Gang gesetzten Gemeindegebietsreform tatsächlich die vor allem von Seiten der Verwaltungswissenschaft behaupteten Effizienzgewinne zu erwarten sind. Theoretische Überlegungen auf der Grundlage der Theorie des fiskalischen Föderalismus und der Institutionenökonomik lassen daran Zweifel aufkommen, da den erwarteten Größenvorteilen bei der kommunalen Leistungserstellung in zentralisierten Strukturen die Nachteile eines verringerten

Demographischer Wandel stößt Überlegungen zur Gemeindereform an

Theoretische Vorbehalte gegen Effizienzvorteile zentralisierter Gemeindemodelle ...

Tabelle 2:
Rangfolge der Mittelwerte bei den Ausgaben des Verwaltungshaushalts je Bezugsgröße für ausgewählte Aufgabenbereiche nach Verwaltungsform (im Jahr 2004)

		Verwaltungsgemeinschaften mit		Einheitsgemeinden N = 44
		Verwaltungsamt N = 124	Träger-gemeinde N = 37	
Aufgabenbereich	Bezugsgröße	Ausgaben	Ausgaben	Ausgaben
<i>Überwiegend freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben</i>				
Eigene Sportstätten und Badeanstalten **	je 1 000 Einwohner	3	2	1
<i>Überwiegend Pflichtaufgaben im eigenen Wirkungskreis</i>				
Brandschutz/ Hilfeleistung **	je 1 000 Einwohner	1	2	2
Grundschulen	Schulkinder	Keine signifikanten Unterschiede		
Kindertagesstätten	betreute Kinder	Keine signifikanten Unterschiede		
Gemeindestraßen**	km Gemeindestraße	3	2	1
Straßenreinigung **	ha Verkehrsfläche	3	2	1
<i>Überwiegend Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises</i>				
Öffentliche Ordnung **	je 1 000 Einwohner	3	1	2
<i>Keine direkte Zuordnung nach Pflichtigkeit möglich bzw. Gemeinkosten</i>				
Gemeindeorgane **	je 1 000 Einwohner	1	2	2
Hauptverwaltung *	je 1 000 Einwohner	1	2	2
Finanzverwaltung *	je 1 000 Einwohner	1	1	2
Bauverwaltung	je 1 000 Einwohner	Keine signifikanten Unterschiede		
Städteplanung, Vermessung, Bauordnung **	je 1 000 Einwohner	3	2	1
Summe der genannten Aufgabenbereiche	je 1 000 Einwohner	Keine signifikanten Unterschiede		

1: höchste durchschnittliche Ausgaben, 3: niedrigste durchschnittliche Ausgaben, **(*) Der Kruskal-Wallis-Test belegt einen signifikanten Unterschied der Mittelwerte bei den Verwaltungsausgaben der einzelnen Verwaltungsformen auf einem Signifikanzniveau von 5% (10%).

Quellen: Kommunale Finanzstatistik Sachsen-Anhalt 2004; Angaben des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt sowie des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Wettbewerbs der Gebietskörperschaften (höhere Informationskosten, weniger präferenzgerechte Bereitstellung von kommunalen Leistungen, vergrößerte Spielräume für eigennütziges Politiker- und Bürokratenverhalten) gegenüberstehen. Die Kontroll- und Sanktionsmechanismen der Bürger, nämlich Abwanderung („Exit“) und Abwahl („Voice“), funktionieren für

den Fall eines inadäquaten Leistungsangebots in zentralisierten Strukturen tendenziell schlechter.

Zur empirischen Überprüfung des Sachverhalts wurden für ausgewählte Aufgabenbereiche die Ausgaben und der Personaleinsatz pro Outputeinheit (bzw. pro Einwohner) für alle sachsen-anhaltischen Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden ermittelt und auf signifikante Unterschiede zwischen den Verwaltungsformen untersucht. Um diese Größe im Sinne eines Effizienzmaßes interpretieren zu können, wurde der Output (die jeweiligen kommunalen Leistungen) als homogen zwischen den Gemeinden unterstellt. Während die Personalstandsanalyse aufgrund der unzureichenden Zuordnung der Beschäftigten nach Aufgabenbereichen in der Personalstatistik durch die Gemeinden kaum verwertbare Ergebnisse lieferte, waren die Befunde der Ausgabenanalyse eindeutiger. Tabelle 2 zeigt die Reihenfolge der durchschnittlichen Ausgaben nach Verwaltungsform. Es ist noch darauf hinzuweisen, dass es in Sachsen-Anhalt bislang *zwei Formen der Verwaltungsgemeinschaften* gibt, solche mit einem gemeinsamen Verwaltungsamt (für die Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft wird an einem Ort eine *gesonderte* Verwaltung – unabhängig von den Verwaltungen der Mitgliedsgemeinden – eingerichtet, die bestimmte Aufgaben für alle Mitgliedsgemeinden erfüllt) und solche mit einer so genannten Trägergemeinde (eine der Mitgliedsgemeinden wird zur Trägergemeinde und erfüllt bestimmte Aufgaben für alle Mitgliedsgemeinden).

Eine ergänzend durchgeführte Regressionsanalyse zeigte, dass Unterschiede zwischen Verwaltungsgemeinschaften und Einheitsgemeinden wie z. B.

... werden durch empirische Untersuchungen tendenziell bestätigt!

beim Brandschutz oder der öffentlichen Ordnung eher der Siedlungsstruktur (Verwaltungsgemeinschaften mit einem gemeinsamen Verwaltungsamt sind vor allem im ländlichen Raum verbreitet) und weniger der Verwaltungsform zuzurechnen sind. Dagegen bestehen aufgrund der vergleichsweise ähnlichen Siedlungsstruktur tendenziell nur geringe Unterschiede

zwischen Verwaltungsgemeinschaften mit Trägergemeinde und Einheitsgemeinden.

Zusätzlich wurden zur Ermittlung von Detailzusammenhängen noch Fallstudien durchgeführt. Sie ergaben u. a., dass bei den heutigen sachsen-

anhaltischen Verwaltungsgemeinschaften noch Effizienzsteigerungspotenziale durch Übertragung von zusätzlichen Aufgaben auf das gemeinsame Verwaltungsamt oder die Trägergemeinde bestehen, ohne damit das Modell der Verwaltungsgemeinschaft grundsätzlich aufgeben zu müssen. Einer weitreichenden Übertragung von Zuständigkeiten speziell im Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben stehen bei dieser Verwaltungsform allerdings verfassungsrechtliche Bedenken gegenüber, sodass nach Alternativen – wie sie z. B. das Modell der Verbandsgemeinde mit einem mittleren Zentralisierungsgrad bieten könnte – gesucht werden sollte.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Befunde ist zu erwarten, dass bestehende Kostennachteile der kommunalen Leistungserstellung im ländlichen Raum allein durch eine Konzentration der Verwaltungsstrukturen in Zukunft nur unerheblich abgebaut werden können, vor allem, wenn die erwähnten negativen Anreizeffekte einer Zentralisierung für Bürger, Politiker und Verwaltung wirksam werden sollten. Es gibt wesentlich wirksamere Mittel zur Steigerung der Effizienz kommunaler Verwaltungen; hierzu gehören nicht zuletzt eine allgemeine Aufgabenkritik und ein Abbau der von den Ländern durchgeführten Regulierungen kommunaler Aufgaben.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Haug, Peter; Michelsen, Claus: Reform kommunaler Verwaltungsstrukturen: Zentralisierung bringt nicht nur Effizienzvorteile, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2007, S. 403-413.

Heimpold, Gerhard; Rosenfeld, Martin T. W.: Was bringt eine Zentralisierung gemeindlicher Verwaltungsstrukturen? Befunde aus Fallstudien in sachsen-anhaltischen Kommunen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2008, S. 45-52.

Rosenfeld, Martin T. W.; Kluth, W. et al.: Zur Wirtschaftlichkeit gemeindlicher Verwaltungsstrukturen in Sachsen-Anhalt. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt. – Endversion des Abschlussberichts (19. Juni 2007), <http://www.iwh-halle.de/d/publik/presse/22-07L.pdf>, Zugriff am 26.02.2008.

Forschungsschwerpunkt Internationale Integration

Leitung: Dr. Diemo Dietrich

Gegenstand dieses Forschungsschwerpunkts sind vor allem solche Aspekte des weltwirtschaftlichen Integrationsprozesses, die multinationale Unternehmen und international operierende Banken betreffen, sowie institutionelle Arrangements zur Regelung deren wirtschaftlicher Aktivitäten. Besonderes Augenmerk wird hierbei auf die Möglichkeiten zur Ausschöpfung potenzieller Vorteile der internationalen Integration und auf die Stabilität von Finanzsystemen gerichtet. Die zur Jahresmitte 2006 aufgenommenen Forschungsarbeiten, die die Kompetenzen aus den Abteilungen Makroökonomik, Industrieökonomik und Strukturökonomik bündeln, wurden 2007 fortgesetzt.

Internationale Währungspolitik

Die Erfahrungen mit Währungskrisen in Schwellenländern zeigen, dass deren Auswirkungen nicht nur Länder mit fundamentalen Fehlentwicklungen betreffen. Krisen werden auch in andere Schwellenländer übertragen, und sie wirken sich über Handels- und Finanzverflechtungen sogar auf Europa aus. Um derartigen Ansteckungseffekten zu begegnen, unterbreitete der Internationale Währungsfonds (IWF) einen Entwurf zur Einrichtung eines neuen Instruments. Vorgeschlagen wurde eine so genannte Währungsreserven-Erweiterungslinie (Reserve Augmentation Line, RAL), mit der auch die wissenschaftliche Debatte zur Rolle von liquiditätsbereitstellenden Instrumenten bei der Währungskrisenprävention aufgegriffen werden sollte. Aus dieser Diskussion können grundlegende Anforderungen abgeleitet werden, die präventive Liquiditätsinstrumente erfüllen sollten. Unter anderem müssen sie zur effektiven Abwendung von Ansteckungen schnell und in ausreichendem Umfang zum Einsatz kommen können. Die Analyse des Vorschlags des IWF zeigt aber, dass von der RAL nur begrenzt präventive Effekte zu erwarten sind.

Finanzmarkt- und Bankenstabilität in integrierten Wirtschaftsräumen

Was sind die möglichen Effekte der Basel II-Bankenregulierung auf die Ausweitung von Währungskrisen auf Bankenkrisen? Eine empirische Betrachtung des Beispiels Südkorea zeigt, dass die von Banken eingegangenen Fristen- und Währungsinkongruenzen eine wichtige Rolle in diesem Transmissionsprozess spielen. Zudem lässt sich darstellen, wie Basel II hypothetisch auf die Bankenbilanzen gewirkt und damit die Übertragungsriskien beeinflusst hätte. Ein Ergebnis dieser Untersuchungen ist, dass die regulatorischen Kapitalanforderungen unter Basel II aufgrund der guten Kreditratings im Vorfeld der Krise geringer gewesen wären als unter Basel I. Hätten die Banken aber tatsächlich weniger Eigenkapital gehalten, wäre die Krise dadurch vermutlich sogar verschärft worden. Zudem zeigte sich, dass die Ratingagenturen bei der Festlegung von Länder-Ratings auch nach der Krise diese Fristen- und Währungsinkongruenzen unzureichend berücksichtigen. Deshalb muss die Effektivität von Basel II bei der Prävention der Ausweitung von Währungs- auf Bankenkrisen auch bei möglichen zukünftigen Krisen angezweifelt werden.

Ressourcenallokation innerhalb multinationaler Unternehmen

Die Unvollständigkeit von Finanzierungsverträgen macht unter Umständen Kreditnachverhandlungen notwendig. Aus spieltheoretischer Sicht beeinflusst deren erwarteter Ausgang die Kreditvergabebereitschaft der Finanziers; er hängt von den Möglichkeiten ab, die Finanziers zur Verwertung der als Kreditsicherheiten hinterlegten Produktionsanlagen offenstehen. Im Fall multinationaler Unternehmen werden diese Verwertungsmöglichkeiten von den institutionellen Rahmenbedingungen in den Standortländern bestimmt und hängen damit von der unternehmensinternen Ressourcenallokation ab. Hieraus ergeben sich wechselseitige Abhängigkeiten zwischen dem Ausmaß finanzieller Beschränkungen einerseits und der Effizienz der internationalen Kapitalallokation andererseits. Auch kann die Werthaltigkeit von Kreditsicherheiten nicht als rein exogene Bestimmungsgröße der Verschuldungskapazität betrachtet werden, wenn die strategische Entscheidung von Unternehmen berücksichtigt wird, die mit der Verpflichtung zu einer bestimmten grenzüberschreitenden, unternehmensinternen Kapitalallokation verbunden ist.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Dietrich, Diemo: Asset Tangibility and Capital Allocation, in: Journal of Corporate Finance 2007, Vol. 13 (5), 2007, pp. 995-1007.

Knedlik, Tobias; Ströbel, J.: Die Rolle von Kredit-Ratings im Rahmen der Bankenregulierung. Kredit-Ratings antizipieren Währungsrisiken unzureichend, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 10/2007, S. 380-384.

Knedlik, Tobias; Ströbel, J.: Bankenregulierung: Die Mindesteigenkapitalvorschriften von Basel II verstärken die Übertragung von Währungs- auf Bankenrisiken, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2007, S. 317-320.

Knedlik, Tobias; Ströbel, J.: Führt neues IWF-Instrument zur Prävention von Währungskrisen?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2007, S. 269-274.

Forschungsschwerpunkt Wissen und Innovation

Leitung: Dr. Jutta Günther

Im Mittelpunkt des Forschungsschwerpunkts steht die Analyse von Wissensgenerierungs- und Innovationsprozessen als wesentlicher Beitrag zum technischen Fortschritt und Strukturwandel. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Rolle multinationaler Unternehmen in nationalen und regionalen Innovationssystemen sowie der Technologietransfer von Wissenschaftseinrichtungen zur Industrie. Basierend auf Theoriebeiträgen zur Internationalisierung von Unternehmen und systemischen Ansätzen der Innovationstheorie werden in diesem Forschungsschwerpunkt in enger Anlehnung an das bis 2009 laufende EU-Projekt „Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging EU“ (U-Know) empirische Forschungsprojekte abteilungsübergreifend bearbeitet. Im Jahr 2007 widmeten sich die Forschungsarbeiten insbesondere der Frage nach der Einbettung ausländischer Tochtergesellschaften in die Innovationssysteme von Post-Transformationsregionen. Darüber hinaus standen die Determinanten der Innovationstätigkeit ostdeutscher Betriebe im Fokus. Ferner wurde die Rolle der *Entrepreneurial University* für den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Industrie untersucht.

Die Forschungsergebnisse fanden im Rahmen von Veröffentlichungen und Vorträgen sowohl Verbreitung in der wissenschaftlichen Fachwelt als auch in der wirtschaftspolitischen Beratung. Durch die Lehrtätigkeit der am Forschungsschwerpunkt beteiligten Wissenschaftler fanden die Ergebnisse auch Eingang in die universitäre Lehre. Im Folgenden werden ausgewählte Forschungsergebnisse kurz skizziert.

Der Beitrag ausländischer Investoren zur technologischen Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen

Ausländische Investoren gelten als wichtige Impulsgeber für den wirtschaftlichen Aufholprozess in Post-Transformationsregionen. Neben Beschäftigungs- und Nachfrageeffekten ist auch ihr potenzieller Beitrag zur technologischen Leistungsfähigkeit bedeutsam. Die im Forschungsschwerpunkt durchgeführten Arbeiten beschäftigen sich mit der Frage, ob und inwiefern ausländische Tochtergesellschaften technologische Aktivitäten, das heißt Forschung und Entwicklung (FuE) sowie Innovationen, an ihren

Standorten durchführen und mit diesen in das lokale Innovationssystem integriert sind. Grundlage für diese Untersuchungen ist die vom IWH auf Basis von Primärerhebungen in den Jahren 2001/2002 und 2006/2007 aufgebaute FDI-Datenbank. Diese enthält neben allgemeinen Unternehmensangaben insbesondere Kennziffern zur technologischen Leistungsfähigkeit und zur lokalen Integration der Tochterunternehmen. Untersuchungen in ausgewählten Transformationsländern Mittel- und Osteuropas zeigen, dass das Potenzial für technologische Diffusion über die Handelsverflechtung mit einheimischen Unternehmen vom Typ der ausländischen Tochtergesellschaft abhängt. Wenn Tochtergesellschaften eigene technologische Kompetenzen besitzen, hat dies einen positiven Einfluss auf den potenziellen Technologietransfer zugunsten einheimischer Abnehmer und Zulieferunternehmen. Hingegen wirkt ein hohes Maß an Autonomie der Tochterunternehmen zwar positiv auf die technologische Diffusion zu einheimischen Abnehmern, aber negativ im Hinblick auf einheimische Zulieferer. Erste Analysen für ausländische Tochtergesellschaften in den Neuen Bundesländern bescheinigen dem ostdeutschen Innovationssystem eine nicht zu unterschätzende Attraktivität für ausländische Investoren. Dabei zeigt sich im Einklang mit der theoretischen Literatur, dass es gerade die technologisch leistungsfähigen Investoren sind, die den Austausch mit ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen, Kunden und Zulieferunternehmen suchen (*technology seeking*). Bezüglich möglicher Wissenstransfers zugunsten lokaler Unternehmen schätzen die ausländischen Investoren ein, dass eher Zulieferunternehmen und weniger Kunden und Wettbewerber technologisch profitieren können.

Determinanten der Innovationstätigkeit ostdeutscher Betriebe

Nach Abschluss der nachholenden technologischen Erneuerung in Ostdeutschland müssen sich die Betriebe in den Neuen Ländern im Wettbewerb um marktreife Produktneuheiten behaupten. Dabei wirken die transformationsbedingten strukturellen Besonderheiten fort, und die Einbettung Ostdeutschlands zwischen High-Tech in Westdeutschland und Aufholländern in Ostdeutschland stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Die empirischen Untersuchungen unter Verwendung des IAB-Betriebspanels zeigen, dass sich die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland durch eine rege Innovationsbeteiligung auszeichnen. Der Anteil der Betriebe mit Produktinnovationen liegt in den Neuen Ländern sogar leicht über dem Vergleichswert für Westdeutschland. Regressionsanalytische Untersuchungen bestätigen, dass seitens der betrieblichen Inputgrößen ei-

gene FuE eine starke Triebfeder für Produktinnovationen darstellt. Auch den betrieblichen Weiterbildungsaktivitäten kann ein positiver Einfluss auf die Innovationstätigkeit bescheinigt werden, was die Bedeutung des lebenslangen Lernens unterstreicht. Hinsichtlich der betriebspezifischen Charakteristika fällt auf, dass eine mehrheitlich ausländische Kapitalbeteiligung einen signifikant negativen Einfluss auf Produktinnovationen ausübt. Dieser noch weiter zu analysierende Befund deutet auf das Phänomen der so genannten verlängerten Werkbänke hin.

Entrepreneurial University und innovative Gründungen

Innovative Unternehmensgründungen sind ein wesentlicher Bestandteil der wissensintensiven Gesellschaft und Ausdruck dynamischer Wirtschaftsentwicklung. Sie entstehen aber nicht im luftleeren Raum, sondern bedürfen entsprechender institutioneller Rahmenbedingungen. Daher findet seit den 1990er Jahren das Thema der Unternehmertums- bzw. Gründungsausbildung an deutschen Hochschulen zunehmend Beachtung. Anknüpfend an theoretische Überlegungen der Schumpeter'schen Innovationstheorie und basierend auf theoretischen Annahmen zur unternehmerischen Universalität (Triple Helix-Modell) wurde der Frage nachgegangen, ob und inwiefern sich die Gründungsausbildung an deutschen Hochschulen in den Kontext des Technologietransfers einfügt. Dazu wurde eine Primärerhebung an deutschen Hochschulen durchgeführt. Die Gründungslehrstühle, deren Zahl in Deutschland seit 1997 von eins auf nunmehr ca. 50 angestiegen ist, tragen im Rahmen einer Vielzahl von Lehrveranstaltungen und Beratungsleistungen zur universitären Gründungsaktivität im Sinne von Spin-Offs und technologieorientierten Start-Ups bei. Insgesamt zeichnen sich positive Entwicklungen hinsichtlich der Einbettung der Gründungsausbildung in den Gesamtkontext des universitären Technologietransfers ab.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Brandenburg, Bianca; Günther, Jutta; Schneider, Lutz: Does Qualification Drive Innovation? A Microeconomic Analysis Using Linked Employer-employee Data. IWH-Diskussionspapiere 10/2007.

Günther, Jutta; Peglow, F.: Forschung und Entwicklung wichtige Quelle für Produktinnovationen auch in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2007, S. 337-343.

Günther, Jutta; Franz, Peter; Jindra, Björn: Innovationen als Treiber der Wissensgesellschaft: Begriffserläuterungen und aktuelle Erklärungsansätze, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2007, S. 330-336.

Günther, Jutta; Jindra, Björn; Stephan, Johannes: Ostdeutsches Innovationssystem attraktiv für ausländische Investoren, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/2008, S. 35-44.

Günther, Jutta; Wagner, K.; Ritter, I.: Zehn Jahre Entrepreneurship-Ausbildung in Deutschland: eine positive Zwischenbilanz, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2007, S. 350-356.

Günther, Jutta; Wagner, K.: Getting out of the Ivory Tower – New Perspectives on the Entrepreneurial University. Discussion Papers on Entrepreneurship and Innovation Nr. 2/2007. Hochschule für Technik und Wirtschaft Chur.

Jindra, Björn; Giroud, A.; Scott-Kennel, J.: Subsidiary Roles, Vertical Linkages and Economic Development: Lessons from Transition Economies, Journal of World Business – Special Issue: Revisiting the Impact of Multinational Enterprises on Economic Development (erscheint 2008).

Forschungsschwerpunkt Prognosemethodik 2010

Leitung: Dr. Axel Lindner

Der Forschungsschwerpunkt „Prognose 2010“ koordiniert Arbeiten, die die abteilungsübergreifende Weiterentwicklung der Prognoseaktivitäten am IWH zum Inhalt haben. Dabei werden auch Themenfelder einbezogen, die außerhalb der klassischen Konjunkturforschung liegen, deren Bedeutung aber in den kommenden Jahren wohl zunehmen wird.

Konjunkturprognosen für den Euroraum

Das makroökonomische Modell des IWH für den Euroraum ist Grundlage der vierteljährlichen Euroraum-Prognosen des European Forecasting Network, einer Arbeitsgemeinschaft europäischer Konjunkturforschungsinstitute. Das EFN ist im Jahr 2007 in den Kreis der Experten aufgenommen worden, die von der Europäischen Zentralbank viermal jährlich zu Wachstums- und Inflationsaussichten im Euroraum befragt werden. Die aggregierten Ergebnisse dieses „Survey of Professional Forecasters“ werden in den EZB-Monatsberichten veröffentlicht.

Theoretisch fundierte Quantifizierung von Währungskrisenrisiken

Die Prognosefähigkeit dreier populärer Ansätze zur Prognose von Währungskrisen wurde anhand der südafrikanischen Währungskrise im Juni 2006 getestet. Von besonderem Interesse ist die Out-of-sample-Prognosegüte der Methoden. Deshalb wird die jüngste Währungskrise in Südafrika als Out-of-sample-Experiment genutzt. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Signalansatz nicht in der Lage war, die Währungskrise vorherzusagen. Probit-Ansätze konnten die Krise vorhersagen, wenn sie auf Rohdaten und nicht auf Signalen des Signalansatzes basierten. Auch die Verwendung eines Markov-regime-switching-Ansatzes führte zu korrekten Prognosen der Out-of-sample-Krise. Die Antwort auf die Frage, welche Methode die Krise vom Juni 2006 am besten vorhersagen konnte, lautet: der Markov-regime-switching-Ansatz, da dieser die meisten Vorkrisenperioden korrekt erkannte. Dennoch ist der „Sieg“ nicht überragend. So ist die In-sample-Prognosegüte des Probit-Ansatzes besser, und dieser Ansatz ist auch in der

Lage, zumindest einige der Vorkrisenperioden als solche zu erkennen. Es kann daher nicht empfohlen werden, Währungskrisenprognosen auf nur einen Ansatz zu stützen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

EFN: Economic Outlook for the Euro Area in 2007 and 2008, www.efn.unibocconi.it.

Knedlik, Tobias; Scheufele, Rolf: Three Methods of Forecasting Currency Crises: Which Made the Run in Signaling the South African Currency Crisis of June 2006? IWH-Diskussionspapiere 17/2007.

Forschungsschwerpunkt Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen

Leitung: Dr. Herbert S. Buscher

Die Thematik steht in engem Zusammenhang mit den Folgen der Globalisierung der Volkswirtschaften und ihren Auswirkungen auf bestimmte Teile der Bevölkerung bzw. Erwerbspersonen. Technologischer Fortschritt, mehr wissensbasierte Arbeitsplätze, kürzere Produktlebenszyklen, verstärkter Wettbewerb unter den Unternehmen, lebenslanges Lernen und sich häufiger als in der Vergangenheit ändernde Erwerbsformen zwingen die hiervon Betroffenen, sich schneller und flexibler veränderten Erwerbsbedingungen anzupassen. Dies wird einem Teil der Bevölkerung besser gelingen als dem anderen, sodass es beständig Gewinner und Verlierer derartiger Prozesse geben wird. Der Forschungsschwerpunkt „Prekäre Einkommens- und Beschäftigungslagen“ befasst sich verstärkt mit den „Verlierern“ dieser Prozesse und fragt nach Mechanismen, die zu einer Überwindung dieser Situation führen können.

Die zentralen Fragestellungen dieses Forschungsschwerpunkts sind:

- Welche Personengruppen befinden sich verstärkt in prekären Einkommens- und Beschäftigungsgruppen wieder und wie lange dauert im Durchschnitt der Verbleib in einer prekären Einkommenslage?
- Wie reagieren die von prekären Lebenslagen betroffenen Personengruppen auf ihre Situation und welche Beschäftigungsformen weisen ein hohes Risiko auf, in eine solche Lage zu geraten?
- Wie wirken soziale Transfers und ökonomische Anreizsysteme auf die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme und als Motor, um einer prekären Lebenslage zu entrinnen?
- Sind prekäre Lebenslagen eher ein temporäres Phänomen für die Betroffenen oder bilden sie eine dauerhafte Falle, der man praktisch nicht entfliehen kann?
- Welche Rolle spielen Unternehmen für den Niedriglohnbereich durch ihre spezifische qualifikatorische Arbeitsnachfrage?

Ein Arbeits- und Forschungsschwerpunkt bestand und besteht noch in der Analyse der Einkommens- und Beschäftigungssituation der von Hartz IV betroffenen Personen. Insbesondere wird untersucht, welche sozioökonomischen Merkmale die Personen/Haushalte aufweisen, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt finanzieren zu können, und die demgemäß aufstockende Leistungen im Sinne des SGB II erhalten. Weitere Themenstellungen sind die Frage nach Wert und Verwertbarkeit von Bildung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt, die Untersuchung von Veränderungen qualifikationsadäquater Beschäftigungschancen, die Finanzierung beruflicher Weiterbildung bei befristeter Beschäftigung sowie Fragen zum Wandel der Erwerbsformen.

Schließlich wurde im November 2007 gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nürnberg eine zweitägige Konferenz zum Thema „Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“ durchgeführt. Ausgewählte Beiträge werden in der Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung im Jahr 2008 publiziert.

Ausgewählte Veröffentlichungen:

Wilde, Joachim; Hardt, Gabriele: Aktuelle Trends: Soziale Grundsicherung real gesunken, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2007, S. 431.

Wilde, Joachim; Hardt Gabriele: Aktuelle Trends: Hartz IV: Abbau von Fehlansreizen bei unter 25jährigen zeigt Wirkung, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2007, S. 223.

Buscher, Herbert S.: Leiharbeit – ein Schmuttelkind des deutschen Arbeitsmarktes?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2007, S. 47-53.

Reinowski, Eva; Sauermann, J.: Befristete Beschäftigung: kein Hindernis für die Weiterbildung geringqualifizierter Personen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2007, S. 83-89.

Reinowski, Eva; Steiner, C.: Armut von jungen Erwachsenen in der Bundesrepublik, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 75 (1), 2006, S. 89-107.

„Politik für Ostdeutschland –
aus der Forschung des IWH“,
Konferenz des IWH am 23. Mai 2007

Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH

Ulrich Blum

Nach ersten großen Aufholschritten stagniert seit etwa zehn Jahren der wirtschaftliche Aufholprozess Ostdeutschlands. Der Produktivitätsabstand von rund einem Drittel gegenüber Westdeutschland schließt sich trotz erheblichen Fördermitteleinsatzes nicht. Benötigen wir nach der ersten großen Anstrengung im Einigungsprozess einen zweiten, aber anders strukturierten Kraftakt, um die Angleichung zu beschleunigen? Licht und Schatten liegen nahe beieinander. Die Produktivität wuchs durch hohe Investitionen erheblich, beispielsweise in der Chemie, dem Fahrzeugbau, der Mikroelektronik oder der Solar- und Umwelttechnik. Aber flächendeckend wurde diese Entwicklung nicht wirksam. Analysiert man die ostdeutsche Wirtschaft auf ihre Abweichung von der Westdeutschlands, so fällt sofort das Fehlen großer Betriebe ins Auge. Weiterhin sind die räumliche und sektorale Arbeitsteilung in Bezug auf humankapitalintensive Komponenten unterentwickelt und es fehlt an großen Unternehmenssitzen. Alle diese



Faktoren wirken sich negativ auf die wirtschaftliche Stabilität aus. Der geringe Besatz mit gutverdienendem Personal in den urbanen Agglomerationen begrenzt die Nachfrage nach höherwertigen Produkten. Dies wiederum hat Folgen für die Güterstruktur im Einzelhandel bzw. das Angebot unternehmensorientierter Dienstleistungen. Was in Ostdeutschland besonders spürbar ist, stellt sich in Gesamtdeutschland als ungenügendes Potenzialwachstum

dar, das den Aufschwung abzuwürgen droht. Gebot der Stunde ist es daher, das Wachstum von Unternehmen und Führungsfunktionen besonders zu fördern. Erfolgreiche ostdeutsche Unternehmen geraten schnell mangels Eigenkapital an ihre Wachstumsgrenzen. Neben private equity sollte daher auch die permanente Überprüfung, welche Gesetze Wachstum behindern – aktuell die Unternehmenssteuerreform bezüglich mittelständischer Fusionen oder die Erbschaftsteuer bei der Betriebsnachfolge – im Fokus der Wirtschaftspolitik stehen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Sachsen-Anhalt

Dr. Reiner Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Sachsen-Anhalt

Es scheint auf den ersten Blick paradox, gleichzeitig von hoher Arbeitslosigkeit und von Fachkräftemangel zu sprechen. Jedoch ist seit längerem zu beobachten, dass der Arbeitsmarkt sich immer weiter in zwei Märkte aufteilt – einmal in den für qualifizierte Arbeitskräfte und zum anderen in den für einfache Tätigkeiten. Sachsen-Anhalt verzeichnete in den letzten zwei Jahren einen überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Allerdings profitierten die Langzeitarbeitslosen, die häufig nur über eine geringe Qualifikation verfü-

Die Zufriedenheit mit der Qualität des Fachkräfteangebots ist im bundesweiten Vergleich unter den Unternehmen Sachsen-Anhalts am größten.

gen, von diesem allgemeinen Trend nur wenig. Trotz der insgesamt guten Entwicklung der vergangenen zwei Jahre in Sachsen-Anhalt ist die Arbeitslosenquote von derzeit 16,8% nicht zufriedenstellend. Einer der Schwerpunktbereiche am Arbeitsmarkt bleibt daher die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit (vor allem unter Geringqualifizierten). Auch die Probleme der Fachkräfte-Rekrutierung bleiben im politischen Fokus. Allerdings bescheinigt die Auswertung des IAB-Betriebs-Panel 2006 dem Land die bundesweit höchste Zufriedenheit der vor Ort ansässigen Unternehmen mit der Qualität des Fachkräfteangebots. Kommt es im Land zu Problemen bei der Personalbesetzung, ist dafür oft das Gehalt und nicht das generelle Angebot die Ursache. Um die Attraktivität des Standorts Sachsen-Anhalt für Fachkräfte weiter zu erhöhen, wird daher unter anderem versucht, die Hochschulabsolventen früh an das Land zu binden. Zusätzlich sollen durch Marketing, Informationsmaßnahmen und konkrete Serviceangebote Pendler und Rückkehrwillige angesprochen werden.

Einkommenssicherung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Ostdeutschland

Herbert S. Buscher

Auf der Konferenz wurden vier alternative Modelle zur Einkommenssicherung aus Erwerbstätigkeit vorgestellt: Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens, Überlegungen

Vom Kombilohnmodell sind für Ostdeutschland die größten positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt zu erwarten.

zur Einführung eines Mindestlohns, das Kombilohnmodell des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und das Workfare-Konzept, ein

Vorschlag des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA). Ziel aller Ansätze ist die Schaffung eines existenzsichernden Einkommens, entweder als staatliche Fürsorgeleistung oder durch Erwerbsarbeit. Während Kombilohn- und Workfare-Modell auf eine Eingliederung Arbeitsloser in den (ersten) Arbeitsmarkt abstellen, betrifft der Mindestlohn primär bestehende Beschäftigungsverhältnisse und mittelbare Arbeitsplätze. Die Einführung eines Grundeinkommens oder Bürgergelds hat dagegen Auswirkungen auf alle Bürger des Landes und stellt grundlegende Prinzipien des Erwerbslebens für die Zukunft in Frage. Aus Sicht der ostdeutschen Arbeitsmarktprobleme scheinen zudem der einheitliche gesetzliche Mindestlohn sowie das Workfare-Konzept nicht geeignet. Vom Kombilohnmodell sind somit für Ostdeutschland die größten positiven Effekte auf den Arbeitsmarkt zu erwarten. Aber auch diese lösen nur einen Teil des Problems, entscheidend ist die Kombination mit ergänzenden Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (Unternehmensansiedlungen, verbessertes Bildungsangebot).

Humankapital und Produktivität in Ostdeutschland

Joachim Ragnitz

Die Arbeitsproduktivität in der ostdeutschen Wirtschaft liegt nach wie vor um rund ein Viertel niedriger als in Westdeutschland. Inwieweit eine ungünstigere Ausstattung Ostdeutschlands mit gutqualifizierten Fachkräften hierfür verantwortlich sein könnte, wurde indes bisher kaum untersucht. In der Konferenz wurden hierzu erste Ergebnisse des IWH vorgestellt. Es zeigt sich, dass die Neuen Bundesländer im rein „formalen“ Qualifika-

tionsniveau der Erwerbstätigen Vorteile aufweisen. Grund hierfür ist die Politik der DDR, allen Personen im erwerbsfähigen Alter wenigstens eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen. Allerdings berücksichtigt dieser Indikator nicht, dass ein Teil der damals erworbenen Qualifikationen infolge nicht ausbildungsadäquater Beschäftigung, langandauernder Arbeitslosigkeit oder veränderter

Ein verhältnismäßig großer Teil der ostdeutschen Beschäftigten ist in Berufen tätig, die unter ihrer formalen Qualifikation liegen.

Qualifikationsanforderungen inzwischen obsolet geworden sein könnte. Aus diesem Grund wurde zusätzlich eine Approximation der Humankapitalstruktur anhand der tatsächlich ausgeübten Berufe vorgenommen. Auf Basis dieser Berechnung zeigt sich, dass ein verhältnismäßig großer Teil der ostdeutschen Beschäftigten in Berufen tätig ist, die unter ihrer formalen Qualifikation liegen. Dieser Tatbestand verringert insbesondere die Chancen geringqualifizierter Personen am Arbeitsmarkt, da entsprechende Arbeitsplätze oft mit besserqualifizierten Erwerbstätigen besetzt werden. Gleichzeitig deuten die Ergebnisse darauf hin, dass in den Neuen Ländern Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen in geringerem Maß verfügbar sind als in den Alten Ländern. Ein Grund hierfür ist, dass einzelne Wirtschaftszweige in Ostdeutschland nur eine geringe Humankapitalintensität verzeichnen. Dies begründet sich aus der Tatsache, dass vielfach nur nachgelagerte Teile der Wertschöpfungskette in Ostdeutschland angesiedelt sind. Dieser Umstand verstärkt die Abwanderung und somit die Gefahr der Verfestigung bestehender Strukturen und die Verlangsamung des Konvergenzprozesses.

Der Einfluss von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen

Ulrich Blum

Auf der Konferenz wurden die Untersuchungsergebnisse der Beziehung zwischen immobilien Produktionsfaktorkapazitäten und dem regionalen Entwicklungspotenzial vorgestellt. Neben dem Faktor Arbeit sowie dem öffentlichen und privaten Kapital wurden auch die Kapazität der Führungsfunktionen und die privaten Ausgaben für FuE in die Berechnung einbezogen. Es zeigt sich, dass sich die weitgehend fehlenden Führungs-

funktionen, die niedrigen FuE-Ausgaben und die Erreichbarkeit im überörtlichen Verkehrssystem für rund 40% der Einkommenslücke des Ostens verantwortlich zeichnen. Bekannt ist, dass eine Interdependenz zwischen Führungsfunktionen und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit besteht und damit eine einfache Kausalität nicht zwingend ist. Da aber durch den Einigungsprozess Kombi-Strukturen zerschlagen wurden und im Rahmen der Privatisierung der Aufbau von örtlichen Führungsfunktionen kein vorgegebenes Ziel war, steht diese Minderausstattung am Anfang der Ursachenforschung für die fehlende Ost-West-Konvergenz. Um die Regionen wirtschaftlich zu stärken, muss daher aus wirtschaftspolitischer Sicht die Forderung nach Unterstützung eines internen und externen Unternehmenswachstums Priorität gewinnen. In der Tat sind heute diejenigen ostdeutschen Regionen besonders erfolgreich, denen die Verbindung zwischen Produktivität, Unternehmensgröße und Internationalität der erstellten Güterstruktur vor allem durch den Aufbau leistungsfähiger Cluster gelungen ist.

Demographische Entwicklung und ihre ökonomischen Folgen

Lutz Schneider, Joachim Ragnitz

Ostdeutschland wird in den nächsten Dekaden weiterhin massiven demographischen Verwerfungen ausgesetzt sein. Neben der Schrumpfung wird die Alterung der Bevölkerung und des Erwerbspotenzials zunehmenden Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Neuen Länder ausüben. Von primärem Interesse ist dabei die Frage, ob sich aus der Verschiebung der Altersstruktur der Erwerbstätigen Herausforderungen für Wachstum, Innovation und strukturellen Wandel ergeben. Das IWH hat sich dieser in der Forschungsliteratur bisher wenig thematisierten Problemstellung angenommen und die wichtigsten Erkenntnisse der Untersuchung zu den wirtschaftlichen Folgen des Älterwerdens des Erwerbspotenzials auf der Konferenz vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass das fortgeschrittene Alter einen dämpfenden Einfluss auf die Produktivität ausübt. Durch höheres Erfahrungswissen kann die Verringerung der Leistungsfähigkeit allerdings in Teilen kompensiert werden. Auch bei der Wirkung des Alters auf die Innovationsfähigkeit zeigten sich signifikante Einflüsse. Die Beschäftigten im Alter von ca. 40 Jahren erwiesen sich als die innovativste Altersgruppe, vor allem die technischen Fachkräfte unterliegen diesem Alterseffekt. Zudem hat die Alterung negative Folgen für das Potenzial an Gründern bzw. Unternehmensnachfolgern. Unabhängig vom sich ohnehin verschärfenden

Problem des Fachkräftemangels dürften damit auch von der Alterung des Erwerbspotenzials dämpfende Einflüsse auf Wachstum, Innovation und Strukturwandel ausgehen. Obwohl die politischen Gestaltungsspielräume angesichts weitgehend feststehender demographischer Entwicklungen gering sind, können geeignete wirtschafts-, bildungs- und familienpolitische Maßnahmen die identifizierten Alterseffekte zumindest reduzieren helfen.

Das Programm „Stadtumbau Ost“ und seine wirtschaftlichen Effekte für die beteiligten Städte

Martin T. W. Rosenfeld, Claus Michelsen

In jüngster Zeit geraten die Städte als Zentren von Innovations- und Wachstumsprozessen zunehmend ins Blickfeld der Politik. Unter diesem Gesichtspunkt wurde für die besonderen Probleme in den ostdeutschen Städten das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ eingeführt. Unter „Stadtumbau“ lassen sich bei einer weiten Begriffsfassung alle Aktivitäten subsumieren, mit denen Städte versuchen, ihre bisherige Situation zukunftsgerichtet zu verändern. Der „Stadtumbau Ost“ konzentriert sich auf den baulichen Bereich, verfolgt aber vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und selektiver Wanderungsprozesse das allgemeine Ziel, die Zukunftsfähigkeit der ostdeutschen Städte zu verbessern. Das Programm umfasst Maßnahmen zum Rückbau und zur Aufwertung der vorhandenen Bausubstanz. Es gibt eine Konzentration der Maßnahmen auf Städte und städtische Teilräume mit einem besonders hohen Leerstand, vor allem in den Plattenbaugebieten der städtischen Außenbezirke. Zwar sind von diesen Maßnahmen stabilisierende Wirkungen auf den Wohnungsmarkt zu erwarten, das Ziel der „baulichen und funktionalen Stärkung der Innenstädte“ kann damit jedoch nicht erreicht werden. Insgesamt zeigt sich, dass Aspekte der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Städte bislang nur am Rand berücksichtigt werden. Ohne Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung ist die weitere Erosion der Einwohner somit programmiert. Zukünftig sollte deshalb versucht werden, städtebauliche Maßnahmen stärker auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte zu fokussieren.

Der „Stadtumbau Ost“ berücksichtigt die Aspekte der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung der Städte bislang nur am Rande.

Mittel- und langfristige Wachstumsprojektionen für Ostdeutschland

Udo Ludwig

In jüngster Zeit attestieren einige Forschungsergebnisse dem Osten Deutschlands nicht nur seine „Qualität“ als wirtschaftlich abgehängte Region von

***Das Wirtschaftswachstum
in einer Region wird sich
auch bei schrumpfender
Bevölkerung fortsetzen.***

Wachstum und Wohlstand, sondern bereits den „langsamen Tod“. Häufig wird in diesem Zusammenhang auf die Strukturschwächen der ostdeutschen Wirtschaft verwiesen. Bei der Bewertung der mittel- und langfristigen Wachstumsmöglichkeiten für Ostdeutschland wählte das IWH eine größere Perspek-

tive. Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region wurde nicht allein von der Quantität und Qualität der Ausstattung des jeweiligen Wirtschaftsraums mit Produktionsfaktoren abhängig gemacht, sondern gleichzeitig in Zusammenhang gebracht mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der übergeordneten Ebene, der nationalen Volkswirtschaft. Es zeigte sich, dass die regionale Wertschöpfung sowohl durch einen Anstieg der Produktion in Deutschland als auch durch eine Zunahme der regionalen Bevölkerung erhöht wird. Eine rückläufige Einwohnerzahl bremsst dagegen die Wirtschaftsleistung einer Region. Betrachtet man den Einfluss der gesamtwirtschaftlichen Produktion, so ist dieser auf nationaler Ebene in der oberen Wachstumsklasse am stärksten und in der unteren am schwächsten. Genau umgekehrt wirkt sich die vorangegangene Entwicklung in der Region aus. Ihr Einfluss ist am stärksten in der wachstumsschwachen Raumklasse. Hauptergebnis der Untersuchung ist: Das Wirtschaftswachstum in einer Region wird sich auch bei schrumpfender Bevölkerung fortsetzen. Die mit der demographischen Entwicklung verbundene Alterung der Gesellschaft wird in Deutschland bis zum Jahr 2020 nur wenig auf Wachstum und Beschäftigung durchschlagen. Allerdings wird sich das wirtschaftliche Gefälle zwischen den Regionen nicht einebnen. Die wachstumsstarken Regionen in den Alten Bundesländern werden auch bei abnehmender gesamtwirtschaftlicher Expansion überdurchschnittliche Produktionszuwächse erzielen. Dies gilt auch für einige Raumordnungsregionen im Land Brandenburg und in Mitteldeutschland. Dagegen werden die Produktionszuwächse in den wachstumsschwachen Regionen im Norden, in der Mitte und im Osten Deutschlands hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Insgesamt geht die Divergenz beim Wachstumstempo der Produktion zwischen dem Osten und dem Westen Deutschlands mit Bevölkerungsentwicklungen einher, die einer Vergrößerung des Abstands in der Pro-Kopf-Produktion entgegenwirken.

Wissenschaftliche Konferenzen,
Workshops, Gastvorträge

Wissenschaftliche Konferenzen, Workshops

„Die Globalisierung und ihren Folgen für Ostdeutschland und Osteuropa“

Neujahrskolloquium am 19. Januar 2007 in Freiberg

Am 19. Januar 2007 hat das IWH gemeinsam mit der TU Bergakademie Freiberg zum Neujahrskolloquium zum Thema „Die Globalisierung und ihre Folgen für Ostdeutschland und Osteuropa“ eingeladen. In drei Beiträgen näherten sich Experten diesem Thema aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive. Prof. Horst Brezinski stellte zunächst die Frage: „Globalisierung – Segen oder Fluch?“. Der Leiter des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der TU Bergakademie Freiberg ging dabei auf wichtige Rahmenbedingungen ein, die geschaffen werden müssen, um die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Globalisierung für die Mehrzahl der Bevölkerung nutzbar zu machen. Anschließend analysierte der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Prof. Ulrich Blum, aus ostdeutscher Perspektive die Auswirkungen der Globalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland. In einem gemeinsamen Beitrag erörterten drei Wissenschaftler aus Freiberg, Halle (Saale) und Oldenburg, wie sich die Staaten des ehemaligen Ostblocks nach der politischen und wirtschaftlichen Wende 1990 im Globalisierungsprozess bewähren konnten. Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Betrachtung aus regionaler Perspektive. Dr. Manfred Gödecke von der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen stellte dar, wie sich die Unternehmen in Sachsen auf die Anforderungen der Globalisierung einstellen müssen, um die großen wirtschaftlichen Chancen, die sie bietet, erfolgreich nutzen zu können.

„Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung oder ökonomisch notwendiger Intervention?“

Konferenz am 8. und 9. März 2007, Halle (Saale)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Johannes Stephan, Leiter der Abteilung Industrieökonomik

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) veranstaltete gemeinsam mit der Handelshochschule Leipzig (HHL) am 8. und 9. März 2007 die Konferenz „Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung

oder ökonomisch notwendiger Intervention?“. Ziel der Konferenz war es, ausgewiesene Experten aus Theorie und Praxis zusammenzuführen, um aus der Regulierung resultierende Risiken auszuloten.

„Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?“

Tagung am 16. und 17. März 2007, Tutzing

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturökonomik,

Dr. Wolfgang Quaisser, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Das IWH veranstaltete gemeinsam mit der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am 16. und 17. März 2007 eine Tagung zum Thema „Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?“. Während der Tagung wurde einerseits eine Bilanz des wirtschaftlichen Einigungsprozesses gezogen und andererseits mögliche wirtschaftspolitische Alternativen der Zukunft insbesondere unter den Aspekten des Strukturwandels, der demographischen Entwicklung und des Arbeitsmarkts diskutiert. An der Tagung nahmen renommierte Vertreter aus Wissenschaft und Politik teil. Einen Höhepunkt der Tagung bildete die Freitagabend-Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Dr. Richard Schröder von der Humboldt-Universität zu Berlin, dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Kurt Biedenkopf sowie Dr. Klaus von Dohnanyi, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a. D., unter der Moderation des Direktors der Akademie, Prof. Dr. Dr. Heinrich Oberreuter.

„Politik für Ostdeutschland – aus der Forschung des IWH“

Ostdeutschland-Konferenz am 23. Mai 2007, Halle (Saale)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Ulrich Blum, Präsident des IWH

Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturökonomik

Das IWH führte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt am 23. Mai 2007 eine Konferenz zum Thema „Politik für Ostdeutschland“ durch (siehe Seite 79-86).

Die Beiträge sind in der *Wirtschaft im Wandel 6/2007* erschienen.

„Monetary and Financial Economics“

5. Workshop am 21. und 22. Juni 2007, Eltville

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Diemo Dietrich, Abteilung Makroökonomik

Das IWH organisierte gemeinsam mit der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg sowie dem Forschungszentrum der Deutschen Bundesbank den Workshop „Monetary and Financial Economics“. Die Veranstaltung fand am 21. und 22. Juni 2007 in Eltville in fünfter Auflage statt. Der Workshop bot ein Forum für Nachwuchswissenschaftler, eigene Forschungsarbeiten aus allen Bereichen der monetären Ökonomik einem kompetenten Auditorium zur Diskussion zu stellen.

Weitere Informationen: Diemo.Dietrich@iwh-halle.de

„Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“

3. Forum am 22. und 23. Juni 2007, Tutzing

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Ulrich Blum, Präsident des IWH,

Professor Dr. Dr. Heinrich Oberreuter, Direktor der Akademie für Politische Bildung Tutzing,

Dr. Wolfgang Quaisser, Akademie für Politische Bildung Tutzing

Am 22. und 23. Juni 2007 organisierte das IWH in Zusammenarbeit mit der Akademie für Politische Bildung Tutzing und mit Unterstützung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung das nunmehr dritte Forum „Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“, das sich 2007 dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt widmete: Entspricht das deutsche Modell noch den Anforderungen einer „Menschenwürdigen Wirtschaftsordnung“? Müssen wir die ethischen Fundamente unseres Wirtschaftssystems aufgeben bzw. neu bestimmen? Wie können wir eine humane Wirtschaftsordnung definieren und welche Konsequenzen hat dies für die konkrete Wirtschaftspolitik? Mit diesen Fragen beschäftigten sich folgende Referenten: Prof. Dr. Michael Hüther (Institut der deutschen Wirtschaft, Köln), Dr. Gero Neugebauer (FU Berlin), Prof. Dr. Friedhelm

Hengsbach (Oswald von Nell-Breuning Institut), Prof. Dr. Anton Rauscher (Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle (KSZ), Mönchengladbach), Prof. Dr. André Schmidt (Universität Kassel), Prof. Dr. Michael S. Abländer (Universität Kassel), Dr. Helmut Becker (Ehemaliger Chefvolkswirt bei BMW, Institut für Wirtschaftsanalyse und Kommunikation (IWK), München) sowie Prof. Dr. Hans G. Nutzinger (Universität Kassel).

Die Beiträge sind als Tagungsband im IWH Sonderheft 1/2008 erschienen.

„Wissens- und Innovationsökonomik“

Workshop in Kooperation mit der August-Lösch-Gesellschaft am 10. und 11. Juli 2007, Halle (Saale)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Jutta Günther, Abteilung Strukturökonomik

Das IWH führte am 10. und 11. Juli 2007 in Kooperation mit der August-Lösch-Gesellschaft einen Workshop zum Thema „Wissens- und Innovationsökonomik“ durch. Der Workshop widmete sich am ersten Tag aktuellen Themen des Wissens- und Innovationsmanagements mit Beiträgen von Ronald Maier (Universität Innsbruck), Florian Bayer (Universität Halle), Kristin Joel (Universität Jena) und Carsten Dreher (Universität Flensburg und University of Southern Denmark). Am zweiten Tag standen folgende Themen im Vordergrund: IPR und Patentmanagement mit Beiträgen von Knut Blind und Jürgen Ensthaler (beide TU Berlin), Aspekte der Globalisierung der FuE und Innovationen und deren Bedeutung für den Forschungsstandort Deutschland (Harald Legler, NIW, und Björn Jindra, IWH) und schließlich die Bedeutung von Humankapital und des Fachkräftemangels für den Innovationsstandort Deutschland (Birgit Gehrke, NIW, sowie Lutz Schneider und Jutta Günther, IWH). Das Programm wurde abgerundet durch einen Vortrag von Jürgen Egelin (ZEW) zu den innovationspolitischen Herausforderungen Deutschlands. Das bewusst breit angelegte Workshop-Programm bildete eine ideale Plattform für den Austausch zwischen den wissenschaftlichen Disziplinen und zwischen Wissenschaft und Politik.

„Understanding the Relationship between Knowledge and Competitiveness in the Enlarging European Union (U-Know)“

3. Projekt-Workshop vom 26. bis 28. September 2007, Ljubljana

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Dr. Johannes Stephan, Leiter der Abteilung Industrieökonomik,
Björn Jindra, Abteilung Strukturökonomik

Vom 26. bis 28. September 2007 fand der 3. Workshop des durch die Europäische Kommission finanzierten und durch das IWH koordinierten Projekts „U-Know“ in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana statt. Das Arbeitstreffen wurde gemeinsam durch das slowenische Institut za Ekonomska Raziskovanja (IER) und das IWH organisiert. Insgesamt nahmen 36 Wissenschaftler und Gäste aus Großbritannien, Norwegen, Österreich, Italien, Deutschland, Slowenien, Ungarn, Kroatien, Estland und Südafrika teil. Die Projektforschung legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Bedeutung von Wissen, Innovation und Technologie in Transformationsländern. Dabei standen in Ljubljana insbesondere die Themen „Innovationsdeterminanten“, „Wissenstransfer durch FDI“, „Verbindungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft“, „Nicht-ökonomische Motivationen in Wissensprozessen“ sowie „Netzwerkverbindungen in Innovationssystemen“ im Vordergrund. Aus dem IWH wurden u. a. Forschungsbeiträge zum Rollenverständnis von Wissenschaft und Industrie im Kooperationsverhalten, Unternehmensgründersausbildung sowie Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in multinationalen Unternehmen präsentiert.

„Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau?“

2. Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft am 11. und 12. Oktober 2007, Halle (Saale)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Stadtökonomik,
Dr. Peter Haug, Abteilung Stadtökonomik

Am 11. und 12. Oktober 2007 hat das IWH das 2. Hallesche Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft zum Themenschwerpunkt „Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau?“ veranstaltet. Das zentrale Anliegen der Veranstaltung bestand darin, vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der teilweise prekären Finanzsitua-

tion der deutschen Gemeinden, der Öffnung der Energiemärkte sowie der Liberalisierungsbestrebungen der EU im Bereich der „Services of General Interest“ die zukünftigen Grenzen und Chancen der kommunalen Wirtschaftstätigkeit zu diskutieren. Die Veranstaltung war grundsätzlich interdisziplinär und nicht rein akademisch ausgerichtet, sondern diente auch dem Dialog zwischen Wissenschaftlern, Politik und Praktikern.

„Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“

4. IWH-IAB Workshop am 12. und 13. November 2007, Halle (Saale)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

PD Dr. Joachim Wilde, Chefökonometriker des IWH,

Dr. Herbert S. Buscher, Koordinator des Forschungsschwerpunkts „Prekäre Beschäftigungs- und Einkommenslagen“

Am 12. und 13. November fand am IWH der 4. IWH-IAB-Workshop zur Arbeitsmarktpolitik unter dem Thema „Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“ statt. In seinem Hauptreferat „Soziale Grundsicherung und Beschäftigung“ diskutierte Professor Schöb (FU Berlin) verschiedene Modelle für Kombilöhne und Arbeitgeberzuschüsse sowie deren Zusammenwirken mit einem eventuellen gesetzlichen Mindestlohn. Er plädierte für eine gemeinsame Analyse der Beschäftigungswirkungen, da nur so eine sinnvolle Kombination verschiedener Instrumente gewählt werden könne. Weitere Vorträge befassten sich u. a. mit der Bedeutung staatlicher Transfers bei der Vermeidung von Armut von Erwerbstätigen, mit den Auswirkungen befristeter Beschäftigung auf die Weiterbildung geringqualifizierter Personen sowie mit den Wirkungen der verschiedenen Deregulierungen der Zeitarbeit auf die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit. Das Programm ist auf der Seite <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop121107/flyer.PDF> verfügbar. Detaillierte Informationen zu den einzelnen Vorträgen sind bei den jeweiligen Referenten erhältlich.

„Structural Empirical Modelling in Macroeconomics“

8. IWH-CIREQ Makroökonomie-Workshop am 6. und 7. Dezember 2007, Halle (Saale)

Verantwortlich für die Vorbereitung und Durchführung:

PD Dr. Joachim Wilde, Chefökonometer des IWH

Am 6. und 7. Dezember 2007 fand am IWH der 8. IWH-CIREQ makroökonomische Workshop zum Thema „Structural Empirical Modelling in Macroeconomics“ statt. Schwerpunkte waren in diesem Jahr die optimale Geldpolitik und Bayesianische Methoden in der Makroökonomie. Als Keynote Speaker konnten Jean Boivin (HEC Montreal) und Herman van Dijk (Erasmus Universität Rotterdam) gewonnen werden. Weitere Informationen sind der Seite <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop061207/info.htm> zu entnehmen.

Gastvorträge

„Financial Integration, Specialization, and Systemic Risk“

Dr. Falko Fecht, Deutsche Bundesbank,
13. März 2007.

„Public Private Partnership – Open Issues and the Experience of South Africa“

Professor Dr. Philippe Burger, University of the Free State, Bloemfontein,
Südafrika,
8. Juni 2007.

„Determinanten von Umweltinnovationen“

Professor Dr. Jens Horbach, Hochschule Anhalt (FH),
3. Juli 2007.

„Die ökonomische Dynamik der antibiotischen Wirksamkeit bei freiem
Marktzugang“

Markus Herrmann, Professeur adjoint, Université Laval, Québec
5. Juli 2007.

„Kultur als Element der Stadtentwicklung“ sowie „Kultur als Instrument
des Stadtmarketing“

Professor Dr. Dr. h. c. Rolf Funck und *Dipl.-Wi.-Ing. Guido von Thadden*,
Universität Karlsruhe (TH), Institut für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung,
und Mitglieder der August-Lösch-Gesellschaft,
9. Juli 2007.

„Körperliche Statur, Gesundheit und Lebenserwartung“

Dr. Marco Sunder, Ludwig-Maximilians-Universität München,
23. Oktober 2007.

„Gutachten des Sachverständigenrats 2007/2008“

Dr. Stephan Kohns, Generalsekretär des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung,
12. Dezember 2007.

Gastaufenthalte

Professor Jean-Marie Dufour, Université de Montréal, Kanada, war im Rahmen des Konrad Adenauer-Forschungspreises der Alexander von Humboldt-Stiftung in der Zeit vom

- 2. bis 15. Juli 2007 und
- 3. bis 10. Dezember 2007 Gastprofessor am Institut.

Er arbeitete in dieser Zeit an gemeinsamen Forschungsprojekten mit den IWH-Wissenschaftlern Rolf Scheufele und PD Dr. Joachim Wilde zur Neuen Keynesianischen Philippskurve und zu exakten Tests für Probitmodelle. Außerdem wirkte er beim 8. IWH-CIREQ Makroökonomie-Workshop mit.

Dr. Falko Fecht, Deutsche Bundesbank, Frankfurt, war vom 12. bis 17. März 2007 Gastwissenschaftler am Institut. Dr. Fecht ist unter anderem Koordinator der Forschungsgruppe „Finanzsysteme“ des volkswirtschaftlichen Forschungszentrums der Deutschen Bundesbank und ein international ausgewiesener Wissenschaftler im Bereich Finanzsystemstabilität. Während seines Aufenthalts führte er gemeinsam mit Dr. Diemo Dietrich die Arbeiten zum Thema „Multinationale Banken und Finanzstabilität“ fort und beriet die Abteilung Makroökonomie zu Fragen der aktuellen Entwicklungen im deutschen Finanzsystem.

Professor John Hall, Portland State University, College of Liberal Arts and Sciences, Department of Economics, besuchte in der Zeit vom 1. August bis 15. September 2007 als Gastwissenschaftler das IWH. Er setzte seine früher begonnenen Studien zum wirtschaftlichen Konvergenzprozess zwischen Ost- und Westdeutschland fort, die bereits zu einigen Veröffentlichungen gemeinsam mit Prof. Dr. Udo Ludwig in referierten Zeitschriften geführt haben.

Mark Knell, PhD (NIFU-STEP, Oslo) war vom 3. bis 26. Oktober 2007 als Gastwissenschaftler am IWH tätig. Er ist Teil des Netzwerks „U-Know“ und arbeitete während seines Aufenthalts mit Björn Jindra, Jutta Günther und Johannes Stephan an verschiedenen Themen. Er ist ein ausgewiesener Transformationsforscher und beschäftigte sich über viele Jahre hinweg mit dem technologischen Anteil wirtschaftlicher Entwicklung. Am IWH hat er sich vor allem mit Innovationsstudien und Technologietransfer durch ausländische Direktinvestitionen beschäftigt.

Forschungsaufenthalte

Dr. Jutta Günther war im September/Oktober 2007 zu einem zweiwöchigen Gastaufenthalt an der Gakshuin University in Tokyo. Der Aufenthalt erfolgte auf Einladung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät und diente dem wissenschaftlichen Austausch auf dem Gebiet der Innovationsforschung. Frau Dr. Günther wirkte während ihres Aufenthalts auch an Lehrveranstaltungen der Fakultät mit.

Björn Jindra weilte von Januar bis März 2007 zu einem Forschungsaufenthalt bei Science and Technology Research Unit (SPRU)/Universität Sussex (UK). Dieser Aufenthalt fand im Rahmen seines Promotionsvorhabens zum Thema „Technologische Effekte durch ausländische Direktinvestitionen in Ostdeutschland“ statt. Gleichzeitig arbeitete er dort an verwandten Themen mit Prof. David Dyker und Prof. Nick von Tunzelmann (beide SPRU) in einem im 7. Rahmenprogramm durch die EU finanzierten Drittmittelprojekt (U-Know), das durch das IWH koordiniert wird.

Nicole Steinat absolvierte ein fünfmonatiges Praktikum in der Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission in Brüssel. Frau Steinat wirkte während ihres Forschungsaufenthalts an verschiedenen Kartellverfahren im Bereich Konsumgüter mit.

Sonstige Aufenthalte

Kristina van Deuverden war von Juli 2006 bis August 2007 als Geschäftsaushilfe im Rahmen der EU-Präsidentschaft Deutschlands an das Bundesministerium der Finanzen abgeordnet.

Publikations- und Vortragstätigkeit,
Wissenschaftliche und
wirtschaftspolitische Beratung,
Mitarbeit in Organisationen

Publikationen des IWH

Wirtschaft im Wandel

- 1/2007 Editorial
Ulrich Blum
- Aktuelle Trends: Tarifbindung im Verarbeitenden Gewerbe
Ostdeutschlands: Keine weitere Tariffucht 2006
Cornelia Lang
- Deutsche Wirtschaft 2007:
Aufschwung mit Januskopf – das andere Gesicht
Arbeitskreis Konjunktur
- Verdrängt und vergessen?
Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt
Andrea Gausemann, Ingo Wiekert, Susanne Winge
- Ein Benchmark-Ansatz zur Analyse der öffentlichen Finanzen
in Sachsen-Anhalt
Joachim Ragnitz, Helmut Seitz
- IWH-Bauumfrage im Dezember 2006:
Hochstimmung zum Jahresende
Brigitte Loose
- 2/2007 Editorial
Udo Ludwig
- Aktuelle Trends:
Unterbeschäftigung im Osten löst sich etwas vom hohen Niveau
Hans-Ulrich Brautzsch
- Die neue Finanzierung des Gesundheitswesens:
Folgen für die Kostenentwicklung – ein Kommentar
Ingmar Kumpmann
- Leiharbeit – ein Schmutzkind des deutschen Arbeitsmarktes?
Herbert S. Buscher
- Erhebliche Exportpotentiale in Ostdeutschland
Götz Zeddies

IWH-Bauumfrage Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2007:
Nach einem guten Jahr 2006 erwarten Unternehmen wieder
einen Dämpfer

Brigitte Loose

IWH-Industrienumfrage im Januar 2007:
Gute Geschäftslage gefestigt, hohe Erwartungen gedämpft

Cornelia Lang

3/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Wachstumspause zum Jahresauftakt

Udo Ludwig, Franziska Exß

Konjunktur aktuell:
Nach Wachstumsdelle Anfang 2007 deutsche Wirtschaft weiter
im Aufschwung

Arbeitskreis Konjunktur

Befristete Beschäftigung: kein Hindernis für die Weiterbildung
geringqualifizierter Personen

Eva Reinowski, Jan Sauermann

IWH-Industrienumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt
2007: Auftriebskräfte behalten die Oberhand

Cornelia Lang

IWH-Bauumfrage im Februar 2007:
Geschäftsklima weiterhin gut

Brigitte Loose

4/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Gibt es in Ostdeutschland eine Unternehmenslücke?

Joachim Ragnitz

Alterung in Ostdeutschland:
Gründerpotential sinkt bis 2020 merklich
Lutz Schneider, Stefan Eichler

Honeckers langer Schatten
oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche Ostdeutschlands
Ulrich Blum

Beschäftigung und Kapitalbildung in Deutschland
Hubert Gabrisch

Regulatorische Risiken – das Ergebnis staatlicher Anmaßung
oder ökonomisch notwendiger Intervention? – Ein Bericht über
eine gemeinsame Konferenz des IWH und der HHL
Olaf Neubert

IWH-Industrienumfrage im März 2007:
Geringfügige Eintrübung der Geschäftslage, Aussichten wieder
leicht steigend
Cornelia Lang

5/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends: IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Wirtschaftlicher Aufschwung setzt sich moderat fort
Udo Ludwig, Franziska Exß

Individualproduktivität und Alter:
Empirische Befunde einer Arbeitseinkommensanalyse
Harald Lehmann

Zeitpotential für berufliche Weiterbildung von Arbeitslosen
wenig genutzt
Joachim Wilde, Birgit Schultz

„Knowledge Cities“: Wachstumsstrategien und institutionelle
Barrieren für Städte mit Wissenschaftseinrichtungen
Peter Franz

IWH-Baumfrage im April 2007:
Nur schwache Frühjahrsbelebung
Brigitte Loose

- 6/2007 Editorial
Ulrich Blum
- Die Entwicklung des Arbeitsmarkts in Sachsen-Anhalt
Dr. Reiner Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt
- Einkommenssicherung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Ostdeutschland
Herbert S. Buscher
- Humankapital und Produktivität in Ostdeutschland
Joachim Ragnitz
- Der Einfluß von Führungsfunktionen auf das Regionaleinkommen: eine ökonometrische Analyse deutscher Regionen
Ulrich Blum
- Demographische Entwicklung und ihre ökonomischen Folgen
Lutz Schneider, Joachim Ragnitz
- Das Programm „Stadtumbau Ost“ und seine wirtschaftlichen Effekte für die beteiligten Städte
Martin T. W. Rosenfeld, Claus Michelsen
- Mittel- und langfristige Wachstumsprojektionen für Ostdeutschland
Udo Ludwig
- 7/2007 Editorial
Joachim Wilde
- Aktuelle Trends: Hartz IV:
Abbau von Fehlanreizen bei unter 25jährigen zeigt Wirkung
Joachim Wilde, Gabriele Hardt
- Ostdeutsche Wirtschaft:
Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen
Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
- Institutionelle Defizite und wachsende Spannungen in der Euro-Zone
Hubert Gabrisch
- Rußland: Bedeutung des Energiesektors für die Wirtschaftslage bleibt hoch
Martina Kämpfe

Führt neues IWF-Instrument zur Prävention von
Währungskrisen?

Tobias Knedlik, Johannes Ströbel

IWH-Industrienumfrage im Mai 2007:
Kräftige Konjunktur beflügelt Stimmung

Cornelia Lang

Ostdeutsches Baugewerbe im Juni 2007: Zurück zur Normalität?

Brigitte Loose

8/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends: IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Wirtschaftliche Dynamik verliert im Sommer an Schwung

Udo Ludwig, Franziska Exß

Konjunktur aktuell:

Aufschwung in Deutschland ungebrochen

Arbeitskreis Konjunktur

„Sag mir, wo die Mädchen sind ...“

Regionale Analyse des Wanderungsverhaltens junger Frauen

Alexander Kubis, Lutz Schneider

Gefährdet der Stadtumbau Ost Altbaubestände
und historische Innenstädte? Empirische Befunde für Sachsen

Dominik Weiß

Bankenregulierung: Mindesteigenkapitalvorschriften von Basel II
verstärken Übertragung von Währungs- auf Bankenrisiken

Tobias Knedlik, Johannes Ströbel

IWH-Industrienumfrage im Juli 2007: Hochstimmung hält an

Cornelia Lang

9/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:

Ostdeutsche Patentdynamik in Thüringen und Sachsen
am höchsten

Peter Franz

Innovationen als Treiber der Wissensgesellschaft
– Begriffserläuterungen und aktuelle Erklärungsansätze –
Jutta Günther, Peter Franz, Björn Jindra

Forschung und Entwicklung wichtige Quelle
für Produktinnovationen auch in Ostdeutschland
Jutta Günther, François Peglow

Räumliche Verteilung ostdeutscher innovativer Kompetenzen:
deutlicher Zuwachs im südwestlichen Umland von Berlin
und in den Zentren Sachsens und Thüringens
Peter Franz

Zehn Jahre Entrepreneurship-Ausbildung in Deutschland:
eine positive Zwischenbilanz
Jutta Günther, Kerstin Wagner, Ilka Ritter

IWH-Bauumfrage im August 2007:
Geschäftsklima hat sich stabilisiert
Brigitte Loose

10/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Aktuelle Erweiterung des Bestands an Wohnbauten in
Deutschland nicht von Dauer
Rolf Scheufele

Wer fördert wie?
Eine Diskussion der GA-Förderung in Ostdeutschland
Mirko Titze

Wer die Norm hat, hat den Markt:
europäische Normung im Druckkessel
Ulrich Blum

Die Rolle von Kredit-Ratings im Rahmen der Bankenregulierung.
Kredit-Ratings antizipieren Währungsrisiken unzureichend
Tobias Knedlik, Johannes Ströbel

IWH-Industrienumfrage im September 2007:
Investitionsgüterproduzenten bestimmen anhaltendes
Stimmungshoch
Cornelia Lang

11/2007 Editorial
Martin T. W. Rosenfeld

Aktuelle Trends:
IWH-Konjunkturbarometer Ostdeutschland:
Wachstumsvorsprung schmilzt
Udo Ludwig, Franziska Exß

Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland:
Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt setzt sich fort
Hans-Ulrich Brautzsch

Für einen nachhaltigen Beitragssatz
in der Arbeitslosenversicherung
Ingmar Kumpmann

Reform kommunaler Verwaltungsstrukturen:
Zentralisierung bringt nicht nur Effizienzvorteile
Peter Haug, Claus Michelsen

Paradigmenwechsel im europäischen Wettbewerbsrecht
Nicole Steinat

IWH-Bauumfrage im Oktober 2007:
Aktuelle Lage verbessert, Aussichten unverändert
Brigitte Loose

12/2007 Editorial
Ulrich Blum

Aktuelle Trends:
Soziale Grundsicherung real gesunken
Joachim Wilde, Gabriele Hardt

Polen: Kräftige Binnennachfrage treibt Wirtschaft weiter an
Martina Kämpfe

Technologie- und Gründerzentren im Osten Deutschlands:
Eine positive Zwischenbilanz

Michael Schwartz

Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit:
Ausweitung versus Abbau?

Tagungsbericht zum 2. Halleschen Kolloquium
zur kommunalen Wirtschaft

Peter Haug

IWH-Industrienumfrage im November 2007:

Geschäftslage signalisiert konjunkturelle Verlangsamung

Cornelia Lang

1. Sonderausgabe 2007

Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft
– im Frühjahr 2007 –

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der
Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher
Forschungsinstitute e. V., Berlin:

DIW Berlin, ifo München, IfW Kiel, IWH Halle, RWI Essen
Abgeschlossen in Halle (Saale) am 17. April 2007

2. Sonderausgabe 2007

Aufschwung legt Pause ein

– Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2007 –

Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:

ifo München (KOF ETH Zürich), IfW Kiel,

IWH Halle (IMK Düsseldorf, WIFO Wien),

RWI Essen (IHS Wien)

Abgeschlossen in Essen am 16. Oktober 2007

IWH-Sonderhefte

- 1/2007 *Ulrich Blum, Heinrich Oberreuter*
Zweites Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung:
Liberalismus, Sozialismus, Sozialstaat: Überlegungen anlässlich
des 200. Geburtstages von John Stuart Mill
– Beiträge zur Tagung 2006 in Tutzing –
- 2/2007 *Martin T. W. Rosenfeld, B. Alecke, Peter Franz,
Gerhard Heimpold, H. Kilper, K. Kunkel, G. Untiedt, S. Zillmer*
Interregionale Ausgleichspolitik in Deutschland: Untersuchungen
zu den Effekten ausgewählter Systeme zur Herstellung von
„gleichwertigen Lebensverhältnissen“
- 3/2007 *Udo Ludwig*
Neuere Anwendungsfelder der Input-Output-Analyse
in Deutschland – Tagungsband –
Beiträge zum Halleschen Input-Output-Workshop 2006

Schriften des IWH Nomos-Verlagsgesellschaft

- Bd. 26 *Franz Kronthaler*
Implementation of Competition Law in Developing
and Transition Countries
– Theoretical and Empirical Considerations –

IWH-Diskussionspapiere

- Nr. 1/2007 Zu alt für einen Wechsel?: Zum Zusammenhang von Alter, Lohndifferenzialen und betrieblicher Mobilität
Lutz Schneider
- Nr. 2/2007 Alterung und technologisches Innovationspotential: Eine Linked-Employer-Employee-Analyse
Lutz Schneider
- Nr. 3/2007 Local Government Control and Efficiency of the Water Industry: An Empirical Analysis of Water Suppliers in East Germany
Peter Haug
- Nr. 4/2007 Bank Lending, Bank Capital Regulation and Efficiency of Corporate Foreign Investment
Diemo Dietrich, Achim Hauck
- Nr. 5/2007 Schätzunsicherheit oder Korrelation
– Welche Risikokomponente sollten Unternehmen bei der Bewertung von Kreditportfoliorisiken wann berücksichtigen?
Henry Dannenberg
- Nr. 6/2007 Systematic Mispricing in European Equity Prices?
Marian Berneburg
- Nr. 7/2007 Effectiveness of Competition Law: A Panel Data Analysis
Franz Kronthaler
- Nr. 8/2007 Spillover Effects of Spatial Growth Poles
– A Reconciliation of Conflicting Policy Targets?
Alexander Kubis, Mirko Titze, Joachim Ragnitz
- Nr. 9/2007 Vergleich der Weiterbildungsaktivitäten von Arbeitslosen und Vollzeiterwerbstätigen
Birgit Schultz, Joachim Wilde

- Nr. 10/2007 Does Qualification Drive Innovation? A Microeconometric Analysis Using Linked Employer-employee Data
Bianca Brandenburg, Jutta Günther, Lutz Schneider
- Nr. 11/2007 The Role of the Human Capital and Managerial Skills in Explaining the Productivity Gaps between East and West
Johannes Stephan, Wolfgang Steffen
- Nr. 12/2007 Determinants of Female Migration – The Case of German NUTS 3 Regions
Alexander Kubis, Lutz Schneider
- Nr. 13/2007 A Simple Representation of the Bera-Jarque-Lee Test for Probit Models
Joachim Wilde
- Nr. 14/2007 Strategien der neuen Bundesländer im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – Ein Vergleich
Mirko Titze
- Nr. 15/2007 Determinants of International Fragmentation of Production in the European Union
Götz Zeddis
- Nr. 16/2007 Does too much Transparency of Central Banks Prevent Agents from Using their Private Information Efficiently?
Axel Lindner
- Nr. 17/2007 Three Methods of Forecasting Currency Crises: Which Made the Run in Signaling the South African Currency Crisis of June 2006?
Tobias Knedlik, Rolf Scheufele

Externe Publikationen

Referierte Journals

Blum, Ulrich; Growitsch, C.; Krap, Niels: Broadband Investment and the Threat of Regulation: Preventing Monopoly Exploitation or Infrastructure Investment? *Review of Network Economics*, Vol. 6, No. 3, 2007, pp. 342-354.

Blum, Ulrich: The East German Cement Cartel: Cartel Efficiency and Policy after Economic Transformation, in: *Eastern Economic Review*, Vol. 45, No. 6, 2007, pp. 5-28.

Brautzsch, Ulrich; Fuchs, J.; Lang, Cornelia: Wie hoch ist die Unterbeschäftigung in Ost- und Westdeutschland? Arbeitsplatzausstattung und Arbeitsplatzlücke nach Geschlechtern in Ost- und Westdeutschland, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, Heft 2/2007, S. 375-394.

Dietrich, Diemo: Asset Tangibility and Capital Allocation, in: *Journal of Corporate Finance*, Vol. 13, 2007, pp. 995-1007.

Dietrich, Diemo; Vollmer, U.: Why do Banks Hold Capital in Excess of Regulatory Requirements?, in: *DBW Die Betriebswirtschaft*, Vol. 67 (2), 2007, S. 153-166.

Dreger, Christian; Marcellino, M.: A Macroeconometric Model for the Euro Area. *Journal of Policy Modelling*, Vol. 29, 2007, pp. 1-13.

Knedlik, Tobias: Are Botswana and Mozambique Ready for CMA Enlargement?, in: *Botswana Journal of Economics*, 3 (6), 2006, pp. 61-70 (erschienen 2007).

Kronthaler, Franz; Stephan, Johannes: Factors Accounting for the Enactment of a Competition Law – an Empirical Analysis, in: *Antitrust Bulletin*, Volume 52, No. 2, 2007, pp. 137-168.

Kubis, Alexander; Hartmann M.: Analysis of Location of Large-area Shopping Centres. A Probabilistic Gravity Model for the Halle-

Leipzig Area, in: Jahrbuch für Regionalwissenschaft, Bd. 27, 2007, S. 43-57.

Ledebur von, Sidonia: Optimising Knowledge Transfer by New Employees in Companies. Knowledge Management and Research Pract 5, 2007, pp. 229-236.

Ludwig, Udo; Hall, J.: Explaining Persistent Unemployment in Eastern Germany, in: Journal of Post Keynesian Economics, Vol. 29, No. 4, 2007, pp. 601-619.

Rosenfeld, Martin T. W.; Franz, Peter; Heimpold, Gerhard: Economic 'Clusters' in East Germany: Evidence on the Location and Characteristics of Spatially Concentrated Industries, in: Post-Communist Economies, Vol. 19, 2007, No. 1, pp. 73-92.

Schneider, Lutz: Mit 55 zum alten Eisen? Eine Analyse des Alterseinflusses auf die Produktivität anhand des LIAB, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, Bd. 40 (1), 2007, S. 77-97.

Schneider, Lutz: Zu alt für einen Wechsel? Zum Zusammenhang von Alter, Lohndifferenzialen und betrieblicher Mobilität, in: Sozialer Fortschritt 56 (7-8), 2007, S. 180-186.

Wilde, Joachim: Ein Konzept der Anreizethik zur Weiterentwicklung der sozialen Grundsicherung nach Hartz IV, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik, Bd. 8, Heft 2, 2007, S. 145-158.

Zeddies, Götz; Ahrens, J.; Ohr, R.: Enhanced Cooperation in an Enlarged EU, in: Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Review of Economics, Vol. 58, No. 2, 2007, pp. 130-150.

Nichtreferierte Journals

Berneburg, Marian: US Immobilienmarkt – Gefahr für die Konjunktur?, in: Wirtschaftsdienst 05/2007, S. 277-278.

Blum, Ulrich: The Economic Geography of Offshoring. The Offshoring Journal Vol. 1, No. 2, 2007, pp. 10-13.

- Dannenberg, Henry:* Berücksichtigung von Schätzunsicherheit bei der Risikobewertung, in: *Controller Magazin* 6/2007, S. 630-634.
- Dannenberg, Henry:* Kostenkalkulation unter Einbeziehung von Kosten der Risikotragung am Beispiel eines Bauunternehmens, in: *Controller Magazin* 1/2007, S. 34-37.
- Franz, Peter:* Führt die Umsetzung des Programms „Stadtumbau Ost“ zur Herausbildung urbaner Regime in ostdeutschen Städten?, in: *Magazin Städte im Umbruch*, Ausgabe 4/2007, S. 36-41.
- Knedlik, Tobias; Povel, F.:* The State of Convergence in SADC, in: A. Bösl; W. Breytenbach; T. Hartzenberg; C. McCarthy; K. Schade (eds), *Monitoring Regional Integration in Southern Africa Yearbook*, Vol. 7. TRALAC: Stellenbosch 2007, pp. 147-176.
- Kumpmann, Ingmar:* Armutsbekämpfung durch Einkommensumverteilung. Zu den Zielen und Finanzierungsproblemen eines Grundeinkommens, in: *Berliner Debatte Initial* 18, 2, 2007, S. 28-37.
- Lehmann, Harald; Heilemann, U.; Ragnitz, Joachim:* Länder-Rankings – Komplexitätsreduktion oder Zahlenalchemie, in: *Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Heft 7/2007, S. 480-488.
- Ludwig, Udo:* Kräftiger Aufschwung trotz Bremsspurten, in: *Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Heft 5/2007, S. 274-275.
- Ragnitz, Joachim:* Explaining the East German Productivity Gap – The Role of Human Capital, in: *Kieler Arbeitspapiere* Nr. 1310. Kiel 2007.
- Rosenfeld, Martin T. W.:* Städte-Kooperationen liegen im Trend: Welche Chancen bringt die kleinräumige interkommunale Zusammenarbeit für die Regional- und Landesentwicklung?, in: *Forum Neue Länder*, Ausgabe Dezember 2007, S. 25-27.
- Rosenfeld, Martin T. W.:* Wertschöpfungsketten Ost: Motoren für nachhaltige kommunale Entwicklung, in: *Forum Neue Länder*, 6/2007, S. 69-71.
- Stephan, Johannes; Hölscher, J.:* Effects of European Competition Policy Reform for Central East Europe – an Institutional Perspective, in: *Intellectual Economics* No. 1 (1), 2007, pp. 40-45.

Titze, Mirko: Leistungen und Defizite der Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland. Ein Bericht über die Tagung „Der Traum vom Aufbau Ost: Ökonomie als Triebfeder der Einheit?“ in Tutzing, 16.-18. März 2007, in: Deutschlandarchiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Heft 5/2007, S. 908-912.

Weiß, Dominik: Rückbau und Aufwertung: Stehen die Altbaubestände im Abseits, in: Vhw Forum Wohneigentum Heft 6. Berlin 2007.

Zeddies, Götz; Ohr, R.: Außenhandel als Wachstumsmotor für Ostdeutschland, in: Wirtschaftsdienst, 87. Jg., Heft 9, 2007, S. 622-628.

Monographien

Blum, Ulrich; Eckstein, A.: Der Unternehmenswertbeitrag von Informationssystemen, in: U. Blum; A. Eckstein; A. Eckstein (Hrsg.), Wirtschaftsinformatik im Fokus der modernen Wissensökonomik. TUDpress: Dresden 2007, S. 3-54.

Knedlik, Tobias; Wohlmuth, K.; Eboué, C.; Gutowski, A.; Jerome, A.; Meyn, M.; Mama, T. (eds): Africa – Commodity Dependence, Resource Curse and Export Diversification, in: African Development Perspectives Yearbook 2007, Vol. 12. LIT Verlag: Berlin 2007.

Knedlik, Tobias; Bass, H. H.; Meyn, M.; Wiegand-Kottisch, M.: Ökonomische Systeme im Wandel der Weltwirtschaft – Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Karl Wohlmuth. LIT Verlag: Berlin 2007.

Ragnitz, Joachim; Eichler, S.; Grundig, B.; Lehmann, Harald; Pohl, C.; Schneider, Lutz; Seitz, H.; Thum, M.: Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. ifo Dresden Studie 41. ifo Institut für Wirtschaftsforschung: München 2007.

Rosenfeld, Martin T. W.; Franz, Peter; Knieling, J.; Rahlf, S.; Frahm, T.; Hanebeck, K.; Wiechmann, T.; Egermann, M.: Metropolregionen – Chancen der Raumentwicklung durch Polyzentralität und regionale Kooperation, in: Werkstatt: Praxis Heft 54. Bonn 2007.

Beiträge in Sammelwerken

- Blum, Ulrich, Neubert, Olaf:* Der Turbo-Rater, in: W. Gleißner; O. Everling (Hrsg.), Rating-Software: Welche Produkte nutzen wem? Verlag Vahlen: München 2007, S. 131-146.
- Blum, Ulrich; Schaller, A.; Veltins, M.:* Kartelle und Wettbewerb nach der Treuhandprivatisierung: Der Fall des ostdeutschen Zementkartells, in: W. Patzelt; M. Seebaldt; U. Kranenpohl (eds), Res publica semper reformanda. VS-Verlag Sozialwissenschaften, S. 413-428.
- Blum, Ulrich; Gleißner, W.:* Risikomanagements als Werttreiber: Volks- und betriebswirtschaftliche Perspektive, in: N. Schweickart; A. Töpfer (Hrsg.), Wertorientiertes Management. Springer: Heidelberg 2006, S. 157-178 (erschienen 2007).
- Blum, Ulrich:* Unterbeschäftigung als Schicksal: Geht den frühindustrialisierten Gesellschaften tatsächlich die Arbeit aus?, in: J. Fischer; E. Nullmeier (Hrsg.), Hauptsache Arbeit!? Peter Lang: Frankfurt, S. 29-36.
- Blum, Ulrich; Gleißner, W.:* Unternehmensbewertung, Rating und Risikobewältigung, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Technischen Universität Dresden, Vol. 55, Heft 3-4, 2006, S. 113-122 (erschienen 2007).
- Blum, Ulrich:* Wie geht es weiter mit dem Aufbau Ost? Wirtschaftspolitische Überlegungen zur Entwicklung in den Neuen Ländern, Politische Kultur in den Neuen Ländern. Konrad Adenauer Stiftung, S. 73-85.
- Dannenberg, Henry:* Die Verlustverteilung des unternehmerischen Forderungsausfallrisikos – Eine simulationsbasierte Modellierung, in: C. Pütz; J. Schneider-Maessen; B. Weiß (Hrsg.), Forderungsmanagement im Unternehmen, 34. Aktualisierung, Kapitel 1.2.6. Economica Verlag: Heidelberg 2007, S. 1-39.
- Dietrich, Diemo; Michler, A. F.:* Geldpolitische Strategien im Umbruch, in: A. F. Michler; H. J. Thieme (Hrsg.), Systeme monetärer Steuerung – Analyse und Vergleich geldpolitischer Strategien. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 86. Lucius & Lucius: Stuttgart 2007, S. 167-193.

- Franz, Peter*: Developing Collaborative Advantage: Preconditions and Restrictions for 'Knowledge City' Strategies in East Germany, in: I. Johansson (ed.), Institutions for Knowledge Generation and Knowledge Flows – Building Innovative Capabilities for Regions. Papers presented at the 10th Uddevalla Symposium 2007. Trollhättan 2007, pp. 419-432.
- Gabrisch, Hubert; Segnana, M. L.*: Vertical and Horizontal Patterns of Intra-industry Trade between EU and Candidate Countries', in: R. Leoncini; S. Montresor (eds), Dynamic Capabilities Between Firm Organization and Local Systems of Production. Routledge: London, 2007, pp. 324-345.
- Haug, Peter*: Einfluß unterschiedlicher Organisationsstrukturen auf die Effizienz der Wasserwirtschaft – Das Beispiel Ostdeutschland, in: P. Haug; M. T. W. Rosenfeld (Hrsg.), Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Hallesches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft 2005. Schriftenreihe des IWH, Bd. 25. Nomos: Baden-Baden 2007, S. 91-114.
- Haug, Peter*: Requirements on Regulation Frameworks: What is the Best Way of Securing Efficiency in the Water Sector?, in: F. Fichert; J. Haucap; K. Rommel (eds), Competition Policy in Network Industries, INFER Research Perspectives, Vol. 3. LIT-Verlag: Berlin 2007, pp. 61-83.
- Knedlik, Tobias*: Determinanten des Erfolgs im Transformationsprozeß der mittel- und osteuropäischen Länder – eine empirische Würdigung der Beiträge von Karl Wohlmuth, in: H. H. Bass; T. Knedlik; M. Meyn; M. Wiegand-Kottisch (Hrsg.), Ökonomische Systeme im Wandel der Weltwirtschaft – Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Dr. Karl Wohlmuth. LIT Verlag: Berlin 2007, S. 3-14.
- Knedlik, Tobias*: Signaling Currency Crises in South Africa, in: South African Reserve Bank: Macroeconomic Policy Challenges for South Africa Conference. South African Reserve Bank: Pretoria 2007, pp. 197-217.
- Knedlik, Tobias; Knorr, A.*: Vermögenspreisinflation, in: A. F. Michler; H. J. Thieme (Hrsg.), Systeme monetärer Steuerung – Analyse und Vergleich geldpolitischer Strategien. Schriften zu Ordnungs-

fragen der Wirtschaft, Band 86. Lucius & Lucius: Stuttgart 2007, S. 241-266.

Knedlik, Tobias: Book Review on Martin Grandes, Nicolas Pinaud (eds) (2005): Reducing Capital Cost in Southern Africa, in: Karl Wohlmuth et al., Africa – Commodity Dependence, Resource Curse and Export Diversification, African Development Perspectives Yearbook 2007, Vol. 12. LIT Verlag: Berlin, pp. 539-540.

Knedlik, Tobias: Book Review on David Fielding (ed.) (2005): Macroeconomic Policy in the Franc Zone, in: Karl Wohlmuth et al., Africa – Commodity Dependence, Resource Curse and Export Diversification, African Development Perspectives Yearbook 2007, Vol. 12. LIT Verlag: Berlin, pp. 536-537.

Knedlik, Tobias: Book Review on Philippe Burger (2003): Sustainable Fiscal Policy and Economic Stability, in: Karl Wohlmuth et al., Africa – Commodity Dependence, Resource Curse and Export Diversification, African Development Perspectives Yearbook 2007, Vol. 12. LIT Verlag: Berlin, pp. 533-534.

Knedlik, Tobias: Book Review on Sanjeev Gupta et al. (eds) (2004): Helping Countries Develop – The Role of Fiscal Policy, in: Karl Wohlmuth et al., Africa – Commodity Dependence, Resource Curse and Export Diversification, African Development Perspectives Yearbook 2007, Vol. 12. LIT Verlag: Berlin, pp. 521-523.

Nerré, Birger: Zur Rolle der Kommunen in der Daseinsvorsorge am Beispiel der Wasserversorgung, in: P. Haug; M. T. W. Rosenfeld (Hrsg.), Die Rolle der Kommunen in der Wasserwirtschaft – Halleisches Kolloquium zur Kommunalen Wirtschaft 2005. Schriftenreihe des IWH, Bd. 25. Nomos: Baden-Baden 2007, S. 11-22.

Rosenfeld, Martin T. W.: Demographischer Wandel und Maßnahmen zum Umbau der kommunalen Infrastruktur – Eine Bestandsaufnahme am Beispiel ausgewählter Städte des Landes Sachsen-Anhalt, in: Umdenken – Umplanen – Umbauen, Stadt- und Regionalentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter Schrumpfbedingungen, in: P. Sedlacek (Hrsg.), Arbeitsmaterial der ARL, Nr. 331. Hannover 2007, S. 109-121.

Rosenfeld, Martin T. W.: Steuern auf Grundbesitz – Kann die Besteuerungspraxis in Kanada ein Vorbild für andere Länder sein?, in: H. Bauer; M. Schratzenstaller (Hrsg.), Stärkung der subnationalen Steuerautonomie und intragovernmentale Transfers. Wien und Graz 2007, S. 105-120.

Schneider, Lutz; Eichler, S.: Bevölkerungsalterung und Gründungstätigkeit in Ostdeutschland, in: T. Steinrücken; S. Jaenichen (Hrsg.), Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung. Analysen unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Regionen. Universitätsverlag Ilmenau: Ilmenau 2007, S. 9-35.

Schneider, Lutz; Jaenichen, S.; Steinrücken, T.: Wie zielführend sind Feiertagsstreichungen? – Zur Ökonomik des Sonntags, in: T. Steinrücken; S. Jaenichen (Hrsg.), Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung. Analysen unter besonderer Berücksichtigung ostdeutscher Regionen. Universitätsverlag Ilmenau: Ilmenau 2007, S. 77-98.

Stephan, Johannes; Jindra, Björn; Klugert, I.: Comparative Study of Multinational Companies in the Enlarged EU – A Technology Transfer Perspective, in: Conference Proceedings of “Comparing International Competitiveness of Manufacturing Companies in the EU with Special Emphasis on Central and Eastern Europe”. Ritsumeikan University (Japan) and the Institute for World Economics of the Hungarian Academy of Sciences: Budapest, 23-25 Feb 2007, pp. 44-83.

Stephan, Johannes: Lower Firm-Specific Productivity Levels in East Germany and East European Industrial Branches: The Role of Managerial Factors, in: J. Hölscher et al. (eds), Germany’s Economic Performance: From Unification to Euroisation. Macmillan: Basingstoke, St Martin’s Press: New York 2007, pp. 201-228.

Externe Working Papers

Reinowski, Eva; Sauermann, J.: Befristete Beschäftigung, berufliche Weiterbildung und ihre Finanzierung. Working Paper des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten No. 14/2007.

Veröffentlichungen im Internet

Günther, Jutta; Wagner, K.: Getting out of the Ivory Tower – New Perspectives on the Entrepreneurial University, in: Swiss Institute for Entrepreneurship, Chur (Hrsg.), Discussion Papers on Entrepreneurship and Innovation. Chur 2007.

Rosenfeld, Martin T. W.; Franz, Peter; Hornych, Christoph; Schwartz, Michael: Strategien und Handlungsoptionen für eine ziel- und zukunftsorientierte Medienwirtschaft in Sachsen-Anhalt (am Beispiel des Standortes Halle), in: Arbeitsgemeinschaft Kulturwirtschaft Sachsen-Anhalt im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), Kulturwirtschaftsbericht Sachsen-Anhalt 2006. Magdeburg 2007, S. 148-263.

Rosenfeld, Martin T. W.; Kluth, W.; Haug, Peter; Heimpold, Gerhard; Michelsen, Claus; Nuckelt, J.: Zur Wirtschaftlichkeit gemeindlicher Verwaltungsstrukturen in Sachsen-Anhalt. Gutachten im Auftrag des Ministeriums des Innern Sachsen-Anhalt – Endversion des Abschlussberichts.

Habilitationen/Dissertationen

Kronthaler, Franz hat am 2. Mai 2007 seine Dissertation an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgreich verteidigt. Am 6. Juli 2007 fand im Rahmen der „Langen Nacht der Wissenschaften“ die Übergabe der Promotionsurkunde statt. Kronthalers Dissertation zum Thema „Implementation of Competition Law in Developing and Transition Countries – Theoretical and Empirical Considerations“ greift die Frage nach der Einführung und Umsetzung rechtlicher Regeln zum Schutz des Wettbewerbs auf, die mit zunehmender Bedeutung Gegenstand entwicklungspolitischer Debatten sind. Kronthaler diskutiert sowohl theoretisch als auch empirisch Möglichkeiten der Einführung und Umsetzung von Wettbewerbsrecht in Entwicklungs- und Transformationsländern. Insbesondere geht die Arbeit der Frage nach, wie Entwicklungs- und Transformationsländer ein Wettbewerbsrecht so einführen können, dass es ihren Entwicklungszielen am besten entspricht.

Von Interesse ist die Arbeit für alle Personen, die sich mit der Einführung von Wettbewerbsrecht befassen, besonders für Praktiker und Forscher bei der OECD, UNCTAD, WTO und Wettbewerbsbehörden, als auch für Akademiker, die sich mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigen.

Lehrtätigkeit

Berneburg, Marian: „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“, Vorlesung an der Hochschule Merseburg, Sommersemester 2007 (eine Semesterwochenstunde).

Blum, Ulrich: „Industrieökonomik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Institutionenökonomik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Industrieökonomik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2007/2008 (zwei Semesterwochenstunden).

Dannenberg, Henry: Übungen zur Vorlesung „Industrieökonomik und Wettbewerb“ von Professor Blum an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2007/2008 (zwei Semesterwochenstunden).

Dietrich, Diemo: „Monetary Economics“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Principles of Economics“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Uni-

versität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2007/2008 (zwei Semesterwochenstunden).

„Einführung in die Geldwirtschaft“, Vorlesung an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Gabrisch, Hubert: „Macroeconomics of Transition and EU-Enlargement“, Vorlesung und Kolloquium am Collegium Polonicum der Europa Universität Viadrina, Frankfurt/Oder und der Universität Posen. Sommersemester 2007 (16 Semesterwochenstunden).

Günther, Jutta zusammen mit *Björn Jindra*: „Globalization of Innovation: The Role of Multinational Companies in Transition Economies“, Vorlesung an der Universität Erfurt, Erfurt School of Public Policy, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Knedlik, Tobias: „Introduction to International Political Economy“, Seminar an der Universität Erfurt, Erfurt School of Public Policy, Wintersemester 2007/08 (zwei Semesterwochenstunden).

Krap, Niels: Übungen zur Vorlesung „Industrieökonomik“ von Professor Blum an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Kumpmann, Ingmar: „Sozialpolitik, Grundlagen und aktuelle Probleme“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2007/2008 (zwei Semesterwochenstunden).

Lehmann, Harald: „Erhebungstechniken“, Vorlesung und Übung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (drei Semesterwochenstunden).

Rosenfeld, Martin T. W.: „Regional- und Stadtentwicklungspolitik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Finanzpolitik und Aufbau Ost: Möglichkeiten und Grenzen der Ausgleichspolitik in Deutschland“, Vorlesung an der Wirtschafts-

und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Stadtökonomik I: Wirtschaftliche Potenziale und Probleme von Städten und mögliche Ansatzpunkte der Stadtentwicklungspolitik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Öffentliche Finanzen städtischer Ballungsräume und Metropolregionen“, Vorlesung an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Stadtökonomik II: Städte als Anbieter lokaler öffentlicher Güter und Nationale Städtepolitik“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2007/2008 (zwei Semesterwochenstunden).

Stephan, Johannes: „Theorie und Politik der Transformation“, Vorlesung an der Technischen Universität Bergakademie Freiberg, Wintersemester 2006/2007 (zwei Semesterwochenstunden).

Wilde, Joachim: „Mehrgleichungsmodelle und multivariate Zeitreihenanalyse“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sommersemester 2007 (zwei Semesterwochenstunden).

„Grundlagen der Regressionsanalyse“, Vorlesung an der Juristischen und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wintersemester 2007/2008 (zwei Semesterwochenstunden).

Vorträge

Wissenschaftliche Tagungen, Workshops, Hochschulen

Berneburg, Marian: „Excess Volatility in European Equity Style Indices – New Evidence.“ Vortrag im Rahmen der 10th Conference of the Swiss Society for Financial Market Research (SGF). 30. März 2007, Zürich.

Berneburg, Marian: „Excess Volatility in European Equity Style Indices – New Evidence.“ Vortrag im Rahmen der 14th Global Finance Conference (GFC). 1. bis 4. April 2007, Melbourne.

Blum, Ulrich: „Die Auswirkungen der Globalisierung auf den Wirtschaftsstandort Deutschland – eine ostdeutsche Perspektive.“ Vortrag anlässlich des 2. IWH-TU-Bergakademie-Freiberg-Workshops „Die Globalisierung und ihre Auswirkung auf Ostdeutschland“. 19. Januar 2007, Halle (Saale).

Blum, Ulrich: „East Germany – a Special Case for a European Regional Policy.“ Vortrag auf dem Workshop „Europäische Regionalpolitik“. 26. Januar 2007, Dresden.

Blum, Ulrich: „Future Landscape of European Standardization: The Strategic Answer of European Standardization to Changes in the Global Economy.“ Vortrag bei der CEN. 30. Januar 2007, Brüssel.

Blum, Ulrich: „Mitteldeutschland als Wirtschaftsregion: Ist Ostförderung noch sinnvoll?“ Vortrag auf dem „Dies academicus“. 1. Februar 2007, Chemnitz.

Blum, Ulrich: „The Impact of Headquarter Functions on Regional Income. An Analysis of German Region.“ Vortrag bei der EU Kommission DG Regio. 21. März 2007, Brüssel.

Blum, Ulrich: „International Standards: An International Opportunity for Global Resource Economics.“ Vortrag im Rahmen der 3rd Transatlantic Market Conference „Growth & Security: Energy and Transport“. 14. Mai 2007, Washington D.C.

Blum, Ulrich: „The Future Landscape of European Standardization.“ Vortrag im Rahmen der 3. CEN/CENELEC Jahreskonferenz. 27. Juni 2007, Limasol, Zypern.

Blum, Ulrich: „Der lange Schatten des real existierenden Sozialismus: Folgen für die aktuelle Wirtschaftspolitik.“ Vortrag im Rahmen der Gesprächsreihe „List Impulse“ der List Gesellschaft. 13. November 2007, Leipzig.

Brandenburg, Bianca: „Estimating the Rate of Return for East German Education.“ Vortrag im Rahmen des Third International German Socio-Economic Panel Young Scholar Symposium. 5. bis 6. März 2007, Delmenhorst.

Dannenberg, Henry: „Quantitative Bewertung von Mitarbeiterausfallrisiken.“ Vortrag auf der Everest Conference „Strategisches Risikocontrolling 2007“. 10. bis 11. September 2007, Hamburg.

Dannenberg, Henry: „Quantitative Bewertung von Mitarbeiterausfallrisiken.“ Vortrag bei der Arbeitskreissitzung „Qualitative Risiken“ der RMA e. V. 19. November 2007, Bonn.

Dietrich, Diemo: „Geldpolitische Strategien im Umbruch.“ Vortrag im Rahmen des 40. Forschungsseminars Radein 2007 „Monetäre Steuerungssysteme in der Welt: Analyse und Vergleich von geldpolitischen Strategien“. 18. bis 25. Februar 2007, Radein (Italien).

Dietrich, Diemo: „Banks' Internationalization Strategies: The Role of Bank Capital Regulation.“ Vortrag im Rahmen der 10th Conference of the Swiss Society for Financial Market Research (SGF). 30. März 2007, Zürich.

Dietrich, Diemo: „Banks' Internationalization Strategies: The Role of Bank Capital Regulation.“ Vortrag beim Institut für Weltwirtschaft. 16. Mai 2007, Kiel.

Dietrich, Diemo: „Banks' Internationalization Strategies: The Role of Bank Capital Regulation.“ Vortrag im Rahmen des 16th Annual Meeting of the European Financial Management Association. 28. Juni 2007, Wien.

Ehrenfeld, Wilfried: „A Model for Emissions Pricing.“ Vortrag auf dem fünften Research-Workshop der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Gesellschaft für Operations Research (GOR), „Emissions Trading and Business“. 5. bis 7. November 2007, Lutherstadt Wittenberg.

Franz, Peter: „The Regulated University as a Hindrance to the Lisbon Strategy: The Case of Germany.“ Vortrag im Rahmen der International Conference „Regions in Focus?“ der Regional Studies Association. 2. bis 5. April 2007, Lissabon.

Franz, Peter: „Developing Collaborative Advantage: Preconditions and Restrictions for ‘Knowledge City’ Strategies in East Germany.“ Vortrag im Rahmen des 10. regionalwissenschaftlichen „Uddevalla Symposium“ zum Thema „Institutions for Knowledge Generation and Knowledge Flows – Building Innovative Capabilities for Regions“. 15. Juni 2007, Uddevalla, Schweden.

Franz, Peter: „Neue Jobs in der post-industriellen Stadt: Strategien städtischer Regenerierung im Vergleich.“ Vortrag im Rahmen der Internationalen Fachtagung „Regenerierung der Städte. Strategien in der post-sozialistischen Transformation“ des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS). 16. November 2007, Potsdam.

Franz, Peter: „Metropolregionen als Chance der Raumentwicklung? Interkommunale Kooperation als Voraussetzung und knappes Gut für die Handlungsfähigkeit von Metropolregionen.“ Vortrag im Rahmen des Kolloquiums des Instituts für geographische Wissenschaften der Freien Universität Berlin. 4. Dezember 2007, Berlin.

Gabrisch, Hubert: „Employment and Capital Accumulation in Germany.“ Vortrag auf der 63. International Atlantic Economic Conference, 14. bis 18. März 2007, Madrid.

Gabrisch, Hubert: „Institutional Deficits and Growing Imbalances in the Euro Area.“ Vortrag auf der 64. International Atlantic Economic Conference. 7. bis 10. Oktober 2007, Savannah (USA).

Gabrisch, Hubert: „Institutional Deficits in the Euro are: Trade Deficits and Wage Competition.“ Vortrag auf dem EACES-Workshop

„Recent Issues of European Integration“. 10. November 2007, Cambridge, UK.

Günther, Jutta: „Technology Spillovers from External Investors in East Germany.“ Vortrag auf dem DIME-Workshop „Interdependencies of Interactions in Local and Sectoral Innovation System“, Friedrich-Schiller-Universität Jena und Max-Planck-Institut für Ökonomik. 22. bis 24. März 2007, Jena.

Haug, Peter: „Local Public Utilities’ Profits and Municipal Expenses in Germany: An Empirical Analysis.“ Vortrag im Rahmen des 1st World Meetings of the Public Choice Societies. 29. März bis 1. April 2007, Amsterdam.

Haug, Peter: „Effizienz und Privatisierung kommunaler Leistungen.“ Vortrag im Rahmen der Konferenz „Kommunales Infrastruktur-Management“. 29. Juni 2007, Berlin.

Haug, Peter: „Wie wirkt die wirtschaftliche Betätigung der Städte auf die gesamte Wirtschaftsleistung?“ Vortrag im Rahmen des zweiten Halleschen Kolloquiums zur Kommunalen Wirtschaft „Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau?“ 11. bis 12. Oktober 2007, Halle (Saale).

Heimpold, Gerhard: „How Towns at the Periphery Make Use of their Location Factors: The Case of Germany’s North Eastern Uckermark District.“ Vortrag auf der Internationalen Konferenz „Regions in Focus?“ der Regional Studies Association. 2. bis 5. April 2007, Lissabon.

Jindra, Björn: „Global Integration and Local Capability as Determinants of R&D Sourcing in MNC Subsidiaries – Evidence from Five New EU Member Countries.“ Vortrag bei der EU Kommission DG Regio. 21. März 2007, Brüssel.

Jindra, Björn: „Foreign Subsidiaries’ Intensity and Embeddedness of R&D and Knowledge Externalities – A Theoretical Framework Based on Global Integration and Local Capability.“ Vortrag auf dem Annual Meeting of the Association of International Business (AIB). 25. bis 28. Juni 2007, Indianapolis, USA.

- Jindra, Björn:* „Global Integration and Local Capability as Determinants of Multinationals Subsidiaries’ R&D Embeddedness – Evidence from Central and East Europe.“ Vortrag auf dem Workshop „Wissens- und Innovationsökonomik“ des IWH in Zusammenarbeit mit der August-Lösch-Gesellschaft. 10. bis 11. Juli 2007, Halle (Saale).
- Jindra, Björn:* „Theoretical Framework, FDI Database, and First Results from East Germany.“ Vortrag auf dem 3rd U-Know Project Workshop. 26. bis 28. September 2007, Lubiljana, Slowenien.
- Jindra, Björn:* „Global Integration and Local Capability as Determinants of Multinational Subsidiaries’ R&D Embeddedness – Evidence from Central and East Europe.“ Vortrag auf der 1st European Conference Knowledge for Growth: Role and Dynamics of Corporate R&D, European Commission, Directorate General Research, Joint Research Institute. 8. bis 9. Oktober 2007, Sevilla, Spanien.
- Jindra, Björn:* „FDI, Technological Spillovers, and the Governance of External Innovation Networks – Evidence from East Germany.“ Vortrag auf dem EIBA Doctoral tutorial. 13. Dezember 2007, Catania (Italien).
- Knedlik, Tobias:* „Vermögenspreisinflation.“ Vortrag im Rahmen des 40. Forschungsseminars Radein 2007 „Monetäre Steuerungssysteme in der Welt: Analyse und Vergleich von geldpolitischen Strategien“. 18. bis 25. Februar 2007, Radein (Italien).
- Knedlik, Tobias:* „The Role of Banking Portfolios in the Transmission from Currency Crises to Banking Crises – Potential Effects of Basel II.“ Vortrag an der „Twenty-first Annual Conference“ der Irish Economic Association. 27. bis 29. April 2007, Bunclody, Co. Wexford, Irland.
- Knedlik, Tobias:* „The Role of Banking Portfolios in the Transmission from Currency Crises to Banking Crises – Potential Effects of Basel II.“ Vortrag auf dem 28. Hohenheimer Oberseminar (Hohenheim Graduate Seminar). 3. bis 5. Mai 2007, Ilmenau.

- Knedlik, Tobias:* „The Role of Banking Portfolios in the Transmission from Currency Crises to Banking Crises – Potential Effects of Basel II.“ Vortrag auf dem „11th International Conference on Macroeconomic Analysis and International Finance“. 24. bis 26. Mai 2007, Rethymno, Kreta, Griechenland.
- Knedlik, Tobias:* „Signaling Currency Crises in South Africa.“ Vortrag auf dem 27th Annual International Symposium on Forecasting des International Institute of Forecasters. 24. bis 27. Juni 2007, New York City.
- Knedlik, Tobias:* „Forced to Freedom – Empirical Relations between Aid and Economic Freedom.“ Vortrag auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Entwicklungsländerausschuss. 29. bis 30. Juni 2007, Göttingen.
- Knedlik, Tobias:* „Comparing Forecasting Methods for Currency Crises.“ Vortrag im Rahmen der 12th Annual Conference of the African Econometric Society. 4. bis 6. Juli 2007, Kapstadt, Südafrika.
- Knedlik, Tobias:* „The Africa Dummy Revisited – The African Growth Gap, Development Policy and the Realization of the Millennium Development Goals.“ Vortrag auf dem Workshop „New Growth and Poverty Alleviation Strategies for Africa“ am Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management, Universität Bremen. 8. bis 10. November 2007, Bremen.
- Kronthaler, Franz:* „Effectiveness of Competition Law: What Macroeconomic Factors Can Tell Us.“ Vortrag im Rahmen des Annual Meeting of the Swiss Society of Economics and Statistics (SSES). 22. bis 23. März 2007, St. Gallen.
- Kubis, Alexander; Titze, Mirko; Ragnitz, Joachim:* „Structural Change and Spatial Growth Poles.“ Vortrag auf dem Kongress „The Institutional and Social Dynamics of Growth and Distribution“. 10. bis 12. Oktober 2007, Pisa.
- Lindner, Axel:* „Communication Strategies of Central Banks: Does Too Much Transparency Crowd Out the Use of Private Information?“ Vortrag auf dem 22. Jahreskongress der European Economic Association in Budapest. 31. August 2007, Budapest.

- Ludwig, Udo:* „Konjunktur in Deutschland seit der Vereinigung.“ Vortrag auf dem Workshop „Konjunktur-Perspektiven zwischen Prosperitätserwartungen und Krisenszenarien“. 16. Juni 2007, Berlin.
- Ragnitz, Joachim:* „Wirtschaftliche Implikationen der Alterung.“ Vortrag anlässlich einer Ringvorlesung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 3. Mai 2007, Halle (Saale).
- Reinowski, Eva:* „Wie beeinflusst befristete Beschäftigung die Weiterbildung geringqualifizierter Personen?“ Vortrag auf dem IAB-IWH-Workshop „Atypische Beschäftigung und Niedrigeinkommen“. 12. bis 13. November 2007, Halle (Saale).
- Rosenfeld, Martin T. W.:* „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und Finanzausgleich.“ Vortrag im Rahmen des Raumwissenschaftlichen Kolloquiums 2007 der vier raumwissenschaftlichen Institute der Leibniz-Gemeinschaft zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“. 1. Februar 2007, Berlin.
- Rosenfeld, Martin T. W.; Hornych, Christoph:* „How Efficient is Public Support for Knowledge-Based Businesses in De-Industrialized Urban Regions? The Case of Modern Media Industry (MMI) in Halle an der Saale (Germany).“ Vortrag auf dem Workshop on Agglomeration and Growth in Knowledge-Based Societies. 20. bis 21. April 2007, Kiel.
- Rosenfeld, Martin T. W.:* „How to Make a City Attractive for Knowledge-Intensive and Creative Firms? The Case of Modern Media Industry (MMI) in the City of Halle an der Saale (Germany).“ Vortrag im Rahmen des 47. Kongresses der European Regional Science Association (ERSA). 31. August 2007, Cergy-Pontoise bei Paris.
- Rosenfeld, Martin T. W.:* „Veränderungen ökonomischer Rahmenbedingungen – Die Relevanz des wirtschaftlichen Strukturwandels für die Regional- und Stadtentwicklung.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Perspektiven der Regional- und Siedlungsentwicklung: Veränderungen – Tendenzen – Ausrichtungen“ der TU Dresden und des Bildungswerks für Kommunalpolitik Sachsen e. V. 18. September 2007, Dresden.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Interregional Support Policy and/or Regional Economic Growth: The Case of Fiscal Equalization Schemes in Germany.“ Vortrag im Rahmen der EAEPE 2007 Conference on „Economic Growth, Development, and Institutions – Lessons for Policy and the Need for an Evolutionary Framework of Analysis“. 2. November 2007, Porto.

Rosenfeld, Martin T. W. „Die wirtschaftlichen Effekte des Stadtumbaus.“ Vortrag im Rahmen der Herbsttagung der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL). 9. November 2007, Lutherstadt Wittenberg.

Scheufele, Rolf: „Three Methods of Forecasting Currency Crises: Which Made the Run in Signaling the South African Currency Crises of June 2006?“ Vortrag auf der Tagung der Economic Society of South Africa. 11. September 2007, Johannesburg.

Scheufele, Rolf: „Inflation Dynamics and the Labour Income Share. Evidence from Germany.“ Vortrag auf dem 8. IWH-CIREQ Makroökonomie-Workshop, „Structural Empirical Modelling in Macroeconomics“. 6. bis 7. Dezember 2007, Halle (Saale).

Scheufele, Rolf: „Inflation Dynamics and the Labour Income Share. Evidence from Germany.“ Vortrag auf dem DIW Makroökonomie-Workshop. 7. bis 8. Dezember 2007, Berlin.

Schneider, Lutz: „Ageing and Technological Innovativeness – A Linked Employer-employee Analysis.“ Vortrag auf dem 2nd European Workshop „Labour Markets & Demographic Change“. 10. bis 11. Mai 2007, Rostock.

Stephan, Johannes; Jindra, Björn: „Comparative Study of Multinational Companies in the Enlarged EU – A Technology Transfer Perspective.“ Vortrag zur Abschlusskonferenz eines Drittmittelprojekts im Auftrag der Ritsumeikan Universität (Japan). 24. Februar 2007, Budapest.

Stephan, Johannes: „The Influence of Knowledge Intensity on Market Concentration in European Industries – An Empirical Test of the Reverse Causality Case.“ Vortrag auf der Konferenz EARIE 2007

(European Association for Research in Industrial Economics).
8. September 2007, Valencia, Spanien.

Stephan, Johannes: „Human Capital and Skills Requirements for Absorptive Capacities for a Dynamic, Two-way Knowledge Transfer between Subsidiary and Parent.“ und „The Role of IPR in Technology Transfer via FDI.“ Vorträge auf dem 3rd U-Know Project Workshop. 26. bis 28. September 2007, Lubljana.

Titze, Mirko; Kubis, Alexander: „Spillover Effects of Growth Poles.“ Vortrag auf dem Workshop on Agglomeration and Growth in Knowledge-Based Societies. 20. bis 21. April 2007, Kiel.

Titze, Mirko: „Patterns of Structural Change – an Empirical Analysis of German NUTS 3-Regions.“ Vortrag auf der 10th International Conference „Policy of Economic and Social Development towards a Knowledge-Based Society in Europe“, organized by the Faculty of Economics and Business Administration at Sofia University, the Faculty of Management, Economics and Social Sciences at the University of Cologne and the Agency for Economic Analysis and Forecasting. 5. bis 7. Oktober 2007, Sofia.

Weiß, Dominik: „Wirtschaftsentwicklung und Gewerbestruktur – Perspektiven der Stadt Döbeln.“ Vortrag im Rahmen eines Szenario Workshops in der Fallstudienstadt Döbeln im Zusammenhang mit dem Kooperationsprojekt mit dem IÖR Dresden „Demographie und kommunale Infrastruktur – Wer soll die Kosten tragen“. 10. Juli 2007, Döbeln.

Wilde, Joachim: „Fördern und Fordern – Verbessert Hartz IV institutionelle Arrangements?“ Vortrag beim Wirtschaftspolitischen Universitätsseminar „Dialog Wissenschaft und Praxis“ der Universität Köln. 3. Juni 2007, Köln.

Wilde, Joachim: „Alles normal(verteilt) im Probitmodell? – Von einem, der auszog, die Normalverteilungsannahme zu testen.“ Vortrag beim Quantitativ-ökonomischen Seminar der FU Berlin. 28. Juni 2007, Berlin.

Kommentare, Korreferate, Präsentationen etc.

Berneburg, Marian: „Optimal Gradual Annuity: Quantifying the Costs of Switching to Annuities.“ Korreferat zu M. Stamos, W. Horneff and R. Maurer auf der 10th Conference of the Swiss Society for Financial Market Research (SGF). 30. März 2007, Zürich.

Blum, Ulrich: „Quality, Innovation and the Role of Standards.“ Keynote Speech at the Conference of the Portuguese Bureau of Quality in the Context of the Portuguese Presidency of the EU on „Quality and Innovation – a Bi-reciprocal Approach“. 26. bis 27. November 2007, Porto.

Dietrich, Diemo: „Institutions and Bank Behavior.“ Korreferat zu R. Haselmann und P. Wachtel auf der 10th Conference of the Swiss Society for Financial Market Research (SGF). 30. März 2007, Zürich.

Dietrich, Diemo: „Capital Regulation and Banks' Financial Decisions.“ Korreferat im Rahmen des 16th Annual Meeting of the European Financial Management Association. 28. Juni 2007, Wien.

Haug, Peter: „Towards Genesis or the Grave. Financial Opportunism in the Face of Local Government Mergers in Denmark.“ Korreferat zu S. Welling-Hansens Beitrag im Rahmen des 1st World Meetings of the Public Choice Societies. 29. März bis 1. April 2007, Amsterdam.

Knedlik, Tobias: „Do the US Macroeconomic News Announcements Explain Turn-of-the-Month and Intra-month Anomalies on European Stock Markets?“ Korreferat zum Vortrag von Petri Sahlström auf der „11th International Conference on Macroeconomic Analysis and International Finance“. 24. bis 26. Mai 2007, Rethymno, Kreta, Griechenland.

Knedlik, Tobias: „The Onset of Speculative Currency Attacks.“ Korreferat auf dem 5th Workshop „Monetary and Financial Economics“ des IWH und der Deutschen Bundesbank. 21. bis 22. Juni 2007, Eltville.

Knedlik, Tobias: „Institutional Arrangements and the Performance of Small-scale Clothing Enterprises in Kenya: Enhancing their Role in Growth, Employment Generation and Poverty Alleviation.“ Korreferat zum Vortrag von Rosemary Atieno auf dem Workshop „New Growth and Poverty Alleviation Strategies for Africa“ am Institut für Weltwirtschaft und Internationales Management, Universität Bremen. 8. bis 10. November 2007, Bremen.

Kumpmann, Ingmar: „Der Einfluss des Versichertenstatus auf die Wartezeit auf einen stationären Behandlungstermin in Deutschland: Ergebnisse einer Befragung.“ Korreferat zum Vortrag von Björn Kuchinke, Dirk Sauerland und Ansgar Wübker auf dem Duisburg-Ilmenau-Bayreuther Oberseminar zur Gesundheitsökonomik und Sozialpolitik (DIBOGS). 9. November 2007, Ilmenau.

Kumpmann, Ingmar: „Grundeinkommen vs. Kombilohn: Beschäftigungs- und Finanzierungswirkungen und Unterschiede im Empfängerkreis.“ Korreferat zum Vortrag von Clemens Fuest und Andreas Peichl auf dem arbeitsmarktpolitischen IWH-IAB-Workshop. 12. November 2007, Halle (Saale).

Lindner, Axel: „The Price Puzzle Revisited: Can the Cost Channel Explain a Rise in Inflation after a Monetary Policy Shock?“ Korreferat auf dem 5th Workshop „Monetary and Financial Economics“ des IWH und der Deutschen Bundesbank. 21. bis 22. Juni 2007, Eltville.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Knowledge Transfer between Universities and SMEs – Experiences from East Germany.“ Keynote Speech im Rahmen der Abschlussveranstaltung des EU-Projekts ScanBalt CompetenceRegion: „Top of Europe – Competencies in Life Science and Biotechnology in the Baltic Sea Region“. 1. März 2007, Rostock.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Information Diffusion in Regional Innovation Networks – The Impact of Clustering and Centralisation on the Speed of Learning.“ Comments on Volker Saggau’s and Christian Henning’s Paper. Korreferat auf dem „Workshop on Agglomeration and Growth in Knowledge-Based Societies“. 20. bis 21. April 2007, Kiel.

Politikberatung, Wissenstransfer

Blum, Ulrich: „Brauchen die Neuen Bundesländer eine andere Förderpolitik?“ Vortrag auf der Festveranstaltung zum Jahresempfang am IFW in Dresden. 26. Februar 2007, Dresden.

Blum, Ulrich: „Challenges to Standardization.“ Vortrag vor dem Standardization Council of Canada. 8. Mai 2007, Ottawa.

Blum, Ulrich: „International Standards: an International Opportunity for Global Resource Economics.“ Vortrag auf der 3rd Transatlantic Conference – Growth and Security: Energy and Energy Transportation, Washington D.C, Dinner Speech, German Embassy. 14. Mai 2007, Washington D.C.

Blum, Ulrich: „Der Erfolgsbeitrag der Kultur zur Ökonomie.“ Vortrag auf der Theaterkonferenz des Landes Sachsen-Anhalt. 30. Mai 2007, Dessau.

Blum, Ulrich: „Wie sieht die wirtschaftliche Zukunft Sachsen-Anhalts aus?“ Vortrag im Rahmen der Mittwochsgespräche des Oberlandesgerichts Naumburg. 13. Juni 2007, Naumburg.

Blum, Ulrich: „Honeckers langer Schatten, oder die aktuelle Wirtschaftsschwäche der Neuen Länder.“ Vortrag am Max-Planck-Institut für Ökonomik. 12. Juli 2007, Jena.

Blum, Ulrich: „Ökonomische Kultur, Transformation und wirtschaftliche Entwicklung in den Neuen Ländern.“ Vortrag im Bundespräsidialamt. 12. September 2007, Berlin.

Blum, Ulrich: „Ist Regulierung ohne Staat die bessere Lösung? Möglichkeiten der Selbstregulierung.“ Vortrag auf der Jahrestagung der Studiengesellschaft für Mittelstandsfragen. 17. November 2007, Tegernsee.

Heimpold, Gerhard: „Enterprise and Innovation Networks in East Germany from a Spatial Perspective.“ Kurzvortrag anlässlich des Besuchs einer Studiendelegation aus der Republik Baschkortostan (Russische Föderation) im Institut für Wirtschaftsforschung Halle, 12. September 2007, Halle (Saale).

- Kumpmann, Ingmar:* „Grundeinkommen und Sozialversicherung.“ Vortrag auf dem zweiten deutschsprachigen Grundeinkommenskongress. 6. Oktober 2007, Basel.
- Ludwig, Udo:* „Fortschritte und Schwächen der ostdeutschen Wirtschaft.“ Vortrag im Rahmen der Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE „Ostdeutschland – Die alte Frage nach den neuen Chancen“. 16. November 2007, Berlin.
- Ludwig, Udo:* „Wachstum und Beschäftigung in den Neuen Bundesländern.“ Vortrag auf der Fachtagung des Bundespresseamts „Den Aufschwung weiter gestalten – Wachstum und Beschäftigung fördern“. 19. November 2007, Leipzig.
- Ludwig, Udo:* „Aufbau Ost.“ Vortrag im Rahmen der Klausur der AG Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion. 26. November 2007, Neuruppin.
- Ludwig, Udo:* „Mittel- und langfristige Wachstumsperspektiven für Ostdeutschland.“ Vortrag auf dem Workshop des DGB. 27. November 2007, Großjena.
- Ragnitz, Joachim:* „Aufbau Ost, Rückbau West? Zur Belastung der westdeutschen öffentlichen Haushalte durch Transferleistungen für die Neuen Länder.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der Landtagsfraktion Bündnis90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen. 22. Januar 2007, Berlin.
- Ragnitz, Joachim:* „Nutzen und Kosten des City-Tunnels Leipzig.“ Vortrag und Podiumsdiskussion anlässlich des ersten „Tunnel Talks“. 23. Januar 2007, Leipzig.
- Ragnitz, Joachim:* „Förderung des Aufbau Ost: Cluster oder Wachstumspole?“ Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland. 14. Februar 2007, Magdeburg.
- Ragnitz, Joachim:* „Betriebliche Implikationen der demographischen Entwicklung in Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich einer Veranstaltung des Bundesverbands der Mittelständischen Wirtschaft. 20. Februar 2007, Leipzig.

- Ragnitz, Joachim:* „Irrtümer über Ostdeutschland.“ Vortrag anlässlich des Jahresempfangs der Konrad-Adenauer-Stiftung Sachsen-Anhalt. 1. März 2007, Wendgräben.
- Ragnitz, Joachim* zusammen mit *H. Seitz:* „Finanzpolitische Kennziffern im Ländervergleich.“ Vortrag anlässlich einer Klausurtagung der Landesregierung Sachsen-Anhalt. 13. März 2007, Magdeburg.
- Ragnitz, Joachim* zusammen mit *H. Seitz:* „Finanzpolitische Kennziffern im Ländervergleich.“ Vortrag vor dem Finanzausschuss des Landtags Sachsen-Anhalt. 15. März 2007, Magdeburg.
- Ragnitz, Joachim:* „Wirtschaftspolitische Weichenstellungen im Prozess der deutschen Vereinigung.“ Vortrag vor einer Delegation koreanischer Wirtschaftswissenschaftler. 27. März 2007, Halle (Saale).
- Ragnitz, Joachim:* „Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt.“ Vortrag anlässlich einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung zum demographischen Wandel. 28. März 2007, Dessau.
- Ragnitz, Joachim:* „Raumentwicklungsstrategie in Brandenburg.“ Vortrag anlässlich einer Tagung der Landtagsfraktion PDS/DIE LINKE im Brandenburgischen Landtag. 27. April 2007, Potsdam.
- Ragnitz, Joachim:* „Was ist anders in Ostdeutschland?“ Vortrag vor der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft an der Universität zu Köln. 14. Mai 2007, Köln.
- Ragnitz, Joachim:* „Wirtschaftliche Perspektiven für die Neuen Länder.“ Vortrag anlässlich einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung. 22. Mai 2007, Wendgräben.
- Rosenfeld, Martin T. W.:* „Welche Chancen bieten die (Innen-)Städte im Osten Deutschlands für Investoren? – Ökonomische Prozesse und politische Handlungsalternativen.“ Vortrag im Rahmen der Tagung „Zur Zukunft der Städte Ostdeutschlands – zwischen Abbruch und Aufbruch“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. 3. Februar 2007, Schloss Goseck.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Perspektiven für die ‚Metropolregion Sachsen-dreieck‘.“ Vortrag im Rahmen der 2. Konferenz zur weiteren Ausgestaltung der bisherigen Metropolregion Sachsen-dreieck „Mitteldeutschland und seine Lebensadern“, veranstaltet vom Projektbüro für politische Bildung Teuchern. 14. April 2007, Zeitz.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Kulturlandschaftsmanagement – Worin liegen die Effekte für die wirtschaftliche Entwicklung von Ländern, Regionen, Städten?“ Vortrag im Rahmen der Gemeinsamen Regionalplanertagung der Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt zum Thema „Raumstruktur, Landschaftskultur, Regionalkonjunktur“. 11. Juni 2007, Ronneburg.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Möglichkeiten und Chancen einer Kooperation zwischen Nachbarstädten – Das Beispiel der Städte Halle und Merseburg.“ Vortrag im Rahmen der Halleschen Montagsgesellschaft. 2. Juli 2007, Halle (Saale).

Rosenfeld, Martin T. W.: „Zur Wirtschaftlichkeit gemeindlicher Verwaltungsstrukturen in Sachsen-Anhalt.“ Vortrag vor der CDU-Fraktion des sachsen-anhaltischen Landtags. 10. Juli 2007, Magdeburg.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Media-Industry in Saxony-Anhalt, Germany: What are the Relevant Location Factors?“ Vortrag im Rahmen des Closing Workshops „The Network of European Media Regions“ der Initiative „Interregional Media Clustering“. 19. September 2007, Halle (Saale).

Rosenfeld, Martin T. W.: „Alternative Gemeindemodelle für Sachsen-Anhalt: Verwaltungsgemeinschaft, Verbandsgemeinde, Einheitsgemeinde?“ Vortrag im Rahmen der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebunds Sachsen-Anhalt, Kreisverband Salzlandkreis. 20. November 2007, Neugattersleben.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Standortmarketing und/oder Stadtmarketing: Unterschiede, Gemeinsamkeiten, Synergien.“ Vortrag im Rahmen des 6. Jahreskongresses der Deutschen Wirtschaftsförderer: „Städte mit Ideen – Wirtschaftsförderung und Standortmarketing in Zeiten von KNUT“. 23. November 2007, Berlin.

Rosenfeld, Martin T. W. : „Medienwirtschaft in Sachsen-Anhalt: Stärken, Schwächen und Entwicklungsmöglichkeiten.“ Vortrag im Rahmen des Zweiten Halleschen Medienstammtischs. 26. November 2007, Halle (Saale).

Rosenfeld, Martin T. W.: „Zum Entwurf eines Begleitgesetzes zur Gemeindegebietsreform in Sachsen-Anhalt.“ Vortrag im Rahmen einer Anhörung im Innenausschuss des Landtags von Sachsen-Anhalt. 29. November 2007, Magdeburg.

Rosenfeld, Martin T. W.: „Gebiets- und Funktionalreformen als wirksame Hebel zur Senkung der Kosten kommunaler Aufgabenerfüllung?“ Vortrag im Rahmen eines Treffens des „Netzwerks Mittelstand“ der IHK Erfurt. 10. Dezember 2007, Erfurt.

Titze, Mirko „Wie gestaltet sich eine zukunftsgemäße Regionalförderung im Spannungsfeld europäischer und nationaler Aufgaben?“ Stellungnahme im Rahmen einer Anhörung als Sachverständiger im Unterausschuss „Regionale Wirtschaftspolitik“. 2. November 2007, Berlin.

Wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Beratung, Mitarbeit in Organisationen

Im Berichtsjahr haben Wissenschaftler des Instituts wiederum in nationalen und internationalen Gremien und Organisationen aktiv mitgewirkt. Eine Auswahl wird im Folgenden dokumentiert.

6. Lange Nacht der Wissenschaften

Am 6. Juli 2007 veranstaltete die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg die 6. Lange Nacht der Wissenschaften, an der sich das IWH erneut beteiligte. Universität und außeruniversitäre Einrichtungen informierten über ihre wissenschaftlichen Tätigkeiten. Das IWH bot Interessierten im Konferenzsaal des Instituts fünf Beiträge zu folgenden Themen an:

Prof. Dr. Ulrich Blum: „Über das IWH.“

Prof. Dr. Udo Ludwig: „Wirtschaftliche Wachstumsperspektiven trotz schrumpfender Bevölkerung in den ostdeutschen Ländern?“

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld: „Was bringt der Stadtumbau Ost den Städten? Das Beispiel der Stadt Halle.“

Dipl.-Volkswirt Lutz Schneider: „Alterung der Erwerbstätigen – ein Problem für die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt?“

Dr. Herbert S. Buscher: „Einkommenssicherung, Arbeitsmarktpolitik und Beschäftigung in Ostdeutschland.“

22. Jahreskongress der European Economic Association in Budapest am 31. August 2007

Dr. Axel Lindner: „Communication Strategies of Central Banks: Does too much Transparency Crowd Out the Use of Private Information?“

Dr. Diemo Dietrich, A. Hauck: „Bank Lending, Bank Capital Regulation and Efficiency of Corporate Foreign Investment.“ Vortragender: Achim Hauck (Universität Leipzig)

Vom 27. bis zum 29. September 2007 traf sich am IWH der Ausschuss für Regionaltheorie und -politik des Vereins für Socialpolitik zu seinem Jahrestreffen 2007.

Erfahrungen Deutschlands mit der Wiedervereinigung für die Republik Korea

Im Zusammenhang mit dem Wiederaufleben der Aktivitäten in Südkorea zur Wiedervereinigung mit dem Norden weilten mehrere Studiendelegationen und Einzelpersonen am IWH und studierten die in Deutschland gesammelten Erfahrungen. Professor Ludwig führte unter anderem im August Gespräche mit Mitarbeitern der Botschaft Koreas in Deutschland und im Dezember mit dem Botschafter selbst sowie im September mit dem Direktor des Instituts für Vereinigungsstudien (Prof. Myoung-Kyu Park). Im Mittelpunkt standen die Voraussetzungen und Ergebnisse der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft in eine Marktwirtschaft.

Studiendelegation aus der Republik Baschkortostan

Am 12.09.2007 besuchte eine Studiendelegation aus der Republik Baschkortostan (Russische Föderation) das Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Der Studienaufenthalt in Sachsen-Anhalt erfolgte im Rahmen des TACIS Twinning Projekts „Development and Implementation of the Regional Innovation Strategy as a Factor of Increased Investment Attractiveness of Republic of Bashkortostan“. Große Aufmerksamkeit bei den Gästen fanden die Vorträge des IWH zu Themen der Innovationskooperation und räumlichen Aspekten der Entwicklung von Unternehmensnetzwerken in Ostdeutschland sowie die Präsentation durch den Bereich Wirtschaftsförderung der Stadt Halle (Referentin: Frau Dr. Petra Sachse), die den in Halle (Saale) gelegenen Technologiepark Weinberg campus und das dortige, gleichnamige Innovationsnetzwerk zum Gegenstand hatte.

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik

Das IWH war auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik vom 9. bis 12. Oktober 2007 in München mit folgenden Vorträgen vertreten:

Dr. Diemo Dietrich; Achim Hauck: „Bank Capital Regulation and Efficiency of Corporate Foreign Investment.“ Vortragender: Achim Hauck (Universität Leipzig).

Dr. Jutta Günther: „Does Qualification Drive Innovation – A Microeconomic Analysis Using Linked Employer-employee Data.“

Lutz Schneider: „Alterung und technologisches Innovationspotential.“

Dr. Peter Haug: „Local Government Control and Efficiency of the Water Industry: An Empirical Analysis of Water Suppliers in East Germany.“

Birgit Schultz: „Mikroökonomische Evaluation der ökonomischen Wirkungen betrieblicher Mitbestimmung – Möglichkeiten und Grenzen des Matching-Ansatzes.“

Das IWH war zugleich mit einem Informationsstand vertreten.

Berufungen bzw. Mitgliedschaft

Professor Dr. rer. pol. habil. Ulrich Blum, Präsident

Berufung in die Jury zur Verleihung des Innovationspreises des Freistaats Sachsen 2007.

Unter ihrem neuen Präsidenten Prof. Dr. Ulrich Blum hat die August-Lösch-Gesellschaft Heidenheim e. V. den alle zwei Jahre zu vergebenden August-Lösch-Preis in Höhe von 4 000 Euro für herausragende Arbeiten in der Regionalökonomie erstmalig am Institut für Weltwirtschaft in Kiel – der letzten beruflichen Wirkungsstätte August Löschs – verliehen. Dies löst die bisherige Tradition ab, den Preis im Rahmen der August-Lösch-Tage in Heidenheim – der Heimatstadt von August Lösch – zu überreichen. Die neuen Preisträger wurden mit Hilfe einer international besetzten Auswahlkommission ermittelt. Im Rahmen einer Feier zum 100. Geburtstag von August Lösch am 14. Oktober wurde der August-Lösch-Preis

2006 Prof. Gilles Duranton (University of Toronto) und Dr. Henry Overman (London School of Economics) für ihre gemeinsame Arbeit „Testing for Localization Using Micro-Geographic Data“ (Review of Economic Studies, Vol. 72, 2005) überreicht. Den Festvortrag zum Thema „The Evolution of Spatial Economics: From Thünen, Christaller and Lösch to the New Economic Geography“ hielt Prof. Masahisa Fujita (University of Kyoto).

Jurymitglied der Auswahlkommission für den Innovationspreis 2007 des Freistaats Sachsen des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit.

Vorsitzender des Gutachterkreises „Landesexzellenzoffensive des Freistaats Sachsen“ (Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst).

Kristina van Deuverden, Abteilung Makroökonomik

Ab Frühjahr 2007 Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim Bundesministerium für Finanzen.

Dr. Gerhard Heimpold, Abteilung Stadtökonomik

Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) und Mitwirkung in der Arbeitsgruppe „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der ARL.

Dr. Hubert Gabrisch, Forschungsdirektor

Mitglied des Vorstands der European Association for Comparative Economics (EACES) in Brighton (UK). Er übt dort die Funktion des Sekretärs aus.

Er ist ferner Mitglied des Editorial Boards der Zeitschrift „International Advances in Economic Research“, herausgegeben von der International Atlantic Economic Society (IAES).

Dr. Jutta Günther, Abteilung Strukturökonomik

Dr. Jutta Günther wurde von der Europäischen Kommission als Gutachterin im 6. Forschungsrahmenprogramm bestellt.

Außerdem Mitarbeit in einer Expertengruppe der OECD zum Peer Review der Innovations- und Technologiepolitik in Polen.

Dr. Ingmar Kumpmann, Abteilung Makroökonomik

Bis Frühjahr 2007 Mitglied im Arbeitskreis Steuerschätzungen beim Bundesministerium der Finanzen.

Dr. Brigitte Loose, Abteilung Makroökonomik

Mitglied im Arbeitskreis Bau- und Wohnungsbauprognostik.

Professor Dr. Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik

Professor Dr. Ludwig vertritt das Institut im gemeinsamen Gesprächskreis der Mitgliedsinstitute der ARGE und des Statistischen Bundesamts sowie zusammen mit Dr. Cornelia Lang im Arbeitskreis Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesagentur für Arbeit. Außerdem führt er, zusammen mit Dr. Brigitte Loose und Dr. Cornelia Lang, regelmäßig Konjunkturgespräche mit der Geschäftsleitung der IHK Halle-Dessau.

Die *Konjunkturforscher* der Abteilung Makroökonomik beteiligten sich unter Leitung von Professor Dr. Ludwig an der Gemeinschaftsdiagnose der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute zur Einschätzung der Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr und Herbst 2007.

Dr. Joachim Ragnitz, Leiter der Abteilung Strukturökonomik (bis 30.06.2007)

Dr. Joachim Ragnitz ist Mitglied der Enquetekommission des Sächsischen Landtags „Demographische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihrer Folgen für die politischen Handlungsfelder“. Außerdem ist er Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsbeirats der Thüringischen Landesregierung.

Professor Dr. rer. pol. Martin T. W. Rosenfeld, Leiter der Abteilung Stadtökonomik

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld ist in den Beirat zur Begleitung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik des Landes Brandenburg und in den Beirat des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts „Wirtschaftliche Perspektiven Berlins: Entwicklungsschwerpunkte und Handlungsoptionen“ berufen worden, das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin durchgeführt wird.

Er ist ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und übte auch im Berichtsjahr weiterhin seine Funktionen als Leiter der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) für die Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) sowie als Leiter der Arbeitsgruppe „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ innerhalb der LAG aus.

Simone Scharfe, Abteilung Strukturökonomik (bis 30.06.2007)

Mitglied im Fachausschuss für Dienstleistungsstatistik des Statistischen Bundesamts.

PD Dr. rer. pol. Joachim Wilde, Chefökonometriker und -statistiker

PD Dr. Joachim Wilde ist Mitglied des Europäischen Beratenden Ausschusses für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (CEIES). Aufgabe des Ausschusses ist es, den Europäischen Rat und die EU-Kommission bei der Koordinierung der Zielsetzungen im Bereich der Politik der gemeinschaftlichen statistischen Informationen unter Berücksichtigung des Bedarfs der Benutzer und der von den Informationsproduzenten zu tragenden Kosten zu unterstützen. Der Ausschuss setzt sich aus Vertretern der EU-Kommission, den Leitern der nationalen statistischen Ämter der Mitgliedsstaaten sowie je zwei Vertretern der Mitgliedsstaaten zusammen, die vom Europäischen Rat nach Konsultation mit der EU-Kommission bestimmt werden und bei denen es sich um repräsentative Persönlichkeiten der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Gruppen und der Wissenschaft handelt.

Gutachtertätigkeit für wissenschaftliche Zeitschriften

Marian Berneburg, MSc, war Gutachter für das „Journal of Empirical Finance“.

Prof. Dr. Ulrich Blum war Gutachter für das Journal „The Annals of Regional Science“.

Dr. Peter Franz war im Januar für die Zeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ als Gutachter tätig.

Dr. Hubert Gabrisch war Gutachter für das „Journal of Comparative Economics“ und das „European Journal of Comparative Economic Studies“.

Dr. Jutta Günther war Gutachterin für das „Journal of Evolutionary Economics“.

Dr. Tobias Knedlik war Gutachter für das „Journal of Macroeconomics“, das „South African Journal of Economics“ und „Managing Global Transitions: International Research Journal“.

Sonstige Aktivitäten des IWH

Dietrich, Diemo wurde als Gutachter für die „Campus for Finance – Research Conference“ ernannt, welche vom 16. bis 17. Januar 2008 an der WHU – Otto Beisheim School of Management in Vallendar stattfand.

Franz, Peter nahm an einer Sitzung der Arbeitsgruppe Metropolregion Sachsendreieck (Teil Sachsen-Anhalt) teil, die am Freitag, dem 19. Januar 2007 im Institut für Wirtschaftsforschung Halle stattfand.

Günther, Jutta war für die Europäische Kommission im Januar 2007 als Projektgutachterin im 6. Forschungsrahmenprogramm tätig.

Sie wirkte als Mitglied der OECD-Expertengruppe zum „Peer Review on Polish Innovation Policy“ in Warschau vom 3. bis 4. April 2007 mit.

Sie moderierte am 19. Juli 2007 den vom Fraunhofer ISI in Kooperation mit dem BMBF in Berlin durchgeführten Workshop zum Thema „Strategische Forschungs Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft: Zukunftsfähigkeit von An-Instituten und neuen partnerschaftlich organisierten Kooperationsmodellen“.

Haug, Peter leitete die Sitzung „Local Governments around Europe“ im Rahmen des 1st World Meetings of the Public Choice Societies vom 29. März bis 1. April 2007 in Amsterdam.

Er führte am 19. Juli 2007 am IWH ein Kolloquium zum Thema „Gemeindereform in Sachsen-Anhalt“ mit Vertretern der VOLKS-INITIATIVE SACHSEN-ANHALT 2011 durch.

Heimpold, Gerhard: Chair des Workshops „Role of Public Policy“ auf der Internationalen Konferenz „Regions in Focus“ der Regional Studies Association vom 2. bis 5. April 2007 in Lissabon.

Ludwig, Udo: Teilnahme am Magdeburger Gespräch zum Thema: „Wo bleibt die soziale Gerechtigkeit?“ am 8. Januar 2007 in Magdeburg.

Expertenanhörung zum „Aufbau Ost“ vor der Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitik“ der CDU-Bundestagsfraktion. 6. September 2007.

Nerré, Birger: Berufung in das Festkomitee für die 100. Jahrestagung der National Tax Association, die vom 15. bis 17. November 2007 in Columbus, Ohio, stattfand.

Rosenfeld, Martin T. W. nahm an einer Sitzung der Arbeitsgruppe Metropolregion Sachsendreieck (Teil Sachsen-Anhalt) teil, die am 19. Januar 2007 im Institut für Wirtschaftsforschung Halle stattfand.

Er nahm am 12. Februar 2007 an der konstituierenden Sitzung des Beirats zur Begleitung der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik des Landes Brandenburg in Potsdam sowie an zwei weiteren Sitzungen dieses Beirats am 22. Mai 2007 und am 24. September 2007 teil.

Er nahm an der Ersten Fachtagung des BBR und des BMVBS zum MORO-Forschungsvorhaben „Sicherung der Daseinsvorsorge und Zentrale-Orte-Konzept“ am 9. Mai 2007 in Berlin teil.

Teilnahme an der 77. Mitgliederversammlung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) am 15. Juni 2007 in Hamburg.

Er nahm am 10. Juli 2007 an einem Szenario-Workshop in Döbeln teil, der im Zusammenhang mit dem Kooperationsprojekt des IWH mit dem IÖR Dresden zum Thema „Demographie und kommunale Infrastruktur – Wer soll die Kosten tragen?“ stattfand.

Er nahm am 19. Juli 2007 an einem Expertenworkshop im Rahmen des Verbundprojekts „Ziele und übertragbare Handlungsstrategien für ein kooperatives regionales Flächenmanagement unter Schrumpfungstendenzen in der Kernregion Mitteldeutschland (KoReMi)“ am Institut für Stadtentwicklung und Bauwirtschaft der Universität Leipzig teil.

Er führte am 19. Juli 2007 am IWH ein Kolloquium zum Thema „Gemeindereform in Sachsen-Anhalt“ mit Vertretern der VOLKSINITIATIVE SACHSEN-ANHALT 2011 durch.

Teilnahme an der Landkreisversammlung 2007 des Landkreistags Sachsen-Anhalt. 7. September 2007, Peißen bei Halle (Saale).

Teilnahme an einer Sitzung des Innenausschusses des Landtags des Landes Sachsen-Anhalt zum Thema „Gemeindereform in Sachsen-Anhalt“. 27. September 2007, Magdeburg.

Er nahm am 12. Oktober 2007 an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Zur zukünftigen Bedeutung städtischer Firmen für die Finanz-, Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik“ im Rahmen des Zweiten Halleschen Kolloquiums zur Kommunalen Wirtschaft „Neue Grenzen städtischer Wirtschaftstätigkeit: Ausweitung versus Abbau“ teil, das am IWH durchgeführt wurde.

Er nahm am 25. und 26. Oktober 2007 sowie am 11. Dezember 2007 an einer Sitzung des Steering Committees der Schader-Stiftung zur Vorbereitung der Tagung „Zuhause in der Stadt“ teil, die am 17. und 18. Juni 2008 in Darmstadt stattfinden wird.

Er leitete am 18. und 19. Oktober 2007 eine Sitzung der Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, die am IWH durchgeführt wurde.

Er leitete ebenfalls die Herbsttagung der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), die zum Thema „Perspektiven des Stadtbbaus in Mitteldeutschland“ am 8. und 9. November 2007 in Lutherstadt Wittenberg stattfand.

Prof. Dr. Martin T. W. Rosenfeld nahm am 23. November 2007 in Berlin an einer Sitzung des Beirats des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Projekts „Wirtschaftliche Perspektiven Berlins: Entwicklungsschwerpunkte und Handlungsoptionen“, das am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin durchgeführt wird, teil.

Er nahm am 29. und 30. November 2007 in Würzburg an einer Sitzung des Arbeitskreises „Periphere Räume“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) teil.

Stephan, Johannes: Teilnahme an der Jahreskonferenz EUNIP 2007 vom 12. bis 14. September 2007 in Florenz.

Weiß, Dominik leitete am 18. und 19. Oktober 2007 eine Sitzung der Arbeitsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-

Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zum Thema „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, die am IWH durchgeführt wurde.

Er leitete die Herbsttagung der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen/Sachsen-Anhalt/Thüringen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL), die zum Thema „Perspektiven des Stadumbaus in Mitteldeutschland“ am 8. und 9. November 2007 in Lutherstadt Wittenberg stattfand.

Wilde, Joachim: Teilnahme an der Sitzung des Statistischen Beirats beim Statistischen Bundesamt am 26. Juni 2007 in Wiesbaden.

Organisation des IWH

Organisationsstruktur des IWH



Mitglieder des Vereins

Dr. Rainer J. Abbenseth
Esso Deutschland GmbH

Dr. Christoph Bergner
Mitglied des Deutschen Bundestags

Rudolf Bohn

Hans-Dietrich Genscher

Hans Günter Goedecke

Dr. Jens-Holger Göttner
MMG Management GmbH

Hans-R. Günther
Institut für Marktforschung Leipzig

Dr. Werner Hannemann
Datenverarbeitungszentrum Halle

Marc Melzer
Deutsche Bank AG

Rudolf D. Keller
Bayerische Vereinsbank AG

Dr. Wilfried Knaebel

Norbert Labuschke
Baugruppe Köhler

Professor Dr.-Ing.
Wolfgang Lukas
Technologie-und Gründerzentrum
Halle GmbH

Manfred Maas
Vorsitzender der
Mitgliederversammlung,
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt

Professor Dr. Dr. h. c.
Rüdiger Pohl
Präsident des IWH von 1994 bis 2004,
Ehrenmitglied

Dr. Klaus Peter Rauen
Oberbürgermeister der Stadt Halle a. D.

Professor Dr. Norbert Simon
Duncker & Humblot GmbH

Dietrich von Stein-Lausnitz
Rechtsanwalt

Dr. Jürgen Weißbach

Heinrich Weitz
Hauptverband der deutschen
Bauindustrie

Professor Dr. sc.
Konrad Wetzker

DEBRIV
Gerd Rückert

Deutsche Bank AG
Stephan Peetzen

Dow Olefinverbund GmbH
Hanno Katzer

Druckhaus Schütze GmbH
Peter Schütze

*envia Mitteldeutsche
Energie AG*
Karl-Heinz Dittrich

GP Günter Papenburg AG
Klaus Papenburg

IHK Halle-Dessau
Professor Dr. Peter Heimann

Kreditanstalt für Wiederaufbau
Dr. Norbert Irsch

*Mitteldeutsches Druck- und
Verlagshaus GmbH & Co. KG*
Heinz Kiegeland

Norddeutsche Landesbank
Professor Dr. Sonning Bredemeier

Sal. Oppenheim jr. & Cie. KgaA
Norbert Braems

Siemens AG
Dr. Wolfgang Hastenpflug

Stadt Halle
Dagmar Szabados

*Verband der Chemischen
Industrie*
Dr. Paul Kriegelsteiner

Vorstandsrat

Dr. Reiner Haseloff

Minister für Wirtschaft und Arbeit
des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Willi Koll

Stellvertreter des Vorsitzenden des
Vorstandsrats, Ministerialdirektor im
Bundesministerium für Wirtschaft
und Technologie

Professor Dr.

Gunter Steinmann

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insbesondere Wachstum und
Konjunktur an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

Professor Dr.

Heinz Peter Galler

Vorsitzender des Wissenschaftlichen
Beirats

Dr. Joachim Ragnitz

bis 18.06.2007

PD Dr. Joachim Wilde

Sprecher des Kollegiums des IWH
seit 18.06.2007

Martina Kämpfe

Vorsitzende des Betriebsrats
des IWH

Rudolf Bohn

Stellvertreter des Vorsitzenden des
Vorstandsrats

Dr. Thomas Gerhardt

Bundesministerium der Finanzen

Ingrid Häußler

bis 18.06.07

Dagmar Szabados

Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle, seit 18.06.2007

Professor Dr.

Peter Heimann

Hauptgeschäftsführer der IHK
Halle-Dessau

Professor Dr.

Winfried Kluth

Lehrstuhl für öffentliches Recht,
Martin-Luther-Universität Halle-
Wittenberg, seit 18.06.2007

Manfred Maas

Vorsitzender des Vorstandsrats,
Direktor der Investitionsbank
Sachsen-Anhalt

Stephan Peetzen

Vorsitzender der Geschäftsleitung
der Deutschen Bank AG, Region
Mitteldeutschland/Firmenkunden

Dr. Klaus Peter Rauert

Oberbürgermeister
der Stadt Halle a. D., bis 18.06.2007

Wolfgang Roth

bis 18.06.2007

Tilman Tögel

Vorsitzender des Ausschusses
Wirtschaft und Arbeit im Landtag
von Sachsen-Anhalt,
seit 19.06.2007

Wissenschaftlicher Beirat

*Professor Dr.
Heinz Peter Galler*
Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirats
des IWH,
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg

*Professor Dr.
Michael C. Burda*
Humboldt-Universität zu Berlin,
bis 29.06.2007

*Professor Dr.
Juergen B. Donges*
Universität zu Köln, bis 15.12.2007

*Professor Dr.
Jan Oosterhaven*
Universität Groningen, NL

*Professor Dr.
Karl-Heinz Paqué*
Fraktionsvorsitzender der FDP
des Landes Sachsen-Anhalt

*Professor Dr.
Horst M. Schellhaaß*
Universität zu Köln

*Professor Dr.
Friedrich L. Sell*
Universität der Bundeswehr
München, seit 18.06.2007

Vorstand

Professor Dr. Ulrich Blum
Präsident

Frowin Gensch
Geschäftsführer